

Der Rechtsschutz des Versicherten in der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung

DISSERTATION

**der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich
zur Erlangung der Würde eines Doktors beider Rechte**

vorgelegt von

HANS RUDOLF SCHWARZENBACH

VON Erlenbach (Zürich)

Genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. Dr. H. Neß



VERLAG HANS HUBER BERN UND STUTTGART

1952

Der Rechtsschutz des Versicherten in der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung

DISSERTATION

**der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich
zur Erlangung der Würde eines Doktors beider Rechte**

vorgelegt von

HANS RUDOLF SCHWARZENBACH

VON Erlenbach (Zürich)

Genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. Dr. H. Nef



VERLAG HANS HUBER BERN UND STUTTGART

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch, auf Antrag von Prof. Dr. H. N e f , die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, den 24. November 1951

Der Dekan:
Prof. Dr. G. Weiss



Alle Rechte vorbehalten
Copyright by Verlag Hans Huber, Bern 1952
In der Schweiz gedruckt — Imprimé en Suisse — Printed in Switzerland
Druck: Walter Fischer Bern

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	VII
Abkürzungen	VIII
Zusammenstellung einiger Begriffe (deutsch – französisch – italienisch)	IX
Literaturverzeichnis	X
Rechtsquellen	XIV

Einleitung

Der Rechtsschutz in der Sozialversicherung des Bundes	1
A. Die Unfallversicherung	3
B. Die Militärversicherung	3
C. Die Lohn- und Verdienstersatzordnung	4
D. Die Übergangsordnung zur AHV	4
E. Die Alters- und Hinterlassenenversicherung	5
Das Bundesgesetz über die eidg. Alters- und Hinterlassenenversicherung	6
A. Die versicherten Personen, deren Beiträge und Renten	7
I. Der Kreis der Versicherten	7
II. Die Beiträge und Renten	8
a) Die Beiträge	8
b) Die Renten	9
B. Die Organisation und die Versicherungseinrichtungen	11
I. Die erste Ausgleichsstufe	11
a) Die Arbeitgeber	11
b) Die anerkannten Versicherungseinrichtungen	12
c) Die Auslandsvertretungen	12
II. Die zweite Ausgleichsstufe	12
a) Die Verbandsausgleichskassen	13
b) Die kantonalen Ausgleichskassen	14
c) Die Ausgleichskassen des Bundes	14
III. Die dritte Ausgleichsstufe	15
a) Die zentrale Ausgleichsstellen	15
b) Der zentrale Ausgleichsfonds	15
C. Die Aufsicht des Bundes	15

1. Abschnitt: Die Behörden

1. Kapitel: Die Behörden der Rekursinstanzen

§ 1. Die Organisation der kantonalen Rekursbehörden	17
A. Die Übertragung der Funktion an bestehende Gerichte	18
I. Ordentliche Zivilgerichte	18
II. Verwaltungsgerichte	18
B. Die Schaffung besonderer Rekurskommissionen	18
C. Die Bestellung der Rekurskommissionen und der Sekretariate	20
I. Die Wahlbehörde	20
a) Der Rekurskommissionen	20
b) Der Sekretariate	21

II. Wählbarkeit und Unvereinbarkeit	21
a) Für Mitglieder der Rekurskommission	22
b) Für Sekretäre	22
§ 2. Die Zuständigkeit der kantonalen Rekursbehörde	22
A. Die sachliche Zuständigkeit	23
B. Die örtliche Zuständigkeit	26
C. Die funktionelle Zuständigkeit	28
§ 3. Die Rekurskommission zur Beurteilung von Beschwerden von im Auslande wohnenden Personen	29
A. Die gesetzlichen Grundlagen	29
B. Die Organisation	31
C. Die Zuständigkeit	32

2. Kapitel: Die Berufungsinstanz

§ 4. Das Eidgenössische Versicherungsgericht als Berufungsinstanz	32
A. Die Einsetzung des EVG als Berufungsinstanz	32
B. Das Eidgenössische Versicherungsgericht als höchstes Gericht der Eidgenossenschaft auf dem Gebiete der Sozialversicherung	34
C. Die Unabhängigkeit des Versicherungsgerichtes	35
§ 5. Die Organisation des EVG in AHV-Sachen	38
§ 6. Die Zuständigkeit des EVG	40
A. Die sachliche Zuständigkeit	40
B. Die funktionelle Zuständigkeit	41

2. Abschnitt: Das Verfahren

1. Kapitel: Das Verfahren vor der kantonalen Rekurskommission

§ 7. Die Prozeßvoraussetzungen und die Legitimation zur Beschwerde	42
A. Die Legitimation zum Verfahren	42
I. Die Parteifähigkeit	42
II. Die Prozeßfähigkeit	44
B. Die Legitimation zur Sache	46
I. Die ordentliche Legitimation	46
II. Die außerordentliche Legitimation	47
a) Die Legitimation der Blutsverwandten in auf- und abstei- gender Linie und der Geschwister	48
b) Die Legitimation der Ehefrau	49
III. Das Verhältnis der ordentlichen zur außerordentlichen Legitimation	51
§ 8. Die Form und der Inhalt der Beschwerde; der Einreichungsort	53
A. Die Form der Beschwerde	53
B. Der Inhalt der Beschwerde	54
I. Der Inhalt der Beschwerde im allgemeinen	54
a) Das Rechtsbegehren	54
b) Die Begründung	55
c) Die Beweismittel	56
II. Der Inhalt der Beschwerde im besondern bei Renten- streitigkeiten	56
C. Der Einreichungsort	56

	Seite
§ 9. Die Beschwerdefrist	57
A. Die rechtliche Natur der Frist	57
B. Der Beginn der Frist	58
C. Die Wahrung der Frist	59
D. Die Wiederherstellung der Frist	61
§ 10. Die Wirkung der Beschwerde	62
A. Die Rechtshängigkeit	62
I. Der Begriff und das Wesen der Rechtshängigkeit	62
II. Der Zeitpunkt des Eintrittes und das Ende der Rechts- hängigkeit	65
B. Das Vorgehen der AK nach anhängig gemachter Beschwerde und die Beantwortung der Beschwerde	66
I. Das Vorgehen der AK nach anhängig gemachter Beschwerde	66
II. Die Beantwortung der Beschwerde	66
a) Die Beantwortung d. Beschwerde durch die AK	67
b) Die Beantwortung d. Beschwerde durch andere Beteiligte	69
C. Die Wirkung der Beschwerde auf die Kassenverfügung	69
§ 11. Die Erhaltung des Prozeßstoffes	70
A. Die Officialmaxime	70
B. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	73
C. Der Beweis	74
I. Die Beweislast	74
II. Die Beweismittel	76
III. Die Beweiswürdigung	77
§ 12. Die Parteiverhandlungen und das Entscheidungsverfahren	78
A. Die Parteiverhandlungen	78
B. Das Entscheidungsverfahren	78
§ 13. Der Umfang der richterlichen Prüfung	80
A. Der Umfang der richterlichen Prüfung im allgemeinen	80
B. Die richterliche Prüfung von Angaben der Steuerbehörden im besonderen	83
 <i>2. Kapitel: Das Verfahren vor dem Eidgenössischen Versicherungsgericht</i>	
§ 14. Die Berufung und die Anschlußberufung	85
A. Die Berufung	85
I. Die rechtliche Natur der Berufung	85
II. Die Voraussetzungen der Berufung	86
III. Die Berufungsfrist	86
IV. Der Inhalt der Berufungsschrift	87
V. Die Einreichung der Berufungsschrift	87
B. Die Anschlußberufung	87
§ 15. Die Legitimation zur Berufung	88
A. Die Legitimation der am erstinstanzlichen Verfahren beteiligten Parteien	88
B. Die Legitimation des BSV zur Berufung, bzw. Anschlußberufung	89
§ 16. Das Verfahren in seinen Grundzügen	91

3. Abschnitt: Der Entscheid

1. Kapitel: Der Entscheid der Rekursinstanzen

§ 17. Die rechtliche Natur, die Form und der Inhalt des Entscheides . . .	96
A. Die rechtliche Natur des Entscheides seinem Inhalte gemäß . . .	96
B. Die Form des Entscheides	97
C. Der Inhalt des Entscheides	98
§ 18. Der Umfang der richterlichen Zusprechung	101
A. Die reformatio in melius	102
B. Die reformatio in peius	102
I. Die Regelung in den Kantonen	102
II. Die bundesrechtliche Regelung der reformatio in peius . . .	103
III. Die Zuständigkeit der Kantone zur Regelung der reformatio in peius	105
§ 19. Die Rechtskraft und die Vollstreckbarkeit des Entscheides . . .	105
A. Die Rechtskraft	105
I. Die formelle Rechtskraft	106
II. Die materielle Rechtskraft	106
III. Der Zeitpunkt des Eintrittes der Rechtskraft	107
B. Die Vollstreckbarkeit	107

2. Kapitel: Der Entscheid des Eidg. Versicherungsgerichts

§ 20. Form und Inhalt des Entscheides	108
A. Die Form des Entscheides	108
B. Der Inhalt des Entscheides	108
I. Die rechtliche Natur des Entscheides seinem Inhalte gemäß . .	108
a) Kassatorische Entscheide	108
b) Reformatorische Entscheide	109
1. Reformation im absoluten Sinne	109
2. Reformation im relativen Sinne	109
II. Parteientschädigungen und Kostenauflage	110
§ 21. Der Umfang der richterlichen Zusprechung	110
§ 22. Die Rechtskraft und die Revision	112
A. Die Rechtskraft	112
B. Die Revision	112
Anhang: Statistische Angaben	114

Vorwort

Wo der Gesetzgeber wenige Vorschriften aufstellt und mit Überweisung von Rechtssetzungskompetenzen an andere Organe oder an innerstaatliche Herrschaftsverbände arbeitet, zeigt sich für rechtswissenschaftliche Untersuchungen ein dankbares Gebiet. So bietet das hier zu behandelnde Problem der Verwaltungsgewichtsbarkeit in einem neuen Zweige der Sozialversicherung nicht nur für die Praxis wertvolle Einblicke in die Zusammenhänge eines verhältnismäßig «jungen» Gebietes des Verwaltungsrechts, sondern regte auch zu weiteren Untersuchungen an. Wenn daher bei einzelnen Problemen nicht nur die verfahrensrechtliche Seite dargestellt, sondern auch den Fragen der Gesetzmäßigkeit und der Verfassungsmäßigkeit Aufmerksamkeit geschenkt wird, so sei hierzu eine Erklärung abgegeben: Es liegt dem Verfasser fern, für oder gegen ein Institut oder eine Behörde Stellung zu nehmen. Vielmehr hat er sich redlich bemüht, nach den in unserer rechtsstaatlichen Demokratie herrschenden wissenschaftlichen Lehren vorzugehen.

Es ist das Verdienst meines verehrten akademischen Lehrers, Herr Prof. Dr. iur. H. Nef, die Fragestellung zu dieser Zürcher Dissertation angeregt zu haben. Für die liberale Art der Beratung bei der Ausarbeitung und für das rege Interesse am Werden dieser Arbeit sei Herr Prof. Nef an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen.

Seit 1949 hatte Herr Bundesrichter Dr. P. Mona, Eidg. Versicherungsgericht, die Freundlichkeit, mir durch seine reiche Erfahrung auf dem Gebiete der Verwaltungsrechtspflege in der Sozialversicherung manchen wertvollen Hinweis zu geben. Für klärende Aussprachen und Gewährung von Einsicht in unveröffentlichte Entscheide des Eidg. Versicherungsgerichts möchte ich Herrn Dr. H. Oswald, Gerichtsschreiber, und Herrn Dr. A. Schmid, Sekretär, danken. Weiter unterstützten mich die Herren Direktor Dr. A. Saxer, Sektionschef Dr. P. Binswanger, Dr. Naef und Monigatti vom Bundesamt für Sozialversicherung in Bern. Last, but not least sei dem Leiter der Zweigstelle Erlenbach der Ausgleichskasse des Kantons Zürich, Herrn H. Hiller, für seine Hinweise auf praktische Schwierigkeiten beim unmittelbaren Vollzug des AHV-Gesetzes gedankt.

Erlenbach-Zürich, Neujahr 1952

H. R. Schwarzenbach

Gesetzgebung und Rechtsprechung sind bis zu obigem Datum berücksichtigt.

Abkürzungen

AHV	Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung.
AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (vom 20. Dez. 1946).
AHVV	Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (vom 31. Okt. 1947).
AK	Ausgleichskasse.
ALEO	Ausführungsverordnung zum Bundesratsbeschluß über eine provisorische Regelung der Lohnausfallentschädigung an militärdienstleistende Arbeitnehmer (vom 4. Jan. 1940).
Anm.	Anmerkung.
a. o.	außerordentlich.
Art.	Artikel.
AS	Sammlung Eidgenössischer Gesetze.
AVEO	Ausführungsverordnung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements zum Bundesratsbeschluß vom 14. Juni 1940 über die Verdienstersatzordnung (vom 25. Juni 1940).
BBi	Bundesblatt.
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit.
BRB	Bundesratsbeschluß.
BSV	Bundesamt für Sozialversicherung.
BuZPO	Bundesgesetz über den Bundeszivilprozeß (vom 4. Dezember 1947).
BV	Bundesverfassung.
cf.	vergleiche.
EG	kantonales Einführungsgesetz zum AHVG.
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement.
EVG	Eidgenössisches Versicherungsgericht.
EVGE	Ämtliche Sammlung der Entscheidungen des Eidg. Versicherungsgerichts.
GRAK	Geschäftsreglement der eidg. Aufsichtskommissionen für die Lohn- und Verdienstersatzordnung (vom 8. Juni 1944).
GRV	Geschäftsreglement für die Schiedskommissionen der Verbandsausgleichskassen (vom 23. Januar 1945).
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz.
in Verb. m.	In Verbindung mit.
kant.	kantonal.
KS	Kreisschreiben.
KUVG	Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung (vom 13. Juni 1911).
LEO	Bundesratsbeschluß über eine provisorische Regelung der Lohnausfallentschädigung an militärdienstleistende Arbeitnehmer (Lohnersatzordnung) (vom 20. Dezember 1939).
LVEO	Lohn- und Verdienstersatzordnung
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung (vom 20. Sept. 1949)
N.	Note
NR	Nationalrat.
OB	Bundesbeschluß betr. die Organisation und das Verfahren des Eidg. Versicherungsgerichts (vom 28. März 1917).
OG	Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege (vom 16. Dezember 1943).
OV	Verordnung über die Organisation und das Verfahren des Eidg. Versicherungsgerichts in Alters- und Hinterlassenenversicherungssachen (vom 18. Dezember 1947).
PO	kantonale Prozeßordnung für die AHV-Rekurskommission.
Regl.	Reglement über Organisation und Verfahren der Rekurskommission der freiwilligen Alters- und Hinterlassenenversicherung für Auslandsschweizer (vom 6. Sept. 1949).
Regl. EVG	Reglement für das Eidg. Versicherungsgericht (vom 6. Dez. 1945).
S.	Seite.

SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 und seitherige Abänderungen.
Semjud	La Semaine Judiciaire.
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung.
Sten. Bull.	Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung.
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch (vom 21. Dez. 1937).
StR	Ständerat.
Übergangs- ordnung	Bundesratsbeschluß vom 9. Okt. 1945 über die provisorische Ausrichtung von Alters- und Hinterlassenenrenten.
VEO	Bundesratsbeschluß über eine provisorische Regelung der Verdienstausfallentschädigung an militärdienstleistende Selbständigerwerbende (Verdienstersatzordnung) (vom 14. Juni 1940).
VO Ausl.	Verordnung über die freiwillige Alters- und Hinterlassenenversicherung für Auslandschweizer (vom 14. Mai 1948).
VW	Verbindliche Weisungen des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements zu dem Bundesratsbeschluß vom 20. Dezember 1939 über eine provisorische Regelung der Lohnausfallentschädigung an militärdienstleistende Arbeitnehmer und zu der Ausführungsverordnung zu diesem Bundesbeschluß vom 4. Januar 1940 (vom 27. Januar 1940).
ZAK	Zeitschrift für Ausgleichskassen.
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch (vom 10. Dezember 1907).
ZLV	Zeitschrift für die Lohn- und Verdienstersatzordnung (heute ZAK).
ZP	Zivilprozeß.
ZPO	Zivilprozeßordnung.
ZSR	Zeitschrift für Schweiz. Recht.

Zusammenstellung einiger Begriffe aus dem Verfahrensrecht der AHV und der AHV selbst

<i>Deutsch</i>	<i>Französisch</i>	<i>Italienisch</i>
Alters- und Hinterlassen- nenversicherung	assurance-vieillesse et survivants	assicurazione per la vec- chiaia e per i superstiti
Altersrente, einfache	rente de vieillesse simple	rendita semplice di vecchiaia
Anträge (des Beschwerde- führers)	conclusions	conclusioni
Akten	dossier	incarto
Arbeitgeber	employeur	datore di lavoro
Ausgleichskasse	caisse de compensation	cassa di compensazione
Ausländer	ressortissant étranger	straniero
Beiträge	cotisations	quote
Betroffener	intéressé	interessate
Beschwerdeführung	recours	ricorso
— leichtsinnige	— interjeté à la légère	— per leggerezza
— mutwillige	— téméraire	— temerario
Beweismittel	moyens de preuve	mezzi di prova
Bundesaufsicht	surveillance de la confédération	vigilanza della confedera- zione
Doppelbelastung	cumul de charges trop lourdes	doppio onere
Einzelrichter	juge unique	giudice unico
Ersatzmann	suppléant	supplente
Entscheid	décision	decisione
— angefochtener	— attaquée	— querelata
Ehepaaraltersrente	rente de vieillesse pour couple	rendita di vecchiaia per coniugi
Erlaß (von Beiträgen)	remise	condono

Erwerbstätigkeit	activité	attività
— selbständige	— indépendante	— indipendente
— unselbständige	— dépendante	— dipendente
Gründerverband	association fondatrice	associazione fondatrici
Herabsetzung (von Beiträgen)	réduction	riduzione
Individuelle Beitragskonti	comptes individuels	conti individuali
Kassenleiter	gérant de la caisse	gerente della cassa
Kassenreglement	règlement de la caisse	regolamento della cassa
Kassenvorstand	comité de direction de la caisse	comitato direttivo della cassa
Rechtspflege	contentieux	contentioso
Rekursbehörde	autorité de recours	autorità di ricorso
Rentenansprecher	l'assuré qui prétend avoir droit à une rente	assicurato chi pretende aver diritto alla rendita
Rentenanspruch	droit à la rente	diritto alla rendita
Schweigepflicht	obligation de garder le secret	obbligo del segreto
Sachverständiger	expert	perito
Spruchgebühr	émoluments de justice	tassa di giustizia
Teilrenten	rente partielle	rendita parziale
Übergangsrenten	rente transitoire	rendita transitoria
Verfügung	décision	decisione
Vernehmlassung	observations	osservazioni
Verfügung, vorsorgliche	ordonnance provisionnelle	misura provvisoria
Verfahrenskosten	frais de procédure	spese della procedura
Versicherungseinrichtung	institution d'assurance	istituto di assicurazione
Veranlagungsverfügung	taxation d'office	tassazione d'ufficio
Vollstreckung	exécution forcée	esecuzione
Waisenrente	rente d'orphelin	rendita per orfani
Wirkung, aufschiebende	effet suspensif	effetto sospensivo
Witwenrente	rente de veuve	rendita per vedove
Zweigstelle	agence	agenzia
Zustellung	notification	notificazione
Zirkulationsverfahren	voie de circulation	circolazione dell'incarto

Literaturverzeichnis

Die vor dem Strich (—) stehenden Bezeichnungen entsprechen den in den Fußnoten angewandten Abkürzungen.

- | | |
|----------------|---|
| Albisser | — Albisser J.: Das Verfahren vor dem Eidgenössischen Versicherungsgericht (Zürich 1918). |
| Attinger | — Attinger Charles: Les caisses de compensation militaires (Diss. Zürich 1946). |
| Bascho | — Bascho A.: Beziehungen zwischen Justiz und Verwaltung im schweizerischen Recht (Diss. Zürich 1946). |
| Bächtold | — Bächtold K.: Die rechtlichen Grundlagen der Beitragspflicht nach der LVEO (Diss. Zürich 1949). |
| Baumgartner C. | — Baumgartner Carlo: AHV-Handbuch (Zürich 1948). |
| Baumgartner | — Baumgartner Max: Der Rechtsschutz in Zolitarifstreitigkeiten (Diss. Zürich 1937). |
| Beetschen | — Beetschen Bruno: Die materielle Rechtskraft von Verwaltungsverfügungen (Diss. Zürich 1933). |

- Binswanger — Binswanger Peter: Kommentar zum Bundesgesetz über die Alters- u. Hinterlassenenversicherung (Zürich 1949); Nachtrag 1951.
- Birchmeier — Birchmeier W.: Handbuch des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943 (Zürich 1950).
- Blumenstein I — Blumenstein E.: Offizialmaxime und Prozeßfristen, MbJV 42 S. 321.
- Blumenstein II — Blumenstein E.: Rechtsschutz und Rechtsmittelbelehrung, MbJV 46 S. 417.
- Blumenstein III — Blumenstein E.: System des Steuerrechts, Grundriß des schweizerischen Steuerrechts, Band I (Zürich 1945).
- Blumenstein Diss. — Blumenstein Max: Die Bedeutung der Offizialmaxime in der bernischen Verwaltungs- und Zivilrechtspflege (Diss. Bern 1935).
- Boesch — Boesch Paul: Die Zusammenarbeit der Ausgleichskassen und der Steuerbehörden bei der Festsetzung der Beiträge an die AHV, Zentralbl. 49 S. 269.
- Burckhardt — Burckhardt Walter: Methode und System des Rechts (Zürich 1936).
- Dürr — Dürr Karl: Kommentar zum KUVG, mit Praxis zum Verfahren, 2. Auflage (Bern 1945).
- Elsener — Elsener W.: Die kantonalen Versicherungsgerichte der Schweiz (Diss. Zürich 1920).
- Faist — Faist Theodor: Die Verwaltungsgerichtsbeschwerde ans Bundesgericht (Diss. Basel 1944).
- Fehr — Fehr O.: Verwaltungsrechtspflege im Kanton Zürich (Diss. Zürich 1941).
- Fleiner — Fleiner Fritz: Institutionen des Deutschen Verwaltungsrechts, Neudruck für die Schweiz (Zürich 1939).
- Friedli — Friedli Oskar: Die Grundlagen einer schweiz. AHV (Diss. Bern 1933).
- Frochaux — Frochaux Pascal: Une œuvre de solidarité nationale: L'assurance-vieillesse et survivants en Suisse: Sa genèse et son domaine d'application, sa portée sociale (Thèse soutenue le 4 décembre 1947 devant la faculté de droit de l'université de Paris), Lille 1948.
- Fromer — Fromer Leo: Gilt das Verbot der reformatio in peius im eidgenössischen Verwaltungsrecht? (SJZ 41 [1945] Seite 223 ff.)
- Giacometti I — Giacometti Z.: Schweizerisches Bundesstaatsrecht. Neubearbeitung der ersten Hälfte des gleichnamigen Werkes von F. Fleiner (Zürich 1949).
- Giacometti II — Giacometti Z.: Die Verfassungsgerichtsbarkeit d. Schweizerischen Bundesgerichts (Die staatsrechtl. Beschwerde) (Zürich 1933).
- Giorgio — Giorgio H.: Die Organisationsformen in der Sozialversicherung (SJZ 17 S. 257 ff.).
- Graff — Graff Pierre: Le Système de l'administrateur-juge en droit fédéral suisse (Diss. Lausanne 1944).
- Graven — Graven Jean: La procédure devant le Tribunal fédéral des assurances (Semjud 66 [1944] S. 481 ff.).
- Guldener I u. II — Guldener M.: Das schweizerische Zivilprozeßrecht (Zürich 1947) 2 Bände.
- Güpfert — Güpfert Hugo: Organisationsfragen der AHV auf kantonalen Grundlage (Diss. Bern 1938).
- Haag — Haag J.: Die Träger der Sozialversicherung (Diss. Zürich 1945).
- Hagenbüchle — Hagenbüchle Anton: Prozessuale Probleme der formellen Rechtskraft und der Vollstreckbarkeit (ZSR nF 67 S. 1 ff.).

- Hindermann — Dr. Hindermann/Fritz Dettwiler/Dr. Wenzel: Leitfaden zur AHV plus Nachtrag (Zürich 1947).
- Hochuli — Hochuli W.: Die Begründung der Klage (Diss. Zürich 1942).
- Hoerni — Hoerni Margrit: Die Stellung des Kindes in der AHV (Zeitschrift für Vormundchaftswesen 1949 S. 48 ff.).
- Hofmann — Hofmann Hermann: Der Rechtsschutz in Verwaltungs- sachen im Kt. Zürich (Diss. Zürich 1919).
- Huber — Huber Otto: Der Rechtsschutz in der Krankenversiche- rung (Diss. Zürich 1944).
- Jellinek — Jellinek Walter: Verwaltungsrecht, in Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, herausg. von E. Kohl- rausch/W. Kaskel/A. Spiethoff (Berlin 1928).
- Imboden I — Imboden Max: Bundesrecht bricht kantonales Recht. Ein Beitrag zur Lehre vom Bundesstaat unter Verarbeitung schweizerischer Rechtspraxis (Aarau 1940).
- Imboden II — Imboden Max: Der nichtige Staatsakt. Eine verwaltungs- rechtliche Studie (Zürich 1944).
- Imboden III — Imboden Max: Erfahrungen auf dem Gebiete der Ver- waltungsrechtssprechung in den Kantonen und im Bund (ZSR 66 S. 1a ff.).
- Jöhr — Jöhr Eduard: Die verwaltungsgerichtliche Überprüfung des administrativen Ermessens (Diss. Zürich 1931).
- Kägi — Kägi Werner: Das Problem der Gewaltentrennung im allgemeinen. Veröffentlichungen d. Schweizerischen Ver- waltungskurse an der Handelshochschule St. Gallen, Band 12.
- Keel — Keel F. J.: Juristische Terminologie nach schweizerischer Lehre und Praxis (Zürich 1939).
- Kelsen — Kelsen Hans: Reine Rechtslehre (Leipzig u. Wien 1934).
- Lauber — Lauber Werner: Von der Anschlußberufung (SJZ 20 S. 205 ff.).
- Lautner — Lautner Julius Georg: System des schweizerischen Kriegs- wirtschaftsrechts (Zürich 1942/43/44).
- Liechti — Liechti Hans: Die reformierende Verwaltungsgerichtsbar- keit (Diss. Zürich 1949, in Maschinenschrift).
- Mayer — Mayer Otto: Deutsches Verwaltungsrecht, 3. Auflage (München und Leipzig 1924).
- Meier — Meier B.: Die verwaltungsbehördliche Verwaltungsrechts- pflege im Kt. Aargau (Diss. Zürich 1949).
- Merkel — Merkel Adolf: Allgemeines Verwaltungsrecht (Wien und Berlin 1927).
- Naef — Naef Ernst: Das Versicherungsverhältnis in der Sozial- versicherung. Seine rechtliche Natur und sein Verhält- nis zum Versicherungsvertrag (Luzern 1944).
- Nef I — Nef Hans: Die Organisation einer eidgenössischen AHV (Zentralbl. 46 S. 305 ff.).
- Nef II — Nef Hans: Von der LVEO zur AHV (Zentralbl. 49 S. 1 ff.).
- Nef III — Nef Hans: Die Gewaltentrennung im Bunde. Veröffent- lichungen der Schweiz. Verwaltungskurse an der Han- delshochschule St. Gallen, Band 12, 1949.
- Nef IV — Nef Hans: Sinn und Schutz verfassungsmäßiger Gesetz- gebung und rechtmäßiger Verwaltung im Bunde, Referat (ZSR nF 69 [1950] S. 133a).
- Nehrwein — Nehrwein F.: Prozesse zugunsten Bevormundeter. Ver- öffentlichungen der Schweizerischen Handelshochschule St. Gallen, Band 1.
- Oswald — Oswald Hans: Herabsetzung und Erlaß von AHV-Bei- trägen (Bern 1951).

Overbeck	— von Overbeck Alfred: Schuldbetreibung und Konkurs nach schweizerischem Recht (Zürich 1940).
Plattner	— Plattner J.: Justiz und Verwaltung als Rechtsquellen (Zentralbl. 50 [1949] S. 62).
Reich	— Reich W. A.: Die Partei- und Prozeßfähigkeit und die Folgen ihres Mangels (Diss. Zürich 1941).
Ruck	— Ruck E.: Schweizerisches Verwaltungsrecht, 2. Aufl., 2 Bände (Zürich 1942).
Schlumpf	— Schlumpf Leon: Die Berücksichtigung der Versicherungseinrichtungen in der staatlichen Alters- und Hinterlassenenversicherung, insbesondere in der Schweiz. (Im Manuskript.) Diss. Zürich.
Schmid I	— Schmid Anatol: Die Berufung in AHV-Sachen (SJZ 44 S. 357).
Schmid II	— Schmid Anatol: Betrachtungen zur verwaltungsgerichtlichen reformation in peius (SJZ 43 S. 140).
Schmid E.	— Schmid Edy: Die Legitimation zur Verwaltungsgerichtsbeschwerde im schweiz. Bundesrecht (Diss. Bern 1944).
Schurter/Fritzsche	— Schurter E. und Fritzsche H.: Das Zivilprozeßrecht der Schweiz, 3 Bände (Zürich 1924, 1931 und 1933).
Schwarzenbach	— Schwarzenbach H. R.: Von der Lohn- und Verdienstersatzordnung zur Erwerbsersatzordnung (Zbl 53 S. 145).
Sträuli	— Sträuli Hans: Die Kompetenzausscheidung zwischen Bund und Kantonen im Gebiete der Gesetzgebung (Diss. Zürich 1931).
Streuli	— Streuli Adolf: Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung und das Aufsichtsrecht der Parlamente über die Gerichte, insbesondere im Bund und Kantonen der schweizerischen Eidgenossenschaft (Diss. Zürich 1922).
Waldvogel	— Waldvogel Edw.: Das Beweisrecht im eidg. Versicherungsprozeß (Diss Zürich 1928).
Zimmermann	— Zimmermann Hans: Sozialpolitische Ideen im schweizerischen Freisinn, 1914—1945 (Diss. Zürich 1946).
Zürcher	— Zürcher Hans: Die verwaltungsrechtliche Klage (Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft nF 103, 1944).
Züblin	— Züblin Albert: Der Rechtsschutz in der Militärversicherung (Diss. Zürich 1929).
Zwahlen	— Zwahlen H.: Le fonctionnement de la justice administrative (ZSR nF 66 S. 153a ff.).

Die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Entwurf eines Bundesgesetzes mit Motivenbericht, ausgearbeitet vom EVD, August 1928.

Bericht der eidg. Expertenkommission für die Einführung der AHV vom 16. März 1945 (*Expertenbericht*).

Bericht der eidg. Expertenkommission des Eidg. Finanz- und Zolldepartementes über die Finanzierung der AHV vom 26. März 1945.

Botschaft des Bundesrates zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die AHV vom 24. Mai 1946, BBl 1946 S. 365 (*Botschaft*).

Entscheidungen des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes, Verlag Hans Huber, Bern (*EVGE*).

Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichtes, Amtliche Sammlung, vier Teile (Lausanne) (*BGE*).

Die Lohn- und Verdienstersatzordnung, Textausgabe der geltenden Erlasse, IV. Ausgabe nach dem Stande vom 30. Nov. 1945, herausgegeben vom BIGA, November 1945.

Schweizerisches Bundesblatt (*BBl*).

Sammlung eidgenössischer Gesetze, vor 1948 Eidg. Gesetzessammlung (*AS*).

Schweizerische Sozialgesetzgebung, herausgegeben vom BIGA, Verlag des Schweiz. Handelsamtsblattes (pro Jahr 1 Band).

Die Rechtsprechung der eidg. Aufsichtskommissionen für die LVEO in den Jahren 1940 bis 1944, Ausgabe Juli 1945, herausg. vom BIGA (*Rechtsprechung*).

Übergangsordnung zur AHV, Gesetzestexte und Wegleitung, herausgegeben vom BSV (Bern, Januar 1947) (*Übergangsordnung*).

La Semaine Judiciaire (Genève).

Schweiz. Juristen-Zeitung (Zürich).

Schweiz. Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung (Zürich).

Zeitschrift für die Ausgleichskassen (Bern).

Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins (Bern).

Zeitschrift für schweiz. Recht (Basel).

Prof. Dr. iur. Hans Huber: Gutachten über die Zulässigkeit der reformatio in peius im AHV-Beschwerdeverfahren (vom 23. Sept. 1948).

Rechtsquellen

Bund

I. Die AHV

Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 20. Dez. 1946

AS 63 S. 837

Bundesgesetz betreffend die Abänderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 21. Dez. 1950

AS 1951 S. 391

Bundesratsbeschluß über Maßnahmen zur Einführung der AHV vom 28. Juli 1947

AS 63 S. 895

Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die AHV vom 31. Oktober 1947

AS 63 S. 1185

Bundesratsbeschluß betreffend die Abänderung der Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 20. April 1951

AS 1951 S. 394

Verordnung über die freiwillige AHV für Auslandschweizer vom 14. Mai 1948

AS 1948 S. 521

Reglement der Ausgleichskasse für Auslandschweizer vom 23. Juni 1948 (aufgehoben)

AS 1948 S. 826

Reglement für die Schweizerische Ausgleichskasse vom 15. Oktober 1951

AS 1951 S. 994

Reglement über Organisation und Verfahren der Rekurskommission der freiwilligen Alters- und Hinterlassenenversicherung für Auslandschweizer vom 6. September 1949

AS 1949 S. 1551

Kreisschreiben Nr. 28 vom 7. Mai 1949, erlassen vom Bundesamt für Sozialversicherung, «Die Rechtsmittelbelehrung und das Vorgehen der Kassen nach anhängig gemachter Beschwerde», mit mehreren Nachträgen.

II. Die Übergangsordnung zur AHV

Bundesratsbeschluß über die provisorische Ausrichtung von Alters- und Hinterlassenenrenten, vom 9. Oktober 1945, ergänzt und abgeändert durch BRB vom 23. November 1945 und BRB vom 16. Dezember 1946

AS 1945 S. 884

Ausführungsverordnung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes über die provisorische Ausrichtung von Alters- und Hinterlassenenrenten, vom 9. Nov. 1945; abgeändert durch Verfügung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 16. Dezember 1946

AS 1945 S. 972

Verfügung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes zur Übergangsordnung zur AHV (Behandlung der Rentengesuche schweiz. Rückwanderer) vom 13. Jan. 1947

AS 1947 S. 57

III. Lohn- und Verdienstersatzordnung und Studienausfallentschädigung

Für die 88 Erlasse sei auf die «Textausgabe der geltenden Erlasse» in der LVEO verwiesen, die vom BIGA am 30. Nov. 1945 abgeschlossen wurde. Ein chronologisches Verzeichnis aller in der LVEO ergangenen Erlasse mit Angabe des Standortes in der AS findet sich daselbst S. XII.

IV. Eidgenössisches Versicherungsgericht

- Bundesbeschluß betreffend die Organisation und das Verfahren des EVG vom 28. März 1917 AS 33 S. 517
Bundesbeschluß über die Abänderung des Bundesbeschlusses betr. die Organisation und das Verfahren des EVG vom 22. Juni 1920 AS 36 S. 374
Reglement für das Eidg. Versicherungsgericht vom 6. Dez. 1945 AS 61 S. 1135
Verordnung über die Organisation und das Verfahren des EVG in Alters- und Hinterlassenenversicherungssachen vom 18. Dez. 1947 AS 63 S. 1334
BRB vom 24. Juli 1941 über die vorübergehende Verstärkung des EVG AS 56 S. 773
aufgehoben durch BRB vom 15. Februar 1949 AS 1949 S. 143
Bundesbeschluß über die Bezüge der Mitglieder des Eidgenössischen Versicherungsgerichts vom 29. März 1950 AS 1950 S. 656

Zürich

- Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die AHV und die Abänderung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuern vom 28. Sept. 1947 OS 37 S. 805
Verordnung über das Verfahren der kantonalen Rekurskommission für die AHV vom 16. Februar 1948 OS 38 S. 5
Gesetz betr. das Gerichtswesen im allgemeinen vom 29. Jan. 1911, mit Abänderungen vom 7. April 1935 (OS 35 S. 488), 20. Febr. 1938 (OS 36 S. 14 und 27. November 1938 (OS 36 S. 81) OS 29 S. 72
Gesetz betr. den Zivilprozeß vom 13. April 1913, mit Abänderungen vom 7. April 1935 (OS 35 S. 448) und 20. Febr. 1938 (OS 36 S. 14) OS 29 S. 522

Bern

- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die AHV vom 10. Mai 1948 AS 1948 S. 71
Gesetz betr. die Verwaltungsrechtspflege vom 31. Okt. 1909 (Fassung 1943) AS nF II S. 372

Luzern

- Gesetz über die Einführung des BG über die AHV vom 20. Dez. 1946, v. 10. Mai 1949 KBI 1949 S. 404
Verordnung über die Organisation und das Verfahren der kant. Rekursbehörde für AHV-Sachen vom 25. Okt. 1948 GS 14 S. 296
Verordnung über die Organisation der kantonalen Steuerrekurskommission und das Rekursverfahren vom 15. Jan. 1948 GS 14 S. 181

Uri

- Verordnung vom 26. April 1948 betr. die Einführung des Bundesgesetzes über die AHV vom 26. April 1948 LB
Reglement der kant. Rekurskommission für die AHV vom 9. Aug. 1948 LB
Zivilprozeßordnung vom 29. März 1928 mit Abänderungen vom 27. November 1941 (LB 11 S. 135) LB 9 S. 264

Schwyz

- Gesetz betr. die Einführung des Bundesgesetzes über die AHV vom 16. September 1947 GS 12 S. 696
Vollziehungsverordnung zum Gesetz betr. die Einführung des Bundesgesetzes über die AHV vom 23. Januar 1948 GS 13 S. 10
Verordnung über das Verfahren der kantonalen Rekurskommission für die AHV vom 1. März 1948 GS 13 S. 14
Gebührenordnung in Administrativstreitigkeiten vom 14. Jan. 1919 mit Abänderungen, in Reichlin, Schwyzer Rechtsbuch, 1937, Nr. 103.

Obwalden

- Gesetz betr. die Einführung des Bundesgesetzes über die AHV vom 9. Mai 1948 LB 6 S. 213

- Vollziehungsverordnung zum Gesetz betr. die Einführung des Bundesgesetzes über die AHV vom 9. Mai 1948, vom 23. Juli 1948 LB 6 S. 220
 Vorschriften über das Rekursverfahren betr. das Bundesgesetz über die AHV vom 23. Juli 1948 LB 6 S. 227

Nidwalden

- Gesetz betr. die Einführung des Bundesgesetzes über die AHV vom 20. Dezember 1947, vom 25. April 1948

- Ergänzung zum Gesetzbuch von Nidwalden Nr. 246
 Verordnung betr. die Organisation und Verfahren vor der kant. Rekurskommission für die AHV vom 4. Dezember 1948.

Glarus

- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die AHV vom 2. Mai 1948
 Nachträge zum Landsbuch Heft 12 S. 690
 Vollziehungsverordnung zum Einführungsgesetz über die AHV vom 16. Juni 1948 Heft 12 S. 693
 Verordnung über die Organisation und Verfahren der Rekurskommission für die AHV vom 15. Juli 1948 Heft 12 S. 697
 Gesetz über die Gerichtsorganisation vom 5. Mai 1940
 Nachtrag zum Landsbuch 1940 S. 124

Zug

- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die AHV vom 29. Dezember 1947 AS 16 S. 13
 Kantonale Vollziehungsverordnung über die AHV vom 2. März 1948 AS 16 S. 19
 Verordnung über das Verfahren der Rekurskommission für die AHV vom 6. April 1948 AS 16 S. 27

Freiburg

- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die AHV vom 2. Dezember 1947 AS 116 S. 80
 Règlement d'organisation et de procédure de la Commission cantonale de recours en matière d'AVS du 16 avril 1948 AS 117 S. 134
 Zivilprozeßordnung vom 12. Weinmonat 1849 mit Abänderungen vom 28. Nov. 1902 (AS 71 S. 152) und 3. Mai 1933 (AS 102 S. 45).

Solothurn

- Gesetz zur Einführung des Bundesgesetzes über die AHV vom 26. Sept. 1948 AS 77 S. 363
 Organisation und Verfahren des kant. Versicherungsgerichts vom 27. November 1917 mit Abänderungen vom 20. April 1948 (AS 77 S. 313) und Ergänzung vom 24. November 1948 (AS 77 S. 408).

Basel-Stadt

- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die AHV vom 21. Okt. 1948 GS 41 S. 532
 Reglement für die kant. Rekurskommission der Ausgleichskassen vom 1. Febr. 1949 GS 42 S. 21
 Zivilprozeßordnung vom 8. Febr. 1875 Sammelband 1939 S. 140

Basel-Land

- Gesetz betr. die Einführung des Bundesgesetzes über die AHV vom 27. September 1948 GS 1948 I S. 844
 Reglement über das Rekursverfahren in AHV-Sachen vom 18. Jan. 1949 GS
 Gesetz betr. die Gerichts- und Prozeßordnung vom 20. Febr. 1905 mit Abänderung vom 26. Juni 1933 Sammelband 1914 S. 696

Schaffhausen

Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die AHV vom 20. Dez. 1946, die Ausrichtung von kant. Zusatzrenten zu den AHV-Renten des Bundes, die teilweise Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes vom 19. Sept. 1910, die Einführung einer Vergnügungssteuer vom 4. Oktober 1948.

Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die AHV vom 29. Dezember 1948.

Verordnung des Regierungsrates über die Organisation und das Verfahren des Obergerichts als kantonale Beschwerdeinstanz in AHV-Sachen vom 29. Dezember 1948.

Appenzell A.-Rh.

Ausführungsverordnung zum Bundesgesetz über die AHV für den Kanton Appenzell A.-Rh. vom 27. Nov. 1947 (Art. 6 abgeändert am 7. Juni 1948, AS IV S. 819)
AS IV S. 770

Reglement für das Verfahren der Rekurskommission für die eidg. AHV im Kanton Appenzell A.-Rh. vom 12./30. April 1948
AS IV S. 790

Appenzell I.-Rh.

Kantonale Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz vom 20. Dez. 1946 über die AHV vom 27. Nov. 1947.

Großratsbeschluß betr. das Verfahren der kant. Rekursbehörde über die AHV vom 6. April 1948.

St. Gallen

Gesetz betr. die Einführung des Bundesgesetzes über die AHV vom 28. Januar 1948
AS nF 19 S. 189

Verordnung über die Organisation und das Verfahren der kant. Rekurskommission für die AHV vom 28. Mai 1948
AS nF 19 S. 229

Gesetz über die Zivilrechtspflege vom 7. Febr. 1939
AS nF 16 S. 397

Graubünden

Ausführungsverordnung zum Bundesgesetz über die AHV vom 20. Dezember 1946 vom 26. November 1947.

Verordnung über Organisation und Verfahren der kant. Rekursinstanz für AHV-Sachen vom 23. Januar 1948.

Gesetz über die Einführung der AHV, vom 13. März 1949.

Verordnung über das Verfahren im Verwaltungsstreitverfahren vor dem Kleinen Rat vom 1. Dezember 1942;

Beilage Nr. 51 zum Amtsblatt des Kt. Graubünden, vom 18. Dez. 1942

Aargau

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die AHV vom 6. Dez. 1947
AS nF 18 S. 139

Großratsverordnung über das Verfahren vor dem Obergericht in AHV-Sachen vom 14. Juni 1948
AS nF 18 S. 171

Zivilprozeßordnung vom 12. März 1900 mit Abänderung vom 20. März 1941 (AS nF 16 S. 453)
AS nF 6 S. 233

Thurgau

Gesetz über die Einführung der eidg. AHV im Kanton Thurgau
GS 20 S. 769

Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die Einführung der eidg. AHV im Kanton Thurgau vom 26. Februar 1948
GS 20 S. 770

Verordnung des Regierungsrates über das Rekursverfahren bei der AHV vom 26. Februar 1948
GS 20 S. 774

Tessin

Decreto legislativo di applicazione della legge federale del 20 dicembre 1946 sull'Assicurazione per la vecchiaia e superstiti del 28 gennaio 1948
BO nS 74 S. 33

Regolamento della Commissione cantonale di corso per le contestazioni relative all'applicazione dell'Assicurazione per la vecchiaia e per i superstiti del 27 febbraio 1948 BO nS 74 S. 27
 Codice di procedura civile vom 24. Juni 1924, mit Abänderungen vom 19. Dez. 1928 (BO nS 65 S. 35) und 15. April 1940 (BO nS 66 S. 171) BO nS 50 S. 133

Waadst

Loi du 8 septembre 1948 concernant l'assurance-veillesse et survivants RO 145 S. 228
 Arrêté du 29 octobre 1948 appliquant la loi du 8 septembre 1948 concernant l'assurance-veillesse et survivants RO 145 S. 276
 Règlement du Tribunal de l'assurance-veillesse du 21 décembre 1948, avec modification du 21 nov. 1949 RO 145 S. 386
 Code de procédure civil vom 20. Nov. 1911 mit Abänderungen vom 22. Jan. 1919 (RO 116 S. 48), 17. Mai 1921 (RO 118 S. 228), 26. Nov. 1923 (RO 120 S. 163) und 15. Dez. 1936 (RO 133 S. 231) RO 108 S. 566

Wallis

Arrêté réglant provisoirement l'application de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-veillesse et survivants du 4 août 1948.
 Règlement organisant la caisse cantonale de compensation et ses agences du 11 avril 1949.
 Règlement organisant la commission et la procédure de recours pour l'assurance-veillesse et survivants du 11 avril 1949.

Neuenburg

Loi concernant l'introduction de la loi fédérale sur l'assurance-veillesse et survivants du 18 novembre 1947.
 Arrêté d'exécution des prescriptions fédérales et cantonales sur l'assurance-veillesse et survivants du 13 février 1948.
 Règlement de la commission cantonale de recours en matière d'assurance-veillesse et survivants du 13 février 1948.

Genf

Loi d'application de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-veillesse et survivants du 13 décembre 1947 RO 133 S. 219
 Règlement d'exécution de la loi d'application du 13 décembre 1947 de la loi fédérale sur l'assurance-veillesse et survivants du 12 juin 1948 RO 134 S. 151
 Règlement de la commission cantonale de recours en matière d'assurance-veillesse et survivants du 9 avril 1948 RO 134 S. 116

Einleitung

Der Rechtsschutz in der Sozialversicherung des Bundes

Die Erlasse des Bundes auf dem Gebiete der Sozialversicherung sind ihrer rechtlichen Natur nach Verwaltungsgesetze¹. Es ist daher angezeigt, sich zuerst über die Möglichkeiten des Rechtsschutzes im Verwaltungsrecht im allgemeinen Rechenschaft zu geben.

Die Verwaltung vollzieht ein Stück Rechtsanwendung. Durch sie werden die Beziehungen zwischen dem Einzelnen und dem Staatswesen konkretisiert. Die materielle Verwaltung hat sich nun bei der Setzung ihrer Verwaltungsakte an den Inhalt der Gesetze zu halten. Dieser Grundsatz ergibt sich aus dem Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.

Obwohl dieses Prinzip für die gesamte Verwaltungstätigkeit gilt, besteht die Gefahr, daß die Verwaltung Rechtssätze unrichtig anwendet. Hieraus entstehen fehlerhafte Verwaltungsakte. Gegen diese rechtswidrigen Verwaltungsakte müssen dem betroffenen Rechtssubjekt durch den Rechtsstaat gewisse Garantien eingeräumt werden. Der betroffene Gewaltunterworfenen muß die Möglichkeit haben, den Verwaltungsakt durch eine Instanz überprüfen zu lassen, die bei der Setzung desselben nicht beteiligt war. Diese Verwaltungskontrolle kann auf zwei Arten erfolgen:

1. Die Überprüfung der Verwaltungsakte erfolgt *innerhalb* der Verwaltung, das heißt, die den Akt setzende Behörde oder die in der hierarchischen Ordnung nächsthöhere Behörde überprüft den Akt auf seine Rechtmäßigkeit.

2. Die Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Verwaltungsakte erfolgt durch Instanzen, die *außerhalb* der Verwaltung stehen, vornehmlich durch die Justiz.

Die der Verwaltung immanente Kontrolle, der administrative Instanzenzug, vermag jedoch nicht zu befriedigen, da das eine am konkreten Rechtsverhältnis beteiligte Subjekt über Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit der von ihm erlassenen Verwaltungsverfügung zu entscheiden hätte. Dem Gewaltunterworfenen ist dadurch keine genügende Garantie für eine objektive Überprüfung der Rechtsanwendung gegeben.

Den außerhalb der Verwaltung stehenden Instanzen kommt dagegen durch ihre Unabhängigkeit von der Verwaltung völlige Unparteilichkeit zu², und sie stellen daher die beste Garantie für den

¹ z. B. KUVG, MVG und AHVG.

² Die Unabhängigkeit ergibt sich aus der Trennung der Gewalten.

³ Fleiner, Institutionen S. 257; Ruck I S. 158.

«Schutz im Wege Rechts» dar³. In der Lehre vom Verwaltungsrecht wird die Verwaltungsgerichtsbarkeit als die vollkommenste Form des Rechtsschutzes angesehen⁴.

Umstritten ist jedoch heute der Zweck der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Als Zwecke derselben werden etwa genannt⁵:

- | | |
|--|----------------------------|
| 1a. Der Rechtsschutz | } Legalität der Verwaltung |
| 1b. Die Verwirklichung des objektiven Rechts | |

2. Die Weiterbildung des Rechts.

Auf dem Gebiete der schweizerischen Sozialversicherung möchten wir einen weiteren Zweck der Verwaltungsgerichtsbarkeit hervorheben: Die *Einheit der Rechtsanwendung*. Diese wird durch die Einsetzung einer für das gesamte Gebiet des Bundes wirkenden Berufungsinstanz erreicht.

Das Rangverhältnis dieser Grundfunktionen der Verwaltungspflege ist nun für gewisse Auslegungsfragen von ausschlaggebender Bedeutung⁶. Hier wollen wir vor allem darauf hinweisen, daß der Einbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit in eine Institution auch heute primär nicht der Verwirklichung des objektiven Rechts oder der Weiterbildung des Rechts erfolgt. Das ergibt sich daraus, daß die Legitimation zur Verwaltungsgerichtsbeschwerde meist dem Privaten, dem Gewaltunterworfenen, zuerkannt wird. Das zeigt m. E. deutlich, welchen Wert der Gesetzgeber in dieser antinomischen Situation vorzieht. Im übrigen schließen wir uns der Auffassung von Nef und Birchmeier an, wonach die Verwirklichung des objektiven Rechts höher zu werten ist als die Weiterbildung des Rechts, der Rechtsschutzzweck jedoch sämtlichen anderen Zwecken der Verwaltungsgerichtsbarkeit vorgehen soll⁷.

Wenn wir die Verwaltungsgerichtsbarkeit als rechtsstaatliches Postulat betrachten, so sollte bei jeder Übertragung von neuen Aufgaben an das Staatswesen der Schutz des Einzelnen gegenüber den diese Aufgaben vollziehenden Behörden in diesem Sinne ausgebaut werden. Im Gebiete der schweizerischen Sozialversicherung ist dieses Postulat erfüllt worden. Wie unten darzulegen sein wird, wurden in der Kranken- und Unfallversicherung, in der Militärversicherung, in der Lohn- und Verdienstersatzordnung und in der

⁴ Fleiner, Institutionen S. 237.

Giacometti, in Festgabe Fritzsche, S. 14 ff. (Gewaltentrennung und Verwaltungspflege).

Mayer O., S. 25.

Jellinek W., S. 288 Ziff. VI.

Ruck I S. 55.

⁵ Nef H. IV S. 300a ff.; Imboden ZSR nF 66 S. 7a; Liechti S. 69, 71 und 72.

⁶ cf. S. 103 f.

⁷ Nef H. IV S. 302a/03a; Birchmeier S. 417 ff.

AHV ordentliche Zivilgerichte, Verwaltungsgerichte und Spezialverwaltungsgerichte mit der Verwaltungsrechtspflege betraut.

A. Die Unfallversicherung

Das Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung von 1911 führte eine *zweistufige* Verwaltungsgerichtsbarkeit ein. In jedem Kanton besteht ein einziges Gericht als erste Instanz für die Behandlung von Streitigkeiten zwischen dem Versicherten und einer Krankenkasse oder der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern über die im zweiten Titel des KUVG bestimmten Versicherungsleistungen⁸. Gegen Entscheide der kantonalen Versicherungsgerichte kann an das EVG, das als zweite und letzte Instanz funktioniert, Berufung eingelegt werden⁹.

B. Die Militärversicherung

Die Militärversicherung kannte bis zum 31. Dezember 1949 nur *eine* Instanz, bei der gegen Verfügungen der Militärversicherung und gegen Entscheide der Eidg. Pensionskommission Berufung eingelegt werden konnte, nämlich das EVG¹⁰. Das am 1. Januar 1950 in Kraft getretene BG über die Militärversicherung vom 20. September 1949 führte auch auf dem Gebiete der Militärversicherung eine *zweistufige* Verwaltungsgerichtsbarkeit ein. Die «Klagen»¹¹ werden in erster Instanz von den kantonalen Versicherungsgerichten und in zweiter und letzter Instanz vom EVG beurteilt¹².

Es sei in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen, daß Art. 56 des neuen MVG für die Kantone *zwingende Vorschriften* über die Ausgestaltung des *Verfahrens* vor den kantonalen Versicherungsgerichten aufstellt. (Kostenloses Verfahren, Oficialmaxime, freie Beweiswürdigung, Pflicht zur unentgeltlichen Verbeiständung, wenn es die Verhältnisse rechtfertigen, Prozeßentschädigung bei Guttheißung einer Beschwerde, Auflegung von Gerichtskosten, Revision der kant. Entscheide wegen Entdeckung neuer entscheidender Beweismittel u. a. m.) — Zu erwähnen ist auch die VO über die Organisation und das Verfahren des EVG in Militärversicherungssachen, vom 22. Dezember 1949, die bis zur Revision des OB gelten wird¹³.

⁸ KUVG 120.

⁹ KUVG 122.

¹⁰ MVG von 1914 Art. 55 (in Kraft gesetzt am 1. April 1918 durch BRB vom 26. Dezember 1917, AS 33 S. 1095).

¹¹ Richtigerweise sollte es im MVG 55 I und II «Beschwerde» an Stelle von «Klage» heißen.

¹² MVG 55 II.

¹³ Art. 9 I.

C. Die Lohn- und Verdienstersatzordnung

Die Lohn- und Verdienstersatzordnung wurde am Anfang des zweiten Weltkrieges durch Vollmachtenbeschlüsse des Bundesrates geschaffen. Die zu erhebenden Abgaben öffentlich-rechtlicher Natur und die Lohnausfallentschädigungen (bzw. Verdienstaufschüttungen) waren individuell abgestuft. Die Belastung der Instanzen, die Beschwerden gegen Verfügungen der Ausgleichskassen zu erledigen hatten, war demnach eine erhebliche. Daher setzte der Bundesrat in der *zweistufigen* Rechtspflege Spezialverwaltungsgerichte ein, deren einzige Aufgabe in der Rechtssprechung auf dem Gebiete der Lohn- und Verdienstersatzordnung bestand.

Als erste Instanz war in der Lohnersatzordnung für jede *Verbands-Ausgleichskasse* und jede *kantonale Kasse* eine Schiedskommission bestellt worden¹⁴. Im Gegensatz zur Lohnersatzordnung wurde in der Verdienstersatzordnung nicht für jede Ausgleichskasse, sondern für jeden *Kanton* eine Schiedskommission eingesetzt¹⁵. Eine Ausnahme von dieser Regel wurde bei den Verbandsausgleichskassen der liberalen Berufe insoweit gemacht, als bei diesen AK in bezug auf die Rechtsschutzinstanz eine der LEO analoge Regelung galt, obwohl die AK der liberalen Berufe organisatorisch zur VEO zählten¹⁶.

Die eidgenössischen Aufsichtskommissionen der Lohnersatzordnung¹⁴ und jene der Verdienstersatzordnung¹⁸ entschieden als zweite Instanzen endgültig über Beschwerden gegen Entscheide der Schiedskommissionen^{19, 20}.

D. Die Übergangsordnung zur AHV

Durch den Bundesratsbeschluß vom 9. Oktober 1945 über die provisorische Ausrichtung von Alters- und Hinterlassenenrenten wurde die Möglichkeit geschaffen, vor Annahme und Inkrafttreten des AHVG Renten auszurichten. Unter gewissen wirtschaftlichen Voraussetzungen erhielten mehr als 65 Jahre alte in der Schweiz wohnhafte Schweizer und Schweizerinnen Renten. Da die Leistungen der Übergangsordnung auf dem Bedarfssprinzip basier-

¹⁴ LEO 15; ALEO 17; GRV 1; Schwarzenbach S. 150.

¹⁵ VEO 29; AVEO 30.

¹⁶ VEO 29 II.

¹⁷ LEO 16; ALEO 17; GRAK 1.

¹⁸ VEO 30; AVEO 33; GRAK 1.

¹⁹ GRAK 3 I.

²⁰ Neben der Rechtssprechung hatten die beiden eidg. Aufsichtskommissionen auch grundsätzliche Fragen zuhanden des EVD zu begutachten, und sie konnten dem EVD Anregungen betr. die LVEO unterbreiten (GRAK 10).

ten²¹, ergab sich zum vornherein die Möglichkeit einer größeren Anzahl von Streitfällen.

Auch hier wurden *zwei Instanzen* mit der Verwaltungspflege betraut. Die kantonale Rekurskommission (1. Instanz) wurde aus der Mitte der Mitglieder der kantonalen Schiedskommission für die Lohn- und Verdienstersatzordnung gewählt²², während eine eidg. Oberrekurskommission (2. Instanz) durch das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement aus der Mitte der Mitglieder der Aufsichtskommissionen für die LVEO ernannt wurde²³. Während der Geltung der Übergangsordnung (1946 und 1947) fällten die kantonalen Rekurskommissionen 8241 Entscheide; davon wurden 322 an die Oberrekurskommission weitergezogen²⁴.

E. Die Alters- und Hinterlassenenversicherung

Bei der Organisation der AHV konnte auf die Erfahrungen auf dem Gebiete der Rechtspflege in den bestehenden Sozialgesetzen abgestellt werden. Insbesondere hatte sich die Rechtspflege in der LVEO und in der Übergangsordnung bewährt. Demnach wurde eine *zweistufige* Spezialverwaltungsgerichtsbarkeit geschaffen. Die Organisation der unteren Instanz überläßt das AHVG den Kantonen²⁵, während als obere Instanz das EVG in Luzern bezeichnet wurde²⁶. Außerdem besteht für Beurteilung von Beschwerden von im Ausland wohnenden Personen als erste Instanz eine besondere Rekurskommission mit Sitz in Bern²⁷. Die Geschäftslast der kantonalen Rekurskommissionen erreichte 1948 einen Umfang von 2117 Entscheiden²⁸. Davon wurden 204 an das EVG weitergezogen.

Anhangsweise sei noch auf die Regelung in dem am 6. Dezember 1931 verworfenen Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 17. Juni 1931 hingewiesen²⁹. Die damalige Gesetzesvorlage hatte Einheitsbeiträge und Einheitsrenten vorgesehen, weshalb wenig Streitigkeiten zu erwarten gewesen wären³⁰. Immerhin war eine zweistufige Verwaltungsgerichtsbarkeit vorge-

²¹ Übergangsordnung 5.

²² Übergangsordnung 19 II.

²³ Übergangsordnung 19 III.

²⁴ ZAK 1948 S. 82.

²⁵ cf. 1. Abschnitt, 1. Kapitel.

²⁶ cf. 1. Abschnitt, 2. Kapitel.

²⁷ AHVV 200^{bis}.

²⁸ ZAK 1949 S. 97.

²⁹ BBl 1930 I S. 1000. Die «Lex Schultheß» wurde verworfen mit 513 512 gegen 338 032 Stimmen bei der hohen Stimmbeteiligung von 78%. (Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 32, S. 10.)

³⁰ AHV, Entwurf eines Bundesgesetzes mit Motivenbericht, ausgearbeitet vom EVD, August 1928, S. 94.

sehen. Als erste Instanzen fungierten kantonale Behörden³¹ und als Berufungsinstanz je nach der Art der Streitigkeit das Bundesgericht oder eine eidg. Rekurskommission³².

Das Bundesgesetz über die eidg. Alters- und Hinterlassenenversicherung

Nach sechsjährigen, verschiedentlich längere Zeit unterbrochenen Beratungen, legte das Parlament auf Vorschlag des Bundesrates dem Schweizervolk am 6. Dezember 1925 den Verfassungsartikel 34^{quater} vor, der die Einführung einer Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie einer Invalidenversicherung vorsah. Die stimmberechtigten Bürger fügten diesen Artikel mit großem Mehr der Bundesverfassung bei¹.

In der Folge arbeiteten die eidg. Räte in Ausführung von BV 34^{quater} ein Gesetz aus, das auf den Tag genau sechs Jahre später *verworfen* wurde². Nun wurde es recht stille um die AHV; niemand wollte nach der «bachab gesandten Lex Schultheß» erneut einen Vorstoß unternehmen, obwohl gerade während der wirtschaftlichen Krisenzeit zu Beginn der Dreißigerjahre eine AHV mehr denn je nötig gewesen wäre³.

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges wurde, gestützt auf die bundesrätlichen Vollmachten, die Lohn- und Verdienstersatzordnung geschaffen. Diese Institution gab, nachdem sie sich eingelebt und bewährt hatte⁴, zu verschiedenen Eingaben Anlaß, die für die Umwandlung der Ausgleichskassen der LVEO in AHV-Kassen eintraten⁵. Der Bundesrat kam diesen Aufforderungen nach, und sein Antrag auf Ausarbeitung eines Gesetzes über die AHV wurde von beiden Räten im März 1944 gutgeheißen. Nun nahmen die

³¹ AHVG 1931 43 I.

³² Für Streitigkeiten über Arbeitgeberbeiträge wäre die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht zulässig gewesen (AHVG 1931 44 I). Für andere Streitigkeiten über die Beitragspflicht und über die Versicherungsansprüche wäre der Weiterzug an eine eidg. Rekurskommission möglich gewesen. (AHVG 1931 44 II.)

¹ 410 988 Ja gegen 217 483 Nein, 15²/₃ annehmende gegen 4³/₂ verwerfende Stände; AS 42 S. 33.

² 6. Dezember 1931, cf. S. 5 Anm. 29.

³ Nef H. II S. 2.

⁴ Nef H. II S. 2.

⁵ Standesinitiativen der Kantone Genf vom 27. Aug. 1941 und Neuenburg vom 14. Nov. 1941, Volksbegehren vom 25. Juli 1942 mit 179 910 Unterschriften (BBl 1947 I S. 1073); ferner Standesinitiativen der Kt. Schwyz vom 16. Febr. 1944 und Luzern vom 16. März 1944, die die AHV in Verbindung mit dem Familienschutz behandelt wissen wollten. (BBl 1947 I S. 1075).

eidg. Expertenkommission für die Einführung der AHV und diejenige des eidg. Finanz- und Zolldepartements über die Finanzierung der AHV sowie mehrere Spezialkommissionen die gesetzgebischen Arbeiten intensiv auf. Auf Grund aller dieser Beratungen wurden die Berichte der beiden großen Kommissionen veröffentlicht⁶ und an alle interessierten Kreise zur Vernehmlassung zugestellt⁷. Die Expertenberichte und die Vernehmlassungen liegen den Botschaften des Bundesrates vom 24. Mai und 29. Mai 1946 zugrunde⁸. In außerordentlich kurzer Zeitspanne wurde das AHVG in der Bundesversammlung durchberaten und am 20. Dezember 1946 vom Parlament verabschiedet. Gegen das Gesetz wurde das Referendum ergriffen⁹. Am 14. April 1947 wurden 55 424 Unterschriften auf den Referendumsbogen gültig erklärt¹⁰. So kam es zur Abstimmung vom 6. Juli 1947, an der sich 862 036 Stimmberechtigte für und 215 496 gegen das AHVG erklärten¹¹. Damit bekundete das Schweizervolk seinen Willen, auf den 1. Januar 1948 die eidgenössische AHV einzuführen.

A. Die versicherten Personen, deren Beiträge und Renten

I. Der Kreis der Versicherten

Die AHV basiert auf einem *Obligatorium* für die gesamte Bevölkerung¹². Außer allen natürlichen Personen, die in der Schweiz ihren zivilrechtlichen Wohnsitz haben¹³, sind auch alle Personen versichert, die in der Schweiz eine Erwerbstätigkeit ausüben¹⁴. Auch wurden Schweizerbürger, die im Auslande für einen Arbeitgeber in der Schweiz tätig sind und von diesem entlohnt werden, ebenfalls der Versicherungspflicht unterstellt¹⁵. Von dieser Versicherungspflicht sind Angehörige anderer Staaten befreit, sofern sie im Genusse diplomatischer Vorrechte stehen¹⁶, ferner natürliche Personen, die einer staatlichen ausländischen AHV angehö-

6 a) Bericht der Eidg. Expertenkommission für die Einführung der AHV, vom 16. März 1945.

b) Bericht der Expertenkommission des Eidg. Finanz- und Zolldepartements über die Finanzierung der AHV vom 26. März 1945.

7 Kantone, Parteien, Wirtschaftsorganisationen usw.

8 BBl 1946 S. 365.

9 Über die damalige politische Konstellation cf. Zinimermann H., S. 130.

10 BBl 1947 I S. 1238.

11 BBl 1947 III S. 176.

12 Expertenbericht S. 17 ff., 179.

13 AHVG 1 I lit. a.

14 AHVG 1 I lit. b.

15 AHVG 1 I lit. c; KS No. 14 vom 17. Dez. 1947.

16 AHVG 1 II lit. a; AHVV 1.

ren und für die der Einbezug in die schweizerische AHV eine nicht zumutbare Doppelbelastung bedeuten würde¹⁷, sodann auch Personen, die nur für kurze Zeit einen zivilrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz begründen oder daselbst kurzfristig eine Erwerbstätigkeit ausüben¹⁸. Aus dieser Regelung ist ersichtlich, daß Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz grundsätzlich der Versicherungspflicht unterstellt sind¹⁹. Die Ausnahmen von der Versicherungspflicht werden durch AHVG 1 II abschließend geregelt²⁰. Außer den obligatorisch Versicherten können im Auslande niedergelassene Schweizerbürger freiwillig der Versicherung beitreten²¹, falls sie gewisse Bedingungen hinsichtlich des Alters erfüllen.

II. Die Beiträge und Renten

a) Die Beiträge

Grundsätzlich sind alle Versicherten beitragspflichtig, seien sie erwerbstätig oder nicht^{22, 23}. Aus sozialpolitischen Gründen wurde jedoch davon abgesehen, von den nichterwerbstätigen Witwen²⁴ und Ehefrauen sowie von im Betriebe des Ehemannes mitarbeitenden Ehefrauen Beiträge zu erheben²⁵.

Die Höhe der Beiträge wurde für erwerbstätige Versicherte auf 4% des Bar- und Naturallohnes angesetzt, wobei der unselbständige Erwerbende den Beitrag mit seinem Arbeitgeber zu gleichen Teilen²⁶, der Selbständigerwerbende ihn ganz aufbringen muß²⁷. Nichterwerbstätige leisten pro Monat Beiträge von Fr. 1.— bis Fr. 50.—, je nach ihren sozialen Verhältnissen²⁸.

Sollte die Bezahlung der Beiträge obligatorisch Versicherten nicht zugemutet werden können, so darf der Beitrag bis auf eine Minimalgrenze herabgesetzt²⁹ und unter Umständen erlassen werden. Der Wohnsitzkanton hätte dann an Stelle des Versicherten den Minimalbeitrag zu entrichten³⁰.

17 AHVG 1 II lit. b; AHVV 3; ZAK 1948 S. 134 ff., 251/52.

18 AHVG 1 II lit. c; AHVV 2; Verfügung des EVD über die Stellung des auf schweiz. Schiffen tätigen ausländischen Personals in der AHV, vom 10. März 1948, in ZAK 1948 S. 137.

19 ZAK 1948 S. 385.

20 ZAK 1948 S. 249.

21 AHVG 2; AHVV 5.

22 AHVG 3 I; 4—9; AHVV 6—18; 20—26.

23 AHVG 10; AHVV 27—29.

24 AHVG 3 II lit. c; Expertenbericht S. 29; ZAK 1948 S. 91.

25 AHVG 3 II lit. b.

26 AHVG 4—7, 12 und 13.

27 AHVG 8 und 9.

28 AHVG 10; AHVV 23 u. 29.

29 AHVG 11 I; AHVV 31.

30 AHVG 11 II; AHVG 32.

b) Die Renten

Die in AHVG 18 aufgeführten Personen besitzen einen Rechtsanspruch auf die ihnen zukommende Rente: Der Rechtsanspruch ist unabtretbar, unverpfändbar und der Zwangsvollstreckung gegen den Berechtigten entzogen³¹.

Die *Arten* der Renten sind: Die einfache Altersrente³², die Ehepaaraltersrente³³, die Witwenrente³⁴ und die Waisenrente, wobei einfache Waisenrente³⁵ und Vollwaisenrente³⁶ unterschieden werden.

Nach der Beitragsdauer werden unterschieden: Vollrenten³⁷ und Teilrenten³⁸, die unter den ordentlichen Renten zusammengefaßt werden. Anspruch auf ordentliche Renten haben nur Personen, die während mindestens eines vollen Jahres Beiträge geleistet haben³⁹. Alle anderen in der Schweiz wohnhaften Schweizerbürger, die diese Bedingung nicht erfüllen, besitzen unter Umständen Anspruch auf eine Übergangsrente⁴⁰. Die Übergangsrenten wurden auf dem Bedarfsprinzip aufgebaut, d. h. das Jahreseinkommen der Rentenbezüger darf bestimmte Grenzen nicht übersteigen, wobei die Orts- und Vermögensverhältnisse mitberücksichtigt werden⁴¹.

Die *Höhe* der ordentlichen Renten hängt von den durchschnittlichen Jahresbeiträgen der Versicherten ab⁴², wobei die Rente nach oben und unten durch das Gesetz begrenzt wurde⁴³. Durch die Festsetzung von Maximal- und Minimalrenten wurde dem Solidaritätsprinzip Rechnung getragen, andererseits spielt aber auch das Versicherungs- oder Äquivalenzprinzip in gewissen Grenzen⁴⁴. In technischer Hinsicht sei noch erwähnt, daß die Renten durch Postmandat monatlich und zum voraus ausgerichtet werden⁴⁵.

³¹ AHVG 20; Expertenbericht S. 56—58 und 188.

³² AHVG 21.

³³ AHVG 22; AHVV 45.

³⁴ AHVG 23, 24; AHVV 46.

³⁵ AHVG 25; AHVV 47.

³⁶ AHVG 26.

³⁷ AHVG 29 II lit. a.

³⁸ AHVG 29 II lit. b.

³⁹ AHVG 29 I.

⁴⁰ AHVG 42, 43; AHVV 56—66.

⁴¹ AHVG 42 I und IV; AHVV 60—64.

⁴² AHVG 30; AHVV 51.

⁴³ AHVG 34 III: einfache Altersrente

AHVG 35 : Ehepaaraltersrente

AHVG 36 I : Witwenrente

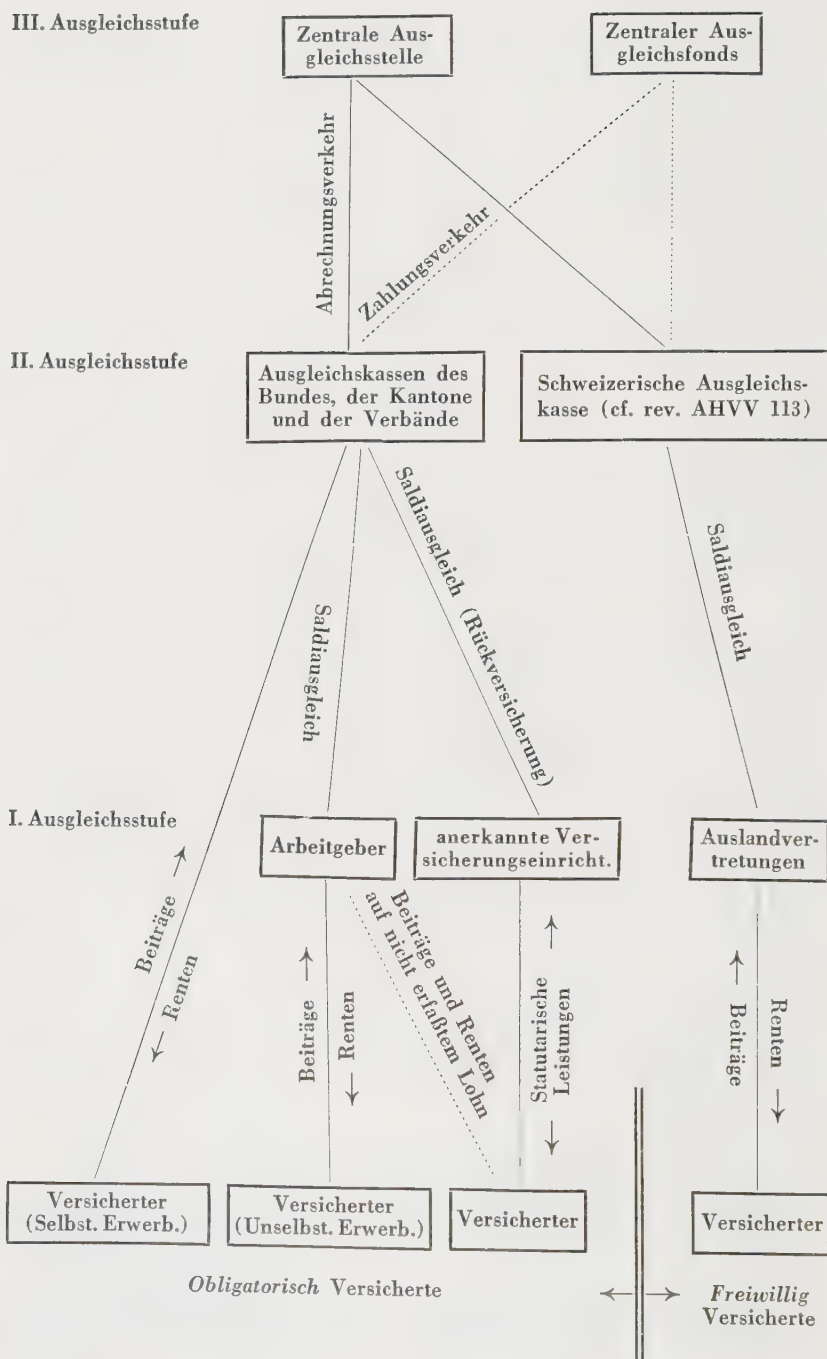
AHVG 37 I : Vaterwaisenrente

AHV 48 II : Mutterwaisenrente

AHVG 37 II : Vollwaisenrente

Fr. 480.— bis 1500.—/Jahr
770.— bis 2400.—/Jahr
375.— bis 90% der
einfachen Altersrente
145.— bis 360.—/Jahr
115.— bis 240.—/Jahr
215.— bis 540.—/Jahr

III. Ausgleichsstufe



B. Die Organisation und die Versicherungseinrichtungen

Die Grundlage der Durchführung der AHV bildet das Ausgleichssystem⁴⁶, wie es bereits in der VLEO angewandt worden war und sich bewährt hatte. Unter «Ausgleich» ist hier ein bestimmtes Verfahren für die Durchführung einer finanziellen Maßnahme zu verstehen⁴⁷. Es handelt sich somit um einen Ausgleich in formellem Sinne, im Gegensatz zum Ausgleich in materiellem Sinne, bei dem ökonomische Lasten ausgeglichen werden sollen⁴⁸.

Der Ausgleich vollzieht sich bei den unselbständig Erwerbenden in drei Stufen: Arbeitgeber, Ausgleichskassen und Zentrale Ausgleichsstelle. Für die Selbständigerwerbenden fällt die erste Ausgleichsstufe weg. Das Schema auf S. 10 veranschaulicht diesen Aufbau.

Die Übernahme des Ausgleichssystems brachte verschiedene Vorteile. Einmal wurde der Aufbau einer zentralen Bundesanstalt vermieden. Sodann gleichen sich die Beiträge und Renten bei den Arbeitgebern und die Saldi der Arbeitgeber bei den Ausgleichskassen aus, der Finanzverkehr wird dadurch auf ein notwendiges Minimum beschränkt⁴⁹. An Nachteilen des Ausgleichssystems werden erwähnt: Erschwerte Kontrolle durch die dezentralisierte Durchführung und höhere Verwaltungskosten⁵⁰.

I. Die erste Ausgleichsstufe

a) Die Arbeitgeber

Die Arbeitgeber haben vom Lohn ihrer Arbeitnehmer zwei Prozent abzuziehen und einen gleich hohen Betrag dazuzulegen⁵¹. Daneben zahlen sie unter gewissen Bedingungen die Renten an Versicherte mit unselbständiger Erwerbstätigkeit aus⁵². Der Arbeitgeber verrechnet nun die Beiträge mit den Renten. Ein Mehr an Beiträgen überweist er der Ausgleichskasse, und umgekehrt vergütet ihm die Kasse einen Saldo, der durch Überwiegen der Rentenzahlungen über die Beiträge entstanden ist. Daneben erfordert die Führung der individuellen Beitragskonten (IBK) durch die Ausgleichskassen eine genau spezifizierte Aufstellung über die ab-

⁴⁴ Expertenbericht S. 67.

⁴⁵ AHVG 44 I und III.

⁴⁶ Nef H. II S. 3.

⁴⁷ Nef H. II S. 3 unten.

⁴⁸ Nef H. II S. 3/4.

⁴⁹ Expertenbericht S. 154 Ziff. 2.

⁵⁰ Cf. Anm. 49.

⁵¹ AHVG 51 I.

⁵² AHVG 51 II.

gegebenen und selbstgeschuldeten Beiträge sowie die ausbezahlten Renten zuhanden der Ausgleichskasse⁵³.

b) Die anerkannten Versicherungseinrichtungen

Bei der Einführung der AHV war rund ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung der Schweiz bei einer *Pensionskasse* oder Gruppenversicherung versichert⁵⁴. Diese Fürsorgeeinrichtungen (Stiftungen, Genossenschaften oder öffentlich-rechtliche Anstalten) konnten sich nun «*anerkennen*» lassen, d. h. in die AHV organisatorisch einbauen lassen⁵⁵. Versicherungstechnisch wirkt sich die Anerkennung als Rückversicherung aus.

Funktionell stehen die anerkannten Versicherungseinrichtungen auf der gleichen Stufe wie der Arbeitgeber: Sie erheben ihre statutarischen Prämien von den angeschlossenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die dann im Ausmaße dieser Prämien von den Leistungen an die AHV befreit sind. Die anerkannten Versicherungseinrichtungen rechnen wie die Arbeitgeber über die Beiträge und ausbezahlten Renten mit der zuständigen AK per Saldo ab⁵⁶. — Nicht anerkannte Versicherungseinrichtungen und kantonale Versicherungseinrichtungen (z. B. kant. AHV) können weiterbestehen oder neu errichtet werden, da eine gesetzliche Pflicht zur Anerkennung nicht besteht.

c) Die Auslandsvertretungen

Die diplomatischen Vertretungen der Schweiz im Auslande nehmen organisatorisch eine Stellung ein, die ebenfalls zur ersten Ausgleichsstufe gerechnet werden muß, rechnen sie doch vierteljährlich mit der Schweiz. Ausgleichskasse über die vereinnahmten Beiträge und die ausbezahlten Renten ab⁵⁷.

II. Die zweite Ausgleichsstufe

Die Ausgleichskassen führen bei den unselbständig Erwerbenden die zweite Stufe des Ausgleiches durch: Die «Überschüsse» und «Defizite» der Arbeitgeber werden ausgeglichen. Hinsichtlich der Selbständigerwerbenden besorgen sie den Einzug der Beiträge und die Auszahlung der Renten. Über den aus der Kassentätigkeit bei beiden Erwerbskategorien resultierenden Saldo rechnen die Ausgleichskassen mit der zentralen Ausgleichskasse, bzw. dem Aus-

⁵³ AHVG 51 III.

⁵⁴ Expertenbericht S. 118/19; ZAK 1947 S. 74.

⁵⁵ AHVG 74 ff.; ZAK 1947 S. 74, 75; cf. Schlumpf.

⁵⁶ AHVG 80.

⁵⁷ Verordnung des BR über die freiwillige AHV für Auslandschweizer vom 14. Mai 1948 4 I lit. f.

⁵⁸ Nef H. II S. 7; Expertenbericht S. 209.

gleichsfonds ab⁵⁸. Daneben üben sie aber noch eine Funktion aus, die ihnen besonders unter dem Gesichtspunkt dieser Arbeit erhöhte Bedeutung zukommen läßt: Die Ausgleichskassen «treffen alle zum Vollzug des Gesetzes notwendigen *Verwaltungsverfügungen* gegenüber den Kassenmitgliedern und deren Arbeitnehmern»⁵⁹. Die Ausgleichskassen üben somit ein Stück *materieller hoheitlicher Verwaltung* aus, da sie generelle Normen auf den einzelnen Fall anwenden müssen. Insbesondere setzen sie die Höhe der Beiträge⁶⁰ und der Renten fest⁶¹. Über die Form der Verwaltungsakte cf. S. 23 ff.

Es lassen sich drei Gruppen von Ausgleichskassen unterscheiden:

a) Die Verbandsausgleichskassen

Die Verbandsausgleichskassen wurden von schweizerischen Berufsverbänden gegründet⁶². Diesen von privatrechtlichen Personen (den sog. Trägerverbänden) ins Leben gerufenen Ausgleichskassen wird mit der Genehmigung des Kassenreglementes durch den Bundesrat die öffentlich-rechtliche Persönlichkeit verliehen. Es handelt sich um selbständige Rechtspersonen, die anstaltsmäßig organisiert sind⁶³. Das AHVG regelt die Verbandsausgleichskassen eingehender als die kantonalen Kassen. Dadurch soll dem versicherten Bürger die Garantie gegeben werden, daß die «halbprivaten» Institutionen, die an der Durchführung beteiligt sind, ihren Aufgaben gewissenhaft nachkommen⁶⁴. So sieht das Gesetz als oberstes Organ der Verbandsausgleichskassen einen Kassenvorstand vor⁶⁵, dem unter anderem die interne Organisation der Kasse⁶⁶ und die Ernennung des Kassenleiters obliegen⁶⁷. Letzterer steht als Kassenfunktionär einerseits in *privatrechtlichem* Dienstverhältnis zu der Kasse⁶⁸, nicht aber zu den Gründerverbänden⁶⁹, und andererseits unterliegt er der Schweigepflicht⁷⁰ und gilt als *Beamter* im Sinne von StGB 110 I Ziff. 4 für Handlungen, die er in seiner Eigenschaft als Kassenfunktionär begeht und die gemäß StGB 312

⁵⁹ Expertenbericht S. 210; AHVG 63 I.

⁶⁰ Mit Ausnahme der AK für die Auslandschweizer, wo die mit den Verhältnissen besser vertrauten Auslandsvertretungen die Beiträge festsetzen; cf. Anm. 57, Art. 4 I lit. c.

⁶¹ AHVG 63 I a und b.

⁶² AHVG 53; Legaldefinition d. schweiz. Berufsverbände in AHVV 83 I u. II.

⁶³ Nef H. II S. 7.

⁶⁴ Expertenbericht S. 160 lit. d.

⁶⁵ AHVG 58 I.

⁶⁶ AHVG 58 IV lit. a.

⁶⁷ AHVG 58 IV lit. b.

⁶⁸ AHVV 106 III.

⁶⁹ AHVG 66 II.

⁷⁰ AHVG 50.

bis 317 und 320 mit Strafe bedroht sind⁷¹. Dieses Anstellungsverhältnis wurde auch noch in anderer Beziehung dem öffentlich-rechtlichen Beamtenverhältnis angeglichen: Dem EVD steht nämlich die Befugnis zu, Kassenfunktionäre wegen schwerer Pflichtverletzung abzurufen⁷².

b) Die kantonalen Ausgleichskassen

In jedem Kanton besteht eine kantonale Ausgleichskasse als *selbständige öffentliche Anstalt*⁷³. Ihre Kassenreglemente wurden meist in Form einer Vollziehungsverordnung zum kant. EG zur AHV gekleidet. Durch die kantonalen Kassen und die Rekursbehörden erhalten die Kantone Gelegenheit, die ihnen in BV 34 Abs. III «versprochene» Mitarbeit auszuüben. In der Organisation sind die Kantone freier als die Verbände; immerhin müssen die betreffenden Erlasse vom Bundesrat genehmigt werden.

Während den Verbandsausgleichskassen alle Angehörigen ihres Gründerverbandes angeschlossen sind, gehören den kantonalen Ausgleichskassen alle Arbeitgeber und Selbständigerwerbenden an, die keinem Gründerverband einer Verbandsausgleichskasse angehören, ferner die Nichterwerbstätigen und die versicherten Arbeitnehmer nicht beitragspflichtiger Arbeitgeber⁷⁴. Sodann haben die kant. AK Zweigstellen zu errichten. In der Regel besitzt jede Gemeinde eine solche. Der Bürger soll an seinem Wohnorte eine Auskunftsstelle besitzen, die auch seine Korrespondenzen an die zuständigen Instanzen weiterleitet und ihm bei der Ausfüllung von Formularen behilflich sein kann.

c) Die Ausgleichskassen des Bundes

1. Für das Personal des Bundes und der Bundesanstalten besteht eine «*Eidgenössische Ausgleichskasse*», die als unselbständige Anstalt zu qualifizieren ist, wurde sie doch «im Rahmen der Bundesverwaltung» errichtet und dem Eidg. Finanz- und Zolldepartement unterstellt⁷⁵.

2. Durch Verordnung des Bundesrates wurde unter der Bezeichnung «*Schweizerische Ausgleichskasse*» im Rahmen der zentralen Ausgleichsstelle eine besondere Ausgleichskasse errichtet, der insbesondere die Durchführung der freiwilligen Versicherung für Auslandschweizer und der ihr durch zwischenstaatliche Vereinbarung zugewiesene Aufgaben obliegt⁷⁶.

⁷¹ AHVG 66 I.

⁷² AHVG 72 in Verbindung mit AHVV 176 I.

⁷³ AHVG 61 I.

⁷⁴ AHVG 64 I und II.

⁷⁵ AHVG 62; AHVV 110 I und II.

⁷⁶ AHVG 62; AHVV 113; ZAK 1948 S. 308 und 351.

III. Die dritte Ausgleichsstufe

Die dritte Stufe wurde der Zweckmäßigkeit halber aufgeteilt. Der Abrechnungsverkehr wird durch die Zentrale Ausgleichsstelle und der Zahlungsverkehr durch den Zentralen Ausgleichsfonds vorgenommen.

a) Die Zentrale Ausgleichsstelle

Die Zentrale Ausgleichsstelle wurde im Rahmen der Bundesverwaltung errichtet⁷⁷. Die Zentrale Ausgleichsstelle rechnet periodisch mit den Ausgleichskassen über die vereinnahmten Beiträge und die ausbezahlten Renten ab⁷⁸. Sie führt ein Register über die bei den AK bestehenden individuellen Beitragskonten und sorgt dafür, daß bei Eintritt des Rentenfalles alle individuellen Beitragskonten des Versicherten berücksichtigt werden⁷⁹. Sodann verwaltet die Ausgleichsstelle die Anlagen des Ausgleichsfonds nach den Weisungen des Verwaltungsrates des Ausgleichsfonds⁸⁰.

Im Rahmen der Zentralen Ausgleichsstelle wurde auch die Schweizerische Ausgleichskasse errichtet, deren Funktionen oben beschrieben wurden⁸¹.

b) Der Zentrale Ausgleichsfonds

Wie die Ausgleichskassen zu selbständigen Rechtssubjekten ausgestaltet wurden, so wurde mit dem Ausgleichsfonds eine *selbständige öffentliche Anstalt* des Bundes geschaffen⁸². Damit soll die absolute Zweckgebundenheit der Mittel kundgetan werden⁸³. Die Verwaltung besorgt ein Verwaltungsrat, dem insbesondere die Anlage der Fondsgelder zusteht.

C. Die Aufsicht des Bundes

Der — wie wir gesehen haben — komplizierte organisatorische Aufbau der AHV erfordert eine strenge Aufsicht über alle vollziehenden Organe. Die Aufsicht über die Durchführung überträgt das AHVG dem Bundesrat⁸⁴, der die ihm zustehenden Befugnisse an das EVD delegierte, das wiederum bestimmte Aufgaben dem

77 AHVG 71 I; Nef H. II S. 15.

78 AHVG 71 II.

79 AHVG 71 IV.

80 AHVV 174 II; Reglement für die Verwaltung des Ausgleichsfonds der AHV vom 31. Oktober 1947 (AS 63 S. 1256) Art. 8.

81 AHVV 113.

82 AHVG 107 I.

83 Nef H. II S. 15.

Bundesamt für Sozialversicherung zur selbständigen Erledigung übertrug ⁸⁵.

Die Mittel der Bundesaufsicht bestehen in

1. der Genehmigungspflicht

- a) von kant. EG und VO ⁸⁶,
 - b) von Kassenreglementen der kant. Kassen ⁸⁷ und der Verbandsausgleichskassen ⁸⁸,
 - c) von Abänderungen der Statuten oder Reglemente anerkannter Versicherungseinrichtungen ⁸⁹,
2. dem Weisungsrecht mittels der Kreisschreiben ⁹⁰,
3. den ergänzenden Revisionen der Ausgleichskassen, die vom BSV selbst vorgenommen werden ⁹¹.

Zur Beseitigung von festgestellten Mängeln müssen der obersten Behörde entsprechende Mittel gegeben werden. In concreto erstrecken sie sich von der Weisung im Einzelfalle ⁹² bis zur Absetzung von Kassenfunktionären ⁹³, der kommissarischen Verwaltung ⁹⁴ oder sogar der Auflösung einer Ausgleichskasse ⁹⁵.

⁸⁹ AHVG 75 IV.

⁹⁰ AHVG 72 I; ZAK 1948 S.293; Verzeichnis der KS in ZAK 1949 S.21; Verhältnis der KS zur Rechtsprechung, cf. S.37.

⁹¹ AHVV 171.

⁹² AHVV 176 I.

⁹³ AHVG 72 II.

⁹⁴ AHVG 72 III.

⁹⁵ AHVG 60 II.

⁸⁴ AHVG 72.

⁸⁵ AHVV 176 I und II.

⁸⁶ AHVG 100.

⁸⁷ AHVG 61 II.

⁸⁸ AHVG 57 I.

Die Behörden

1. KAPITEL

Die Behörden der Rekursinstanzen

§ 1. Die Organisation der kantonalen Rekursbehörden

BV 34^{ter} III garantiert den Kantonen ihre *Mitwirkung* bei der AHV. Neben der rein organisatorischen Aufgabe, der Errichtung von kantonalen Ausgleichskassen, steht gemäß AHVG 85 auch die Organisation und die Regelung des Rekursverfahrens der ersten Instanz den Kantonen zu. Die AHV-Rechtspflege als Teil der kantonalen Gerichtsbarkeit muß auch finanziell vom Kanton getragen werden¹, gleicherweise wie die Kosten der kantonalen Justiz in Ausführung anderer Bundesgesetze, wie z. B. des StGB und des KUVG, von den Kantonen übernommen werden.

Von Bundesrechts wegen² müssen die Kantone eine von der Verwaltung unabhängige Rekursbehörde bezeichnen^{2a}, die in erster Instanz Beschwerden gegen Verfügungen der AHV-Ausgleichskassen beurteilt^{3,4}. Es blieb den Kantonen anheimgestellt, eine solche Rekursbehörde neu zu schaffen oder eine bereits bestehende Gerichtsbehörde mit deren Funktionen zu betrauen⁵. Nur wenige Kantone machten von der zweiten Ermächtigung Gebrauch⁶, da die oberen kantonalen Gerichte seit der Einführung des StGB ohnehin stark belastet sind. Auch setzten die Kantone anlässlich der Einführung der Übergangsordnung zur AHV eine Beschwerdeinstanz ein⁷. Diese Rekurskommissionen fällten vom 1. Januar

¹ ZAK 1948 S. 269/270.

² AHVG 85 I 1. Satz.

^{2a} Das von AHVG 85 I aufgestellte Prinzip der Unabhängigkeit der Rekurskommissionen von der Verwaltung ist nicht von allen Kantonen respektiert worden. Kassenleiter und Angestellte der AK können nur unter *Verletzung von AHVG 85 I* Mitglieder der kant. Rekurskommission sein. Das Prinzip der gegenseitigen Hemmung der Gewalten darf durch Personalunion zwischen Justiz und Verwaltung nicht umgangen werden.

³ Giacometti Z., Bundesstaatsrecht S. 640.

⁴ Eine ähnliche Regelung besteht auf Grund von KUVG 120 I.

⁵ AHVG 85 I 2. Satz.

⁶ cf. S. 18.

⁷ Übergangsordnung 19 II; Wegleitung Ziff. 138.

1946 bis 31. Dezember 1947 8241 Entscheide^{8,9}. Diese starke Belastung ließ es ebenfalls gegeben erscheinen, für die AHV neue Rekursinstanzen zu schaffen.

Im folgenden sollen nun die organisatorischen Verhältnisse in den einzelnen Kantonen dargestellt werden.

A. Die Übertragung der Funktionen an bestehende Gerichte

I. Ordentliche Zivilgerichte

Die Kantone Schaffhausen¹⁰ und Aargau¹¹ setzten die kantonalen *Obergerichte* als Rekursinstanzen ein. Während in Schaffhausen das gesamte Obergericht als Rekursinstanz fungiert, bestimmte Aargau, daß das Obergericht eine Rekurskommission aus seiner Mitte bestellt, bestehend aus Präsident, Vizepräsident, drei Mitgliedern und zwei Ersatzmännern¹².

II. Verwaltungsgerichte

Der Kanton Bern übertrug die Beurteilung von Beschwerden gegen Verfügungen der AK dem *kantonalen Verwaltungsgericht*, das bei der Zusammensetzung der Kammern die verschiedenen Gruppen der Versicherten aus dem deutschen und aus dem französischensprechenden Kantonsteil angemessen zu berücksichtigen hat¹³.

Spezialverwaltungsgerichte wurden zuständig erklärt in den Kantonen Zug¹⁴, Appenzell-I.-Rh.¹⁵ und Luzern, wobei es sich um die *Steuerrekurskommission*, bzw. *Steuerrekursbehörde* handelt. Im Kanton Solothurn wurde als Rekursbehörde das kantonale *Versicherungsgericht* bezeichnet¹⁶.

B. Die Schaffung besonderer Rekurskommissionen

Die kantonalen Rekurskommissionen sind als *Spezialverwaltungsgerichte* zu bezeichnen¹⁷, da sie die Rechtsanwendung der vollziehenden Behörden nur auf einem bestimmten Gebiete auf Anruf hin überprüfen können. Mehrheitlich legen die kantonalen Einführungserlasse fest, daß die Rekursbehörde 5 Mitglieder um-

⁸ Übergangsordnung 30.

⁹ ZAK 1948 S. 82.

¹⁰ EG 14 I.

¹¹ EG 12 I.

¹² PO 1 II.

¹³ EG 15.

¹⁴ EG 11 I.

¹⁵ EG 10 I; PO 1 I.

¹⁶ EG 11 I.

¹⁷ Expertenbericht S. 173.

faßt¹⁸. Vier Kantone erachten eine dreigliedrige Behörde für ihren Kanton als genügend¹⁹. Nur wenige Kantone sehen größere Kollegien vor²⁰. Neben den Kommissionsmitgliedern werden in Zürich²¹ und Genf²² eine «nötige» Anzahl Ersatzmitglieder gewählt. Einige Kantone ernennen gleich viele Ersatzmitglieder wie Kommissionsmitglieder²³, während andere weniger Ersatzmitglieder als Kommissionsmitglieder verlangen.

Vereinzelt ist festgesetzt, daß die Rekurskommissionen an die kantonale Exekutive jährlich *Bericht* zu erstatten haben²⁴. Es handelt sich hier um bloße Berichterstattung über den Gang der Geschäfte, nicht um ein Obergerichtsrecht der Exekutiven²⁵. Dies ergibt sich nicht nur aus dem allgemeinen Grundsatz der Trennung der Gewalten, sondern muß auch von Bundesrechts wegen so sein²⁶.

Den Rekurskommissionen müssen notwendigerweise *Sekretariate* beigegeben werden, denen die Besorgung von Protokoll, Ausfertigung der Entscheide, Kassa und Rechnung zustehen kann. Die Gerichtsschreiber (in den kant. PO auch Sekretäre genannt) besitzen in der schweizerischen Gerichtsorganisation eine besondere Stellung²⁷. Dadurch erklärt sich auch, daß in den Kantonen Zürich²⁸ und St. Gallen²⁹ die Sekretäre der Rekurskommissionen beratende Stimme haben und Anträge stellen können, während in Glarus, Basel-Stadt, Basel-Land, Schaffhausen und Genf den Sekretären beratende Stimme zukommt³⁰.

-
- 18 Zürich 11 I EG. Thurgau 5 EG.
 Schwyz 12 I EG. Tessin 13 I EG.
 Nidwalden 10 EG. Neuenburg 1 I PO.
 Obwalden 9 EG. Genf 17 I EG.
 St. Gallen 13 EG.

- 19 Uri 11 EG. Appenzell A.-Rh. 9 EG.
 Freiburg 9 EG. Graubünden 15 EG.

- 20 Waadt 1 II PO (23 Mitglieder).
 Glarus 3 PO (9 Mitglieder).
 Basel-Land 13 III EG (7 Mitglieder).
 Basel-Stadt 1 I PO (6 Mitglieder).

- 21 Zürich 11 I EG.

- 22 Genf 17 I EG.

- 23 Glarus 3 PO. Appenzell A.-Rh. 9 EG.
 Freiburg 9 EG. Graubünden 9 EG.
 Basel-Stadt 10 EG. Tessin 13 EG.

- 24 Glarus 23 PO; Graubünden 24 PO.

- 25 Guldener I S. 4.

- 26 AHVG 85 I 1. Satz.

- 27 Guldener I S. 11.

- 28 PO 6 II.

- 29 PO 9.

- 30 Glarus 5 I 2. Satz PO; Basel-Stadt 12 II letzter Satz PO; Basel-Land 11 II PO; Schaffhausen 36 ZPO; Genf 19 EG.

Es erscheint fraglich, ob die Regelungen in den Kantonen Tessin, Wallis und Neuenburg³¹ der vom Bundesrecht geforderten Unabhängigkeit von der Verwaltung entsprechen. In diesen Kantonen werden die Arbeiten der Sekretariate durch die kantonalen Ausgleichskassen erledigt. Obwohl die betreffenden Sekretäre weder Anträge stellen noch an den Verhandlungen beratend teilnehmen können, läge es im Interesse des Rechtsschutzes, wenn der Grundsatz der Trennung der Gewalten auch in subjektiver Hinsicht vollständig verwirklicht wäre.

C. Die Bestellung der Rekurskommissionen und der Sekretariate

I. Die Wahlbehörde

a) Der Rekurskommission

Mehrheitlich legen die Gesetze fest, daß die kantonale Exekutive (Regierungsrat, Staatsrat, Conseil d'Etat, Consiglio de Stato) die gesamte Rekurskommission wählt³². Dagegen üben in 7 Kantonen die kantonalen Parlamente die Funktionen der Wahlbehörde aus³³. In Basel-Land und Genf bestehen gemischte Wahlkompetenzen: Die Exekutive wählt den Präsidenten³⁴, bzw. den Präsidenten, Vizepräsidenten und ein in Finanzfragen sachverständiges Mitglied³⁵, während die Legislative die übrigen Mitglieder wählt³⁶. Als Ausnahme — im gesamtschweizerischen Rahmen gesehen — erscheint die Regelung im Kanton Waadt. Gemäß EG wurde das Kantonsgericht ermächtigt, die Rechtsprechung für die AHV zu organisieren³⁷. Mit dem Präsidium der Rekurskommission wurde ein Kantonsrichter betraut, und ebenso müssen die beiden Vize-

³¹ Tessin 14 EG, 3 I PO; Wallis 1 III PO; Neuenburg 6 PO.

³² Luzern 1 PO. Appenzell A.-Rh. 9 I EG, 2 PO.

Uri 11 EG. St. Gallen 13 EG.

Schwyz 13 III EG. Graubünden 15 EG.

Obwalden 9 EG. Thurgau 3 EG.

Glarus 11 II EG, 3 PO. Tessin 13 EG, 1 I PO.

Zug 87 II Steuergesetz. Wallis 10 I EG, 1 I PO.

Freiburg 9 I EG, 1 PO. Neuenburg 3 EG.

Basel-Stadt 10 II EG, 1 I PO.

³³ Zürich 11 II EG.

Bern 2 II VRG.

Nidwalden 10 EG, 1 I PO.

Solothurn 16 III EG zum KUVG.

Schaffhausen 80 GVG.

Appenzell I.-Rh. 18 I Steuergesetz.

Aargau 2 GVG.

³⁴ Basel-Land 13 II EG.

³⁵ Genf 17 II EG.

³⁶ Basel-Land 13 III EG; Genf 17 III EG.

³⁷ Waadt 14 EG.

präsidenten dem Kantonsgericht angehören³⁸. Daneben werden 20 Beisitzer durch das Kantonsgericht ernannt.

Einzelne Kantone sehen vor, daß die Wahlbehörde den Präsidenten, eventuell den oder die Vizepräsidenten bezeichnet³⁹, während andere die Konstituierung den Rekurskommissionen überlassen⁴⁰.

b) Der Sekretariate

In den Kantonen Bern, Zug, Solothurn, Schaffhausen, Appenzell I.-Rh. und Aargau wird der Sekretariatsdienst durch die Kanzleien der Gerichte besorgt, denen die AHV-Rechtsprechung übertragen wurde. In Freiburg übernimmt das kantonale Sozialversicherungsamt das Sekretariat⁴¹. In den übrigen Kantonen werden die Sekretäre von verschiedenen Behörden ernannt. Die Wahl erfolgt durch die Exekutive⁴², durch die Legislative⁴³, durch die zuständige Direktion der Exekutive⁴⁴ oder durch die Finanzdirektion⁴⁵.

II. Wählbarkeit und Unvereinbarkeit

Das Bundesrecht stellt für die passive Wahlfähigkeit der Mitglieder und Sekretäre der Rekurskommissionen keinerlei Erfordernisse auf. Insbesondere entschied es nicht, ob nur versicherte Personen und nur Schweizerbürger in die Rekurskommissionen gewählt werden dürfen. Während die erste Frage praktisch keine Bedeutung besitzt⁴⁶, erscheint es als selbstverständlich, daß nur

³⁸ Waadt 1 I PO.

³⁹ Luzern 1 I PO.

Uri 11 EG.

Schwyz 12 III EG.

Obwalden 9 EG.

Nidwalden 1 II PO.

Glarus 11 II EG.

Basel-Stadt 1 I PO.

Basel-Land 13 II EG.

⁴⁰ Zürich 11 EG.

Freiburg 9 EG, 2 I PO.

Basel-Land 1 II PO.

⁴¹ PO 4.

⁴² Uri 2 PO.

Schwyz 1 II PO.

Obwalden 1 I 2. Satz PO.

Glarus 5 I PO.

⁴³ Nidwalden 1 II PO.

⁴⁴ Zürich 6 III PO; Genf 19 EG, 2 PO.

⁴⁵ Appenzell A.-Rh. 9 II PO.

⁴⁶ Alle in der Schweiz wohnhaften natürlichen Personen sind nach Maßgabe des AHVG versichert (AHVG 1 I). Ein Mitglied einer Rekurskommission gilt als erwerbstätig und hat nach AHVV 7 lit. i und AHVV 17 lit. a Beiträge zu entrichten.

Schaffhausen 80 GVG.

Appenzell A.-Rh. 2 PO

Graubünden 3 PO.

Thurgau 3 EG.

Tessin 13 EG.

Wallis 1 I PO.

Neuenburg 1 I PO.

Genf 17 II EG.

St. Gallen 13 EG.

Aargau 12 EG, 1 II PO.

Waadt 14 EG, 2 I PO.

Basel-Stadt 1 II PO.

Basel-Land 13 II EG.

St. Gallen 13 PO.

Graubünden 5 I PO.

Schweizerbürger in die Rekurskommissionen gewählt werden⁴⁷. Im übrigen sind für die Wählbarkeit die kant. Gerichtsverfassungsgesetze maßgebend, da die Rekurskommissionen kant. Gerichte sind.

a) Für Mitglieder der Rekurskommission

Die Kantone stellen verschiedene Erfordernisse auf. So muß etwa der Präsident dem obersten kantonalen Gericht angehören⁴⁸ oder Jurist⁴⁹ sein. Einige Kantone sagen, daß die Rekurskommission ein Spiegelbild der an der AHV interessierten Kreise bilden solle⁵⁰. Aus diesem «Proporzgedanken» heraus sehen auch einige Kantone vor, daß Frauen wählbar sind⁵¹. Vereinzelt wurden um der vom Bundesrecht geforderten Unabhängigkeit willen Unvereinbarkeitsgründe aufgestellt⁵². Als Besonderheit sei noch erwähnt, daß im Kanton Tessin die Mitglieder der Rekurskommission und deren Stellvertreter vor dem Staatsrat den Amtseid ablegen müssen⁵³.

b) Für Sekretäre

Eine besondere berufliche Qualifikation verlangt einzig der Kanton Genf. Der Aktuar und sein Stellvertreter müssen Juristen sein⁵⁴.

§ 2. Die Zuständigkeit der kantonalen Rekursbehörden

Die Zuständigkeit eines Gerichts umschreibt Max Guldener als «die Grenzen, innerhalb welcher für das Gericht die Berechtigung und die Pflicht besteht, seine Tätigkeit zu entfalten»¹. Ob die drei Arten der Zuständigkeit (cf. unten A, B und C) für den Einzelfall gegeben seien, entscheidet die betreffende Rekurskommission

⁴⁷ Glarus setzt in PO 3 I das Schweizerbürgerrecht als Wählbarkeitsbedingung ausdrücklich voraus.

⁴⁸ Uri 11 EG; Basel-Stadt 1 I letzter Satz PO; Waadt 1 II PO.

⁴⁹ Thurgau 1 I PO; Genf 17 II, 1 PO.

⁵⁰ Uri 11 EG.

Glarus 3 PO (Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe und öffentliche Verwaltung entsenden je 2 Mitglieder, wobei Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig vertreten sein müssen).

Basel-Land 13 III EG.

Basel-Stadt 10 II EG (Selbständigerwerbende, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Nichterwerbstätige).

Thurgau 1 PO (Arbeitgeber, Arbeitnehmer und kant. Verwaltung).

Waadt 3 II PO.

⁵¹ Zürich 11 EG; Basel-Stadt 10 II EG; St. Gallen 13 letzter Satz EG; Neuenburg 1 I PO.

⁵² Tessin 1 II PO; Wallis 1 II PO.

⁵³ PO 2 I.

⁵⁴ EG 19; PO 2.

¹ Guldener I S. 65.

von Amtes wegen. Obwohl dies nur in der PO von Glarus² und Graubünden³ ausdrücklich gesagt ist, gilt dieser Grundsatz für alle Rekurskommissionen⁴.

Die Zuständigkeit der nach kantonalem Recht organisierten Rekursinstanzen richtet sich auf dem Gebiete der AHV ausschliesslich nach Bundesrecht⁵.

A. Die sachliche Zuständigkeit

I. a) Als Spezialverwaltungsgerichte haben die kantonalen Rekurskommissionen die Rechtsanwendung der Verwaltung in einem genau umgrenzten Gebiete auf Anruf hin zu überprüfen. Nur die auf Grund des AHV-Gesetzes⁶ und der dazugehörigen Erlasse ergangenen Verfügungen der AK des Bundes für das Bundespersonal⁷, der kantonalen Kassen und der Verbandsausgleichskassen dürfen von den kant. Rekurskommissionen überprüft werden⁸. So können z. B. Weisungen des BSV (AHVG 72) nicht angefochten werden. Ebenso können Verfügungen der AK, welche die Befreiung Angehöriger ausländischer AHV von der schweizerischen AHV zum Gegenstande haben, nicht an die kant. Rekurskommissionen weitergezogen werden, da hiefür das EVG allein zuständig erklärt wurde⁹. Eine weitere *lex specialis* im Verhältnis zur *lex generalis* AHVG 84 schließt die Überprüfung von Verfügungen über die Kassenzugehörigkeit durch die Rekurskommissionen aus. Über solche Streitigkeiten entscheidet gemäß AHVV 127 das BSV^{9a}. Sein Entscheid kann von den beteiligten AK und vom Versicherten angerufen werden.

Eine *Verfügung einer AK* liegt dann vor, wenn ein Verwaltungsrechtsverhältnis auf dem Gebiete der AHV begründet, abgeändert oder vernichtet wird. Um alle Zweifel auszuschließen, bestimmt AHVV 128, daß alle Verwaltungsakte, mit welchen die AK

² PO 1 II.

³ PO 1 II.

⁴ Guldener I S. 66.

⁵ AHVG 84 II; AHVV 200.

⁶ AHVG 84 I.

⁷ AHVV 112.

⁸ Bern 15 EG.

Luzern 1 II PO.

Uri 4 I PO.

Schwyz 2 I PO.

Nidwalden 3 I PO.

Obwalden 2 I PO.

Glarus 1 I lit. a PO.

Zug 1 PO.

Freiburg 10 PO.

Solothurn 82 PO.

Basel-Stadt 4 I PO.

Basel-Land 3 PO.

Schaffhausen 1 PO.

Appenzell A.-Rh. 1 PO.^a

Graubünden 1 lit. a PO.

Aargau 2 I PO.

Tessin 4 PO.

Waadt 6 I PO.

Neuenburg 2 PO.

Genf 18 EG; 5 I und I lit. a PO.

⁹ AHVV 200 I 2. Satz; AHVV 3 II cf. dazu S. 40.

^{9a} EVG i. S. J. Zberg, vom 10. August 1949.

über eine Forderung oder Schuld eines Versicherten oder Beitragspflichtigen befindet, in die Form schriftlicher Kassenverfügungen zu kleiden sind, soweit sie nicht bereits auf rechtskräftigen Kassenverfügungen beruhen. Kassenverfügungen, die nichts anderes als die Wiedergabe des Inhaltes eines rechtskräftigen Entscheides einer Rekurskommission darstellen, sind nicht anfechtbar. Einer Beschwerde gegen eine in Ausführung eines Rekursentscheides ergangene Verfügung stellt sich die Rechtskraft des ursprünglichen Entscheides entgegen: Eine Rekurskommission darf in der gleichen Sache nicht zweimal entscheiden¹⁰.

In praxi werden für die meisten Verfügungen *Formulare* verwendet, so daß klar ersichtlich ist, ob es sich um eine Verfügung handelt, die die AHV betrifft. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil den kantonalen und den Verbands-AK neben der Durchführung der AHV auch noch andere Aufgaben überbunden wurden, so auf dem Gebiete des Wehrmannsschutzes, der Familien-Beihilfenordnung, des Familienschutzes und der zusätzlichen kantonalen Alters- und Hinterlassenenfürsorge¹¹.

b) Die AHV-Rekursbehörden üben sogenannte «*nachträgliche Verwaltungsgerichtsbarkeit*» aus im Gegensatz zur sogenannten «*ursprünglichen Verwaltungsgerichtsbarkeit*». Der Grundsatz der nachträglichen Verwaltungsgerichtsbarkeit besagt, daß die Rekursinstanz nur dann auf eine Beschwerde eintritt, wenn sie sich gegen eine von einer AK erlassene Verfügung richtet: Die Beschwerde kann sich nur gegen einen bereits erlassenen Verwaltungsakt richten¹². Dieser Grundsatz gilt auch für die Beurteilung von Herabsetzungsgesuchen gemäß AHVG 11 I. Wie das EVG in einem Entscheide ausführt, ist es nach AHVG 63 Sache der AK, Gesuche um Herabsetzung von Beiträgen gemäß AHVG 11 I sowie AHVV 30 und 216 zu behandeln¹³. Es stehe zwar — wie das EVG in diesem Entscheide ausführt — dem Beitragspflichtigen frei, «die Frage der Herabsetzung der Beiträge durch die kant. AHV-Rekursbehörden beurteilen zu lassen, aber nur dann, wenn vorher eine entsprechende Kassenverfügung ergangen ist. Solange sich die AK über einen Streitpunkt nicht ausgesprochen hat, darf die Rekursbehörde sich nicht mit demselben befassen. Andernfalls griffe die Rekursbehörde in eine Kompetenz ein, die das Gesetz den Kassen, als Verwaltungsorganen der AHV, einräumt. Sache der Rekursbehörden ist nach dem Gesetz einzig die Überprüfung

¹⁰ Entscheid des Kantonsgerichts Waadt i. Sa. S., vom 9. 2. 1949, in ZAK 1949 S. 270.

¹¹ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die AHV vom 3. Februar 1950, Separatausgabe S. 22/23.

¹² AHVG 84 I.

¹³ EVG i. S. Sibon, vom 28. Sept. 1948, in ZAK 1948 S. 454.

der von den AK erlassenen Verfügungen. Gelangt demnach ein Herabsetzungsgesuch, über das keine Kassenverfügung ergangen ist, an eine kant. Rekursbehörde, so hat letztere es der Kasse zu vorgängiger Behandlung zu überweisen.»

In einem weiteren Entscheide¹⁴ hielt jedoch das EVG aus praktischen Gründen nicht an dem im Entscheide i. Sa. Sibon aufgestellten Grundsatz fest. Das EVG stellt fest, daß es genügt, wenn die Stellungnahme der AK im Rahmen der Vernehmlassung zur Beschwerde erfolgt; die übliche außergerichtliche Form der Kassenverfügung ist nicht notwendig. Die in der Vernehmlassung der Kasse an die kant. Rekurskommission enthaltene Stellungnahme zu einer Beschwerde, die sich als Herabsetzungsgesuch herausstellt, kommt einer *pendente lite* erlassenen Kassenverfügung gleich. Es widerspräche nun dem Gebote der Prozeßökonomie, die Kasse zu verhalten, sich über die Herabsetzung nochmals durch eine außergerichtliche Verfügung auszusprechen, gegen die der Rekurrent erneut Beschwerde einreichen müßte.

Erhebt nun ein Versicherter Beschwerde gegen eine Beitragsverfügung

1. mit dem Hauptantrage, sein tatsächliches Einkommen sei niedriger anzusetzen als dasjenige, das durch die AK der Beitragsberechnung zugrunde gelegt wurde und
2. mit dem Eventualantrag, der Beitrag sei gemäß AHVG 11 herabzusetzen, sofern der Hauptantrag nicht gutgeheißen werde,

so liegt — wie das EVG in einem Entscheide ausführte¹⁵ — eine Beschwerde *und* ein Herabsetzungsgesuch vor. Die Rekurskommission muß nun zuerst die Beschwerde durch Sachentscheid erledigen, sie darf nicht einfach die Beschwerde durch Prozeßentscheid von der Hand weisen und die Akten an die zur Durchführung des Herabsetzungsverfahrens zuständige AK weisen. Dies folgt aus den Wirkungen der Rechtshängigkeit der Beschwerde (cf. S. 62 f.). Erst nach Erledigung der Beschwerde, d. h. nach der Festsetzung des für die Beitragsberechnung maßgebenden Einkommens durch die Rekurskommission, darf die Rekurskommission die Akten der AK überweisen, damit die AK zum Herabsetzungsgesuch Stellung nehme. Die Rückweisung an die AK wird aber insofern nicht notwendig werden, als die AK in der Vernehmlassung zum Herabsetzungsbegehren derart Stellung genommen hat, daß die Stellungnahme einer *pendente lite* erlassenen Kassenverfügung gleichkommt.

¹⁴ EVG i. Sa. Eisenring, vom 26. Nov. 1948, in ZAK 1949 S. 85/86.

EVG i. Sa. J. A., vom 13. April 1950, in ZAK 1950 S. 278/80.

¹⁵ EVG i. Sa. Galli, vom 5. Juli 1949, in ZAK 1949 S. 371/72; Oswald S. 31 ff.

II. Das Bundesgesetz erklärt die kant. Rekurskommissionen außerdem zuständig

- a) erstinstanzlich für Schadenersatzklagen der AK gegen Arbeitgeber¹⁶.
- b) erstinstanzlich für Beschwerden des Wohnsitzkantons gegen Erlaßverfügungen einer AK¹⁷.
- c) endgültig für Beschwerden gegen Bußenverfügungen wegen geringfügiger Verletzung von Ordnungs- und Kontrollvorschriften¹⁸.

III. Verschiedene Kantone übertrugen den neu geschaffenen Rekurskommissionen weitere Aufgaben. So erklärten z. B. die Kantone Schaffhausen, Neuenburg und Genf die AHV-Rekurskommission zuständig zur Beurteilung von Rekursen gegen Verfügungen der kant. AK, die die Festsetzung von kantonalen und kommunalen Zusatzrenten zum Gegenstande haben¹⁹. In der Regel entscheiden die Rekurskommissionen in den Kompetenzbereichen, die ihnen außer der AHV zustehen, als einzige Instanz und endgültig. Genf sieht vor, daß Entscheide in Altersbeihilfesachen an den Staatsrat weitergezogen werden können²⁰.

IV. Der Entwurf des BR zur Erwerbsersatzordnung sieht in Art. 24 II vor, daß Beschwerden gegen Verfügungen betr. die Erwerbsausfallentschädigungen oder Beiträge von den kant. AHV-Rekurskommissionen und vom EVG beurteilt werden.

B. Die örtliche Zuständigkeit

Beim Verfahren vor der Rekursbehörde stehn sich wie im Zivilprozeß zwei Parteien gegenüber: Der vom Verwaltungsakt betroffene Bürger und die Behörde, die den Akt gesetzt hatte. Somit gibt es zwei Möglichkeiten der Anknüpfung: Der Wohnort des Versicherten und das Domizil der Kasse. Beide Anknüpfungen für die örtliche Zuständigkeit waren in der LVEO erprobt worden²¹. Für den Versicherten stellt jedoch die einfachste Lösung die Anknüpfung an sein *Domizil* dar.

I. a) So sieht auch das Bundesgesetz als Regel vor, daß die Rekurskommission desjenigen Kantons zur Beurteilung einer Be-

¹⁶ AHVV 81 III.

¹⁷ Werden gemäß AHVG 11 II Beiträge erlassen, so hat der Wohnsitzkanton (evtl. die Wohnsitzgemeinde) den Minimalbeitrag zu bezahlen. Der Kanton ist daher zur Anfechtung der Erlaßverfügung legitimiert worden. (AHVV 32 III)

¹⁸ AHVG 91; ZAK 1949 S. 373.

¹⁹ Schaffhausen EG 21 in Verbindung mit EG 14.

Neuenburg Arrêté d'exécution vom 13. Februar 1948 3 III.

Genf Loi créant et réglementant l'aide à la vieillesse et aux survivants dans le canton de Genève vom 7. Okt. 1939/10. Jan. 1948 24 I.

²⁰ Genf cf. Anm. 19; Neuenburg Art. 24 III.

²¹ Cf. S. 4.

schwerde zuständig ist, in dem der Beschwerdeführer bei Erlass der angefochtenen Verfügung seinen Wohnsitz hatte²². Unter Erlass einer Verfügung ist der Zeitpunkt der Setzung des Verwaltungsaktes zu verstehen, nicht die Kenntnisaufnahme desselben durch den Adressaten. Für den Wohnsitzbegriff ist nach einem Entscheid des EVG ZGB 23 maßgebend: der zivilrechtliche Wohnsitzbegriff wurde also für die Bestimmung des Gerichtsstandes übernommen²³. In diesem Entscheid stellte das EVG nicht auf den Wortlaut von ZGB 23 ab, sondern auf den Begriff, den das Bundesgericht in langjähriger Praxis geprägt hatte. Demnach ist es nicht notwendig, daß eine Person einen ununterbrochenen Aufenthalt an einem Orte nachweist, um daselbst zivilrechtlichen Wohnsitz zu haben. Es genügt ihr Wille, aus einem Orte den Mittelpunkt ihrer Lebensverhältnisse, ihrer persönlichen Beziehungen, ihres Familienlebens und ihrer beruflichen Tätigkeit zu machen²⁴.

b) Des weiteren gilt als Wohnsitz der Ehefrau derjenige des Ehemannes, es sei denn, die Ehefrau lebe mit richterlicher Bewilligung getrennt²⁵.

c) Was die erwerbstätigen unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder anbelangt²⁶, so ist aus der ratio legis zu schließen, daß diese, sofern sie nicht im Kanton wohnen, in dem sich der elterliche Wohnsitz befindet, ein eigenes Forum zu begründen vermögen. Unmündige Kinder, die nicht innerhalb des Wohnsitzkantons ihrer Eltern arbeiten (z. B. zwecks Erlernung einer Fremdsprache) und deren Arbeitgeber einer kantonalen Kasse angeschlossen ist, müssen gemäß AHVV 200 IV bei der Rekurskommission desjenigen Kantons Beschwerde einreichen, in dem die kant. AK ihren Sitz hat. Es würde nun zu einer Rechtsungleichheit führen, wenn unmündige Erwerbstätige, deren Arbeitgeber einer Verbandsausgleichskasse angeschlossen ist, an ihrem Wohnsitz nach ZGB 25 I, also am Wohnsitz ihrer Eltern, Beschwerde einreichen könnten. Hier darf der Wohnsitzbegriff des ZGB für Unmündige nicht übernommen werden, da je nach der Kassenzugehörigkeit des Arbeitgebers der zivilrechtliche Wohnsitzbegriff übernommen werden dürfte oder nicht, was zu der erwähnten Rechtsungleichheit führen würde.

II. Von dieser «*lex fori domicilii*» gibt es eine Ausnahme: Ist ein Beschwerdeführer von einem öffentlich-rechtlichen Fürsorgeorgan in einer außerkantonalen Anstalt oder Familie versorgt, so ist die Rekurskommission desjenigen Kantons, in dem das Für-

²² AHVV 200 I; Genf 5 II PO.

²³ EVGE 1948 II S. 111.

²⁴ EVGE 1949 I S. 29/30; BGE 69 II 280, II 403.

²⁵ ZGB 25.

²⁶ AHVG 3 II lit. a.

sorgeorgan seinen Sitz hat, zur Beurteilung der Beschwerde zuständig²⁷. Es muß sich aber um eine administrativ verfügte Versorgung handeln; jede andere Versorgung einer Person in einer Anstalt oder Familie begründet das Forum am Orte, wo die Person versorgt wurde.

III. Bei den im Auslande wohnenden obligatorisch (und demnach in der Schweiz erwerbstätigen) Versicherten ist es gegeben, die Rekurskommission desjenigen Kantons für Beschwerden zuständig zu erklären, in dem der *Arbeitgeber* des Versicherten seinen Sitz hat²⁸.

IV. In allen Fällen ist jedoch zur Beurteilung von Beschwerden den gegen Verfügungen der kantonalen AK die Rekursbehörde des entsprechenden Kantons zuständig²⁹. Durch diese Bestimmung wird aber die «lex fori domicilii» im allgemeinen nicht durchbrochen, da den kant. AK alle diejenigen Arbeitgeber (und Arbeitnehmer), Selbständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen angeschlossen sind, die nicht einem Gründerverband angehören und die im betreffenden Kanton ihren Wohnsitz, bzw. Geschäftssitz haben.

Diese Gerichtsstandregel entfaltet jedoch ihre Wirkungen z. B. da, wo eine Firma der AK des Kantons X angeschlossen und dasselbst ihren Hauptsitz hat, jedoch im Kanton Y eine Zweigniederlassung besitzt. Ein Angestellter, der in der Zweigniederlassung arbeitet und auch im Kanton Y wohnt, müßte also in Durchbrechung der «lex fori domicilii» bei der Rekurskommission des Kantons X Beschwerde gegen eine Verfügung der AK, der er angeschlossen ist, einreichen.

C. Die funktionelle Zuständigkeit

Innerhalb eines Gerichts werden verschiedene Aufgabenkreise unterschieden, die dem Kollegium, dem Präsidenten und dem Gerichtsschreiber zustehen können³⁰.

1. Der Rekurskommission als *Kollegium* steht die Erledigung aller Geschäfte zu, die nicht in den Kompetenzbereich des Präsidenten (Einzelrichter) fallen. In denjenigen Kantonen, in deren PO kein Einzelrichter vorgesehen wurde, entscheidet das Kollegium über alle Beschwerden. So in Obwalden, Nidwalden, Zug, Appenzell A.-Rh., Appenzell I.-Rh. und Genf.

2. Die Mehrzahl der Kantone hat jedoch den *Präsidenten* der Rekurskommission oder in dessen Verhinderung den Vizepräsidenten

²⁷ AHVV 200 II.

²⁸ AHVV 200 III.

²⁹ AHVV 200 IV.

³⁰ Guldener I S. 66 Anm. 6.

den.

ten beauftragt, gewisse Beschwerden als *Einzelrichter* zu entschei-

a) So weist der Präsident Beschwerden, auf die aus *formellen* Gründen nicht eingetreten werden kann (Unzuständigkeit, fehlende Legitimation, Versäumnis der Frist) von der Hand³¹.

b) In Fällen klaren Rechts, das heißt bei gänzlich unzulässiger oder unbegründeter Beschwerde oder bei offensichtlich unrichtiger Kassenverfügung, fällt der Präsident den Entscheid³².

c) Mehrere Kantone übertragen dem Präsidenten die Kompetenz, Beschwerden gegen *Bußen*, die auf Grund von AHVG 91 I verfügt wurden, zu erledigen³³.

d) Glarus und Graubünden überlassen den Präsidenten auch den Entscheid von Beschwerden *ohne in Geld abschätzbaren Streitwert*, sofern solche Beschwerden nicht Probleme grundsätzlicher Natur aufwerfen³⁴.

3. Neben den ordentlichen Belangen der Gerichtsschreiber (Sekretäre), wie der Führung des Protokolls und der Ausfertigung der Entscheide, stehen den Aktuaren im allgemeinen keine anderen Aufgaben zu. Einzig Schwyz sieht vor, daß der Sekretär auf Verlangen einer AK Vollstreckbarkeitserklärungen für Verfügungen der AK ausstellen kann³⁵.

§ 3. Die Rekurskommission zur Beurteilung von Beschwerden von im Auslande wohnenden Personen

A. Die gesetzlichen Grundlagen

I. Die Schaffung dieser Rekurskommission stützte sich auf Art. 10 II der VO über die freiwillige AHV für Auslandschweizer vom 14. Mai 1948. Damals hieß die Bezeichnung «Rekurskommission der freiwilligen AHV für die Auslandschweizer». Anlässlich der

- | | |
|---------------------------|---------------------------|
| 31 Zürich 5 PO. | Solothurn 83 lit. b PO. |
| Bern 17 III EG. | Basel-Stadt 5 II PO. |
| Uri 15 PO. | Thurgau 3 II PO. |
| Schwyz 6 PO (Der Präs. | Tessin 12 I PO. |
| kann als Einzelrichter | Waadt 15 I PO. |
| entscheiden). | |
| 32 Luzern 2 I PO. | Basel-Stadt 5 II PO. |
| Uri 15 PO. | St. Gallen 1 II PO. |
| Schwyz 6 PO. | Graubünden 4 I lit. a PO. |
| Glarus 4 I lit. a PO. | Tessin 12 I PO. |
| Freiburg 13 I PO. | Waadt 15 I PO. |
| Solothurn 83 lit. a PO. | Neuenburg 4 II PO. |
| 33 Glarus 4 I lit. b PO. | Graubünden 4 I lit. b PO. |
| Solothurn 83 lit. c PO. | Tessin 12 III PO. |
| Basel-Land 4 PO. | Waadt 15 III PO. |
| St. Gallen 8 I lit. d PO. | Neuenburg 4 lit. b PO. |
| 34 Glarus 4 I lit. c PO. | |
| Graubünden 4 I lit. c PO. | |
| 35 Schwyz 3 III PO. | |

Revision der AHVV vom 20. April 1951 wurde diese Rekurskommission durch Aufnahme eines Art. 200^{bis} in die AHVV in «Rekursbehörde für Personen im Ausland» umbenannt. Sowohl die Verordnung von 1948 als auch die AHVV wurden vom Bundesrat in Ausübung der allgemeinen Vollziehungskompetenz des AHVG erlassen¹. Die Schaffung einer Rekursinstanz für die freiwillige Versicherung erscheint aber als primäre *Rechtsetzung*², da das AHVG weder eine solche Rekurskommission ausdrücklich vorsieht noch dem Bundesrate stillschweigend eine solche Kompetenz erteilt. Das AHVG sieht in Art. 62 die Errichtung einer besonderen AK für die Auslandschweizer durch den Bundesrat vor und erteilt dem Bundesrate die zur Errichtung nötigen Kompetenzen. Der Bundesrat wird aber durch AHVG 62 nicht ermächtigt, eine Rekurskommission zu schaffen. Das ergibt sich einmal aus dem Wortlaut von AHVG 62:

«Der Bundesrat errichtet besondere Ausgleichskassen für das Personal der Bundesverwaltung und der Bundesanstalten sowie für die Auslandschweizer und erläßt über deren Aufgaben und Organisation die erforderlichen Vorschriften.» Sodann steht diese Bestimmung in der Systematik des Gesetzes im 4. Abschnitt lit. C, der die *Organisation der AK* regelt. Die *Rechtspflege* dagegen wird im 6. Abschnitt geregelt. Im 6. Abschnitt bestimmt AHVG 84 II, daß die Beschwerden in erster Instanz von den kant. Rekursbehörden, in zweiter und letzter Instanz vom EVG beurteilt werden. Auch aus AHVG 84 II kann keine Kompetenz zur Errichtung einer Rekurskommission für die freiwillige AHV abgeleitet werden.

Aus unseren Auslegungen ergibt sich, daß die Rekurskommission für Personen im Ausland ohne gesetzliche Ermächtigung errichtet wurde. Auch die Verfassungsmäßigkeit mangelt; wurde diese RK doch unter Mißachtung elementarster verfassungsrechtlicher Grundsätze errichtet. (BV 85 Ziff. 1 verlangt für die Organisation von Bundesbehörden ein Gesetz im formellen Sinne³.) Es ist uns daher unverständlich, daß die zuständigen Instanzen anläßlich der Revision des AHVG vom 21. Dezember 1950 nicht die Gelegenheit ergriffen und die Rekurskommission für Personen im Ausland auf eine verfassungsmäßige Basis gestellt haben. Statt dessen wurde dann anläßlich der Revision der AHVV der oben erwähnte Art. 200^{bis} in die AHVV aufgenommen, so ungefähr — so will es uns wenigstens scheinen — als Ersatz einer Gesetzesbestimmung. Es bleibt nur zu hoffen, daß der Weg zu einer verfassungsmäßigen Lösung später doch noch gefunden werden wird. Dies ist um so eher zu wünschen, als diese besondere Rekurskommission

¹ AHVG 154 II.

² Giacometti, Bundesstaatsrecht, S. 803.

³ Giacometti I S. 461 ff.

den besonderen Arten von Streitigkeiten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, am ehesten Rechnung tragen kann. Man denke z.B. an die besonderen Schwierigkeiten bei der Beitragsberechnung (Unzumutbarkeit der Beitragsleistung besonderer Ereignisse wegen, wie Krieg, Revolution, Naturkatastrophen) und beim Beitragsbezug (Transferbeschränkungen, Abwertungen usw.)⁴.

II. Die Rekurskommission erließ ein «Reglement über Organisation und Verfahren der Rekurskommission der freiwilligen AHV für Auslandschweizer» vom 6. September 1949, welches vom EVD am 24. Oktober 1949 genehmigt wurde. Daß sich die Rekurskommission nach ihrer Wahl selbst konstituieren kann und notwendigerweise ein Sekretariat wählen muß, erscheint selbstverständlich⁵.

B. Die Organisation

Die Rekurskommission für die freiwillige AHV stellt ein *eidgenössisches Gericht* dar. Das geht daraus hervor, daß die Richter von einer eidg. Amtsstelle, dem EVD, gewählt werden⁶, die Rekurskommission dem EVD jährlich Bericht erstatten muß, die Kosten vom Bunde übernommen werden und die Richter sich einer der drei schweizerischen Amtssprachen zu bedienen haben⁷. Die richterliche Kontrolle der AK für Auslandschweizer stellt somit sowohl erstinstanzlich als auch zweitinstanzlich ein Stück eidgenössischer Gerichtsbarkeit dar. Diese Tatsache führt aber für die Rechtsschutz begehrenden Personen mit Wohnsitz im Auslande zu keinen Nachteilen, da die Rekurskommission organisatorisch und personell vom EVG vollkommen getrennt ist. Dies kommt auch durch die räumliche Trennung zum Ausdruck: Sitz der Rekurskommission für die freiwillige AHV ist Bern⁸ und für das EVG Luzern⁹.

Die Rekurskommission besteht aus dem Präsidenten, 4 Mitgliedern und 4 Ersatzmännern, die vom EVD auf eine vierjährige Amtsdauer gewählt werden¹⁰. Für die Inkompatibilitäten ist OB 3 nach Regl. 15 «sinngemäß» anwendbar. Das will besagen, daß die Gewaltentrennung in objektiver und subjektiver Hinsicht vollständig durchgeführt sein muß. So können z.B. weder der Kasenleiter noch die Angestellten der AK für die Auslandschweizer Mitglieder der Rekurskommission für die freiwillige AHV sein.

⁴ Cf. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die AHV vom 3. Februar 1950, Separatausgabe, S. 49/50.

⁵ Regl. 1 II; Die Anpassung des Regl. an AHVV 200^{bis} ist noch nicht erfolgt.

⁶ AHVV 200^{bis} II.

⁷ Regl. 16 und 3.

⁸ Regl. 1 III.

⁹ OB 10.

¹⁰ AHVV 200^{bis} II.

Eine besondere «proporzmäßige» Zusammensetzung — wie sie in einigen Kantonen üblich ist¹¹ — verlangt die Organisationsnorm nicht. Das EVD wählte bei der erstmaligen Wahl neben einem kant. Obergerichter als Präsidenten den Chef der Eidg. Zentralstelle für Auslandschweizer und je einen Vertreter der deutsch-, französisch- und italienischsprechenden Schweiz als Mitglieder¹². Die Mitglieder und Ersatzmänner sowie der Sekretär und das Kanzleipersonal unterstehen in bezug auf ihre in amtlicher Tätigkeit gemachten Wahrnehmungen der Schweigepflicht¹³.

C. Die Zuständigkeit

Die Rekurskommission ist zuständig zum Entscheide über Beschwerden von im Ausland wohnenden Personen¹⁴. Vorbehalten bleiben die Zuständigkeiten der kant. Rekurskommissionen gemäß AHVV 200 I und III.

Die Beschwerden werden von der Gesamtkommission beurteilt¹⁵. Der Präsident kann in Beschwerdefällen, in denen die Rechtslage eindeutig ist, als Einzelrichter fungieren¹⁶. Er wird z. B. bei Fehlen einer Prozeßvoraussetzung die Beschwerde von der Hand weisen. Die Rekurskommission für die freiwillige AHV entscheidet, wie die kant. Rekurskommissionen, selbst über ihre Zuständigkeit, und zwar von Amtes wegen¹⁷.

2. KAPITEL

Die Berufungsinstanz

§ 4. Das Eidgenössische Versicherungsgericht als Berufungsinstanz

A. Die Einsetzung des EVG als Berufungsinstanz

1. Die Expertenkommission hielt die Einsetzung eines neu zu schaffenden Spezialverwaltungsgerichtes als oberster eidgenössischer Rechtsschutzinstanz für zweckmäßig. Wie auf dem Gebiete der Organisation der AHV, so sollte auf dem Gebiete der Rechtspflege der AHV an die LVEO angeknüpft werden. Man wollte offenbar eine oberste AHV-Rechtsschutzinstanz analog den eidg.

¹¹ cf. S. 22.

¹² cf. ZAK 1949 S. 246.

¹³ AHVG 50 I; Regl. 2.

¹⁴ AHVV 200^{bis} I.

¹⁵ Regl. 4 I; das neue Regl. war zur Zeit der Drucklegung dieser Arbeit noch nicht veröffentlicht.

¹⁶ Regl. 4 II.

¹⁷ OB 13 I in Verbindung mit Regl. 15.

Aufsichtskommissionen der LVEO schaffen. Begründet wurde diese Forderung mit der Art der zu erwartenden Beschwerden. Man sagte sich nämlich, daß vor allem Beitragsverfügungen angefochten würden. Da schien es nun, «daß für die Beurteilung solcher Streitigkeiten, die vorwiegend wirtschaftlicher Natur sind, die Versicherungsgerichte und das EVG wenig geeignet sein dürften»¹.

2. Auf den Bericht der Expertenkommission vom 16. März 1945 hin nahm das EVG mit Schreiben vom 18. Juni 1945 an das BSV Stellung zu dieser Frage. Das EVG äußert sich zunächst grundsätzlich zur AHV-Rechtspflege (richtige Rechtsanwendung, Beseitigung möglicherweise auftretender Mißbräuche der AHV, Vertrauen der Allgemeinheit in das Versicherungswerk, richterliche Nachprüfung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung). Sodann führt das EVG die Gründe auf, die für die Einsetzung des EVG als oberster Rechtsschutzinstanz sprechen:

- a) Eine weitverbreitete Abneigung des Volkes spreche gegen die Einsetzung neuer Behörden.
- b) Die Zersplitterung der Rechtspflege in höchster Instanz sei der Rechtssicherheit nicht förderlich, sondern abträglich.
- c) Die Konzentration der eidg. Rechtspflege bei wenigen erprobten Instanzen stärke das «Bewußtsein rechtsstaatlicher Zusammengehörigkeit» und «festige das innere Gefüge des Bundes».
- d) Bei der Zusammensetzung einer Instanz aus Richtern aus verschiedenen Interessengruppen könnten sich die einzelnen Richter nicht von den materiellen Interessen distanzieren.
- e) Der Unterschied zwischen der AHV und den übrigen Zweigen der Sozialversicherung sei nicht größer als der Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Recht. Die Streitigkeiten aus öffentlichem und privatem Recht werden auch von einer Instanz² erledigt.
- f) Bei der Kranken- und Unfallversicherung und der Militärversicherung hänge das Maß der Geldleistung wegen Erwerbsunfähigkeit oder Tod des Versicherten von seinem Erwerbseinkommen ab. Danach richten sich auch in der AHV die Beitragspflicht und die Anspruchsberechtigung. Seit 25 Jahren sei die Beurteilung von Streitigkeiten wirtschaftlicher Natur eine alltägliche Arbeit des EVG.
- g) Die LVEO und deren Rechtspflegeinstanzen waren ein kriegsbedingtes Provisorium. Die AHV wird ein wesent-

¹ Expertenbericht S. 173.

² Bundesgericht.

licher dauernder Bestandteil unserer Rechtsordnung bleiben.

3. Einige Punkte dieser Eingabe wurden in der Folge vom Bundesrat in seine Botschaft an die eidg. Räte aufgenommen³. Darin wird auch erwähnt, daß die Präsidenten der Aufsichtskommissionen für die LVEO sich für die Schaffung einer neuen Instanz ausgesprochen hatten. Der Bundesrat stellte sich auf den Standpunkt, daß «ein auf der Höhe seiner Aufgabe stehendes Gericht nicht nur mit dem Leben, sondern auch mit den richterlichen Anschauungen, Ideen und Strömungen die Fühlung nicht verlieren dürfe, die auf andern Rechtsgebieten und im Recht überhaupt maßgebend sind»⁴. Aus diesem Grunde wurde daher den Räten im Entwurf zum AHVG 89⁵ beantragt, das EVG mit der obersten Rechtsprechung in AHV-Sachen zu betrauen.

In der Literatur wurde diese Ansicht ebenfalls vertreten. So setzte sich Konrad Keller des einheitlichen Rechtsschutzes wegen für das EVG ein⁶ und Jean Graven befürwortete den Ausbau des EVG als schweiz. Sozialversicherungsgericht aus Gründen der rationalen Arbeitsweise⁷. Den abweichenden Ansichten wurde jedoch auch Rechnung getragen, indem in der OV gesagt wurde, daß als *Ersatzmänner* für AHV-Streitigkeiten Mitglieder der kantonalen Rekursbehörden beigezogen werden können⁸.

Anläßlich der Beratungen des AHVG im Nationalrat passierte Art. 89⁹ nach befürwortenden Voten der Berichterstatter NR Bratschi (deutsch) und NR Hirzel (französisch) diskussionslos¹⁰. Der Ständerat stimmte den Beschlüssen des Nationalrates zu¹¹. Damit war das EVG als oberste Rechtsschutzinstanz auf dem Gebiete der AHV eingesetzt.

B. Das Eidg. Versicherungsgericht als höchstes Gericht der Eidgenossenschaft auf dem Gebiete der Sozialversicherung

Neben den bisherigen Aufgaben war dem EVG eine umfangreiche neue Aufgabe übertragen worden. Der Berichterstatter französischer Sprache im Nationalrat, NR Hirzel, gab dieser Tatsache mit folgenden Worten Ausdruck:

³ Botschaft S. 514.

⁴ Botschaft S. 516 (in diesem Zitat wurde das Verbum umgestellt).

⁵ heute AHVG 86.

⁶ SJZ 42 S. 162.

⁷ Semjud 66 S. 482.

⁸ OV 2.

⁹ cf. Anm. 5 vorn.

¹⁰ Sten Bull NR 1946 S. 686.

¹¹ Sten Bull StR 1946 S. 438.

«Le rôle du tribunal fédéral des assurances va donc se trouver élargi et pourra être, du point de vue juridique, considéré comme particulièrement éminent dans l'ensemble de l'organisation judiciaire suisse¹².»

In der Tat kann heute gesagt werden, daß das EVG besonders während der Anlaufzeit der für das ganze Schweizervolk obligatorischen AHV eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. So bestehen im AHVG — in jeder Lex — *Lücken*¹³, die der *Rechtssicherheit* wegen so schnell als möglich ausgefüllt werden müssen. Es war für das Vertrauen der Allgemeinheit in die AHV nicht ohne Bedeutung, in den ersten Monaten eine höchste Instanz zu haben, die bereits organisiert war und deren Rechtsprechung nicht auch noch eine Anlaufzeit benötigte, was bei der Schaffung einer AHV-Oberrekurskommission der Fall gewesen wäre.

Ein weiterer Vorteil des EVG gegenüber einer Rekurskommission liegt in der Tatsache, daß eine Rekurskommission wohl analog denjenigen in der LVEO mehr Vertreter der Parteien und der Wirtschaftsverbände als Richterpersönlichkeiten enthalten hätte. Wenn nur einer dieser Vertreter sich nicht von den Interessen lösen kann, die er vertritt, so können dies die anderen aus Prestigegründen auch nicht tun. Eine von politischen Momenten getragene Rechtsprechung aber stellt die Werte einer unabhängigen Justiz in Frage.

Das EVG stellt heute das bedeutendste Spezialverwaltungsgericht im Bunde dar: Die Tätigkeit mehrerer Verwaltungszweige des Bundes kann von ihm auf ihre Gesetzmäßigkeit überprüft werden, wobei sämtliche dieser Streitigkeiten öffentlich-rechtliche Verhältnisse beschlagen¹⁴. Bei der Einführung weiterer Zweige der Sozialversicherung, wie z. B. der Invaliden- und der Mutterschaftsversicherung und des Wehrmannsschutzes, dürfte es daher gegeben sein, auch hier die letztinstanzliche Rechtspflege dem EVG zu übertragen¹⁵.

C. Die Unabhängigkeit des Versicherungsgerichts¹⁶

1. Das unserer Bundesverfassung organisatorisch zugrunde liegende Prinzip der *Trennung der Gewalten* verlangt die Aufteilung der staatlichen Funktionen auf drei verschiedene Organe. Nun las-

¹² cf. vorn Anm. 10.

¹³ z. B. EVGE in ZAK 1948 S. 327.

Entscheid der Rekurskommission Zürich, in ZAK 1949 S. 462.
EVGE 1951 S. 205.

¹⁴ Zübin S. 34/35.

¹⁵ Expertenbericht S. 52 und Botschaft, BBL 1951 S. 333, zu einem BG über die Erwerbsausfallentschädigung, Schwarzenbach S. 151.

¹⁶ Ein gleich betitelter § befindet sich bei Züblin S. 42. Es kann aber im Rahmen dieser Arbeit nicht unterbleiben, die Unabhängigkeit des EVG zu unterstreichen.

sen sich die staatlichen Funktionen nicht säuberlich aufteilen. Unsere Bundesverfassung verwirklicht in bezug auf die eidgenössische Justiz nur die formelle organisatorische Trennung¹⁷. Die materielle organisatorische Trennung der Justiz von der Verwaltung und der Gesetzgebung wird durch das einfache Gesetz ausgesprochen. Während beim Bundesgericht von einem gesetzlichen Prinzip gesprochen werden kann¹⁸, liegt beim EVG ein Prinzip vor, welches in einem einfachen Bundesbeschluß¹⁹ aufgestellt wurde, das staatsrechtlich aber das gleiche, nämlich die materielle organisatorische Trennung bedeutet.

2. In seiner richterlichen Tätigkeit ist das EVG gemäß OB 28 II dem «Gesetze» unterworfen²⁰. Der Begriff «Gesetz» umfaßt hier die auf dem Wege der einfachen Gesetzgebung zustande gekommenen Erlasse des Bundes, sowie die allgemeinverbindlichen dringlichen Bundesbeschlüsse und die von der Bundesversammlung genehmigten Staatsverträge, was sich aus BV 113 III ergibt. Dieselbe Bindung an das Gesetz besteht für das Bundesgericht, da BV 113 III auf die gesamte Rechtspflege des Bundes anwendbar ist²¹. Die Bindung des Richters an das Gesetz will besagen, daß er Erlasse des Bundes, sofern sie in bestimmte Formen gekleidet sind, nicht auf die formelle und materielle Übereinstimmung mit der Bundesverfassung prüfen darf. Dagegen steht dem EVG ein *akzessorisches Prüfungsrecht* in bezug auf *Bundesverordnungen* zu, mit Ausnahme des allgemeinverbindlichen dringlichen Bundesbeschlusses, was sich durch argumentum a contrario aus BV 113 III entnehmen läßt. Dieses akzessorische materielle richterliche Prüfungsrecht ist jedoch graduell verschieden, je nach der Natur der zu überprüfenden Bundesverordnung²². Selbständige Bundesverordnungen können auf ihre formelle und materielle Verfassungsmäßigkeit überprüft werden. Bei unselbständigen und gesetzesvollziehenden Verordnungen dagegen ist die abgeleitete Verfassungsmäßigkeit der richterlichen Kognition entzogen; lediglich die Delegationsmäßigkeit der unselbständigen oder gesetzesvollziehenden Verordnung darf überprüft werden. Es gilt jedoch eine Einschränkung: Die auf dem sogenannten Vollmachtenbeschluß von 1939 beruhenden Vollmachtenverordnungen des Bundesrates wurden weder vom EVG noch vom Bundesgericht auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft²³.

¹⁷ Giacometti Bundesstaatsrecht S. 471.

¹⁸ OG 21 III.

¹⁹ OB 28 II.

²⁰ Giacometti Bundesstaatsrecht S. 641 Anm. 8 Abs. II.

²¹ Biert S. 49.

²² Giacometti Bundesstaatsrecht S. 936.

²³ Giacometti Bundesstaatsrecht S. 937; cf. auch Biert S. 58.

Kommt das EVG bei der Prüfung einer Verordnung zum Schlusse, daß eine ihrer Bestimmungen dem betreffenden Gesetze widerspricht, so verweigert es ihr die Anwendung. Der wichtigste Anwendungsfall dieses akzessorischen materiellen richterlichen Prüfungsrechtes liegt in der Überprüfung von Bestimmungen der AHVV auf ihre Übereinstimmung mit den Normen des AHVG, handelt es sich bei der AHVV doch um eine gesetzesvollziehende Verordnung, die sich im Rahmen des Gesetzes halten muß²⁴. Aus der Praxis des EVG seien zwei Entscheide erwähnt:

a) AHVV 30 I schränkt die Ermessensfreiheit, die den AK bei der Herabsetzung von Beiträgen gemäß AHVG 11 I zusteht, erheblich ein. AHVG 11 I ist jedoch ohne nähere Ausführungsvorschriften anwendbar, da diese Rechtsnorm klar und vollständig ist. Ein Auftrag an die Exekutive, die Ermessensfreiheit engeren Bedingungen zu unterwerfen, besteht nicht, weshalb der Exekutive die Kompetenz fehlt, die Gesetzesnorm auf dem Verordnungswege einzuschränken²⁵.

b) Das AHVG unterwirft jedes Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, eingeschlossen landwirtschaftliches Einkommen jeder Art, der Beitragspflicht (AHVG 9 I). Daher kann die AHVV nicht eine Sonderbehandlung der Besitzer von Rebbergen statuieren, wie sie es in Art. 17 lit. b tun wollte²⁶.

3. Ferner ist zu untersuchen, wie es sich mit den Weisungen des BSV, den sogenannten Kreisschreiben, verhält. Den Kreisschreiben liegt der Gedanke zugrunde, möglichst schnell eine einheitliche Praxis der Ausgleichskassen in der Anwendung der materiell-rechtlichen Vorschriften zu schaffen²⁷. Die Kreisschreiben werden auf Grund von AHVG 72 erlassen²⁸. Diese Norm behält die Rechtsprechung den Kreisschreiben gegenüber ausdrücklich vor. Das heißt, daß den Kreisschreiben weder für das EVG noch für die kant. Rekurskommissionen rechtliche Bedeutung zukommt. Stützt sich jedoch eine Partei (zumeist wird es die AK sein) im Streitfalle bei der Auslegung einer Vorschrift auf ein Kreisschreiben, so überprüft das EVG das KS auf seine Gesetzmäßigkeit, da der Rechtsprechung die endgültige materiell-rechtliche Auslegung zusteht²⁹.

²⁴ AHVG 154 II.

²⁵ EVGE 1948 II S. 143.

EVG i. S. T. Basel, vom 31. Dez. 1949, in ZAK 1949 S. 170/2.

EVG i. S. Bergdorf, vom 28. Febr. 1949, in ZAK 1949 S. 173/4.

²⁶ EVGE 1948 S. 84; ZAK 1948 S. 451.

²⁷ ZAK 1948 S. 298.

²⁸ AHVV 176; Das EVD delegierte die Kompetenz zum Erlasse von KS an das BSV.

²⁹ EVG i. S. Ryf, vom 28. Mai 1949, ZAK 1949 S. 317.

4. Die Unabhängigkeit des EVG von der Verwaltung wird durch sehr weitgehende Unvereinbarkeiten unterstrichen³⁰. Der Zweck der Inkompatibilitätsnormen liegt in der strikten Durchführung der subjektiven Gewaltentrennung³¹. Daher können die eidg. Versicherungsrichter weder Mitglied eines Kassavorstandes, noch Kassaleiter, noch Kassarevisor sein. Diese strenge Unvereinbarkeitsbestimmung ist jedoch auf Ersatzmänner, seien sie ordentliche oder außerordentliche, nicht anwendbar³².

5. Das EVG untersteht der Aufsicht der Bundesversammlung, der es jährlich Bericht erstattet³³. Dieses Aufsichtsrecht betrifft aber nur den äußeren Geschäftsgang und die Justizverwaltung³⁴, da das EVG, was die materielle Rechtsprechung anbetrifft, einzig und allein dem Gesetze unterworfen ist. Aus diesem beschränkten Aufsichtsrechte ergibt sich auch, daß dem Parlament die Zuständigkeit zur Kritik an der Rechtsprechung des EVG fehlt³⁵.

§ 5. Die Organisation des EVG in AHV-Sachen

A. Das EVG wurde durch den einfachen Bundesbeschluß betreffend die Organisation und das Verfahren des EVG vom 28. März 1917 ins Leben gerufen¹. Die Errichtung geschah unter dem Gesichtspunkte von BV 85 Ziff. 1 in *verfassungswidriger* Weise², da die Organisation des EVG durch einfaches Gesetz hätte geregelt werden sollen. Die letztinstanzliche Rechtspflege in der AHV wurde dem EVG durch ein einfaches Gesetz³ übertragen. Da mit der notwendigen Anpassung des OB an die neuen Zweige der Rechtsprechung offenbar bis zur Revision des KUVG zugewartet werden soll, wurde der Bundesrat ermächtigt⁴, die Organisation und das Verfahren des EVG in AHV-Sachen vorübergehend durch Verordnung zu regeln, was wiederum im Widerspruche zu BV 85 Ziff. 1 steht. Die Verordnung über die Organisation und das Verfahren des EVG in AHV-Sachen wurde vom Bundesrat am 18. Dezember 1947 erlassen⁵. Das Reglement für das Eidg. Versicherungs-

³⁰ OB 3.

³¹ Kägi S. 14.

³² Giacometti Bundesstaatsrecht S. 483 Anm. 17.

³³ OB 28 I.

³⁴ Giacometti Bundesstaatsrecht S. 533; Nef III S. 32; Kägi S. 16/17.

³⁵ Züblin S. 50.

¹ AS 33 S. 517.

² Giacometti Bundesstaatsrecht S. 639; Züblin S. 36.

³ AHVG 84 II.

⁴ AHVG 86 II.

⁵ AS 63 S. 1334, abgedruckt in ZAK 1948 S. 9.

Am 22. Dez. 1949 erließ der Bundesrat eine «Verordnung über die Organisation und das Verfahren des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes in Militärversicherungssachen». Somit stehen heute drei Erlasse über die Organisation und das Verfahren des EVG in Kraft, wobei die drei Erlasse *verfassungswidrig* sind!

gericht vom 6. Dezember 1945⁶ steht für AHV-Sachen sinngemäß in Kraft, was sich aus OV 1 in Verbindung mit OB 25 ergibt. Jedoch ist Teil I (Gliederung des Gerichtes und Zuteilung der Streitfälle) nicht anwendbar, da die AHV-Rechtspflege keine Streitwertgrenzen für die funktionelle Zuständigkeit kennt.

Es bleibt nur zu hoffen, daß die Normen über die Organisation und das Verfahren des EVG dereinst für alle Gebiete, auf denen das EVG Recht spricht, in ein einziges Bundesgesetz gekleidet werden.

B. Im wesentlichen gelten für die Organisation die Bestimmungen des OB⁷. Die Zahl der Richter und der Ersatzmänner wurde auf je fünf belassen⁸, was durch die Abnahme der Geschäftslast auf dem Gebiete der Militärversicherung seit Beendigung des Aktivdienstes möglich wurde⁹. In AHV-Sachen kann das Gericht als Ersatzmänner Mitglieder der kantonalen AHV-Rekurskommissionen beiziehen¹⁰. Es ergibt sich aus der *occasio legis*, daß diese Ersatzmänner nur bei Beratungen über Streitfälle, die die AHV betreffen, mitwirken dürfen. Für anderweitige Streitfälle stehen dem EVG die Präsidenten der kant. Versicherungsgerichte als Ersatzmänner zur Verfügung¹¹. Den Mitgliedern der kant. Rekursbehörden kommt die Stellung von außerordentlichen Ersatzmännern zu¹². Auf sie finden die für die ordentlichen Ersatzmänner geltenden bundesrechtlichen Vorschriften Anwendung¹³. So muß ein außerordentlicher Ersatzmann nach BV 74 stimmberechtigt sein¹⁴, was für Mitglieder der Rekurskommissionen allgemein zutrifft¹⁵. Der Ersatzmann leistet anlässlich der ersten Sitzung, der er als Richter beiwohnt, den Eid oder das Gelübde vor dem Gerichte¹⁶. Auch gilt die Vorschrift, daß Verwandte oder Verschwägerete nicht gleichzeitig das Richteramt ausüben dürfen, auch für die Ersatzmänner¹⁷. Die Streitigkeiten gemäß AHVG 86 werden

6 Neues Rechtsbuch der Schweiz, Band I, S. 977.

7 OV 1.

8 OB 1 I.

9 Auch war der größeren Belastung durch den Aktivdienst dadurch Rechnung getragen worden, daß das EVG weitere außerordentliche Ersatzmänner beiziehen konnte. (BRB vom 24. Juli 1941, AS 57 S. 773; aufgehoben durch BRB vom 15. Febr. 1949, AS 1949 S. 143).

10 OV 2.

11 OB 1 IV.

12 was sich aus dem BRB vom 24. Juli 1941 und OB, 1 IV ergibt, cf. Anm.

10 vorn.

13 OV 2 2. Satz.

14 OB 1 III.

15 OB 1 III käme z. B. dann zur Anwendung, wenn einem außerordentlichen Ersatzmanne zur Zeit seiner Mitwirkung am EVG durch ein Gericht das Aktivbürgerrecht entzogen würde.

16 OB 5.

17 OB 9.

durch das Gesamtgericht oder durch eine Abteilung von drei Mitgliedern beurteilt¹⁸. In AHV-Sachen kennt das EVG im Gegensatz zu anderen Spruchbereichen (Kranken-, Unfall- und Militärversicherung) keinen Einzelrichter.

§ 6. Die Zuständigkeit des EVG

A. Die sachliche Zuständigkeit

Die Zuständigkeit des EVG erstreckt sich

1. *erst- und letztinstanzlich* auf Beschwerden gegen Verfügungen der AK, die die Befreiung vom Obligatorium der AHV zum Gegenstande haben¹. Solche Beschwerden können nur von Angehörigen ausländischer staatlicher Alters- und Hinterlassenenversicherungen und vom BSV erhoben werden². Der Bundesrat hat durch diese Regelung die ihm zum Vollzuge des AHVG eingeräumte Kompetenz überschritten. Das ergibt sich aus AHVG 84, wonach gegen jede Verfügung die Beschwerde zulässig ist. Beschwerden werden in erster Instanz durch die kant. Rekursbehörden und in zweiter Instanz durch das EVG beurteilt. Ausnahmen von dieser Regelung sieht das AHVG keine vor. Das EVG darf Vollziehungsverordnungen auf ihre Delegationsmäßigkeit überprüfen³. Dem EVG stünde somit die Befugnis zu, sich zur erstinstanzlichen Beurteilung solcher Beschwerden, unzuständig zu erklären und eine solche Beschwerde zur erstinstanzlichen Beurteilung an die zuständige kant. Rekurskommission zu überweisen. Die Praxis folgte jedoch dieser Überlegung nicht: Das EVG entschied Streitigkeiten über die Zumutbarkeit der Doppelversicherung als erste und einzige Instanz⁴.

2. *zweit- und letztinstanzlich* auf alle Berufungen gegen Entscheide⁵ der kant. Rekursbehörden, denen eine Beschwerde gemäß AHVG 84 zugrunde liegt. Durch eine *lex specialis*⁶ im Verhältnis zu AHVG 84 wurden Berufungen gegenüber Entscheiden über Bußenverfügungen der AK ausgeschlossen. Eine Berufung, die gegen einen Entscheid einer kant. Rekurskommission betreffend Bußenverfügung erhoben wurde, mit der Begründung, AHVG 91 II beschlage nur den Betrag, nicht aber den rechtlichen Bestand der

¹⁸ OV 3.

¹ AHVV 3 II.

² AHVV 3 I.

³ cf. vorn S. 36.

⁴ EVG i. Sa. Oosterhoff, vom 28. Dez. 1948, in ZAK 1949 S. 358/9.

EVG i. Sa. Gréen, vom 13. Juni 1949, in ZAK 1949 S. 313.

EVG i. S. F. M., vom 12. Okt. 1949, in ZAK 1950 S. 31.

⁵ cf. § 17 hinten.

⁶ AHVG 91 II; cf. S. 26.

Buße, wurde mangels fehlender sachlicher Zuständigkeit vom EVG von der Hand gewiesen⁷.

Wie die kantonalen Rekursbehörden so entscheidet auch das EVG von Amtes wegen über seine Zuständigkeit⁸.

B. Die funktionelle Zuständigkeit⁹

1. Da das EVG in AHV-Sachen keinen Einzelrichter kennt, werden Berufungen durch den Präsidenten an das Gesamtgericht oder an eine der Abteilungen zu drei Mitgliedern zugeteilt¹⁰, je nach der im Streite liegenden Rechtsfrage. Streitwertgrenzen sind nicht maßgebend für die Zuteilung. Einzig Rechtsfragen, die von einer Kammer abweichend von einem früheren Entscheide beurteilt werden, sind dem Gesamtgerichte vorzulegen; ebenso erfolgt die Erledigung von Rechtsfragen durch das Gesamtgericht, wenn ein Richter es verlangt¹¹.

In der ersten Zeit der Geltung des AHVG wurden die meisten Entscheide durch das Gesamtgericht gefällt. Das EVG wollte damit der besonderen Bedeutung der ersten Präjudizien Rechnung tragen, da — wie es selbst ausführte¹² — die AHV ein dauernder Bestandteil der Sozialordnung bleiben wird und der AHV «unverzüglich feste Grundlagen einer einheitlichen Rechtsprechung» geschaffen werden sollten¹³.

2. In allen AHV-Streitfällen wird nach Abschluß des Vorverfahrens durch den Präsidenten ein Referent bezeichnet¹⁴, der die Prozeßinstruktion durchführt¹⁵.

3. Die übrigen Funktionen werden wie bei den Streitsachen in der Militärversicherung und der Kranken- und Unfallversicherung durch den Gerichtsschreiber und die Sekretäre ausgeübt.

7 EVG i. S. Stebler, vom 6. Juni 1949, in ZAK 1949 S. 373.

8 OB 13 I.

9 Die Frage nach der örtlichen Zuständigkeit stellt sich hier nicht, da für die ganze Schweiz eine einzige Instanz eingesetzt wurde.

10 Reglement EVG 4 I, OV 3.

11 Reglement EVG 13, OB 22 lit. e.

12 cf. S. 32 ff.

13 Vernehmlassung des EVG an das BSV, in ZAK 1947 S. 702.

14 OB 21; Reglement EVG 10 I.

15 Reglement EVG 11 I.

Das Verfahren

1. KAPITEL

Das Verfahren vor der kantonalen Rekurskommission

§ 7. Die Prozeßvoraussetzungen und die Legitimation zur Beschwerde

A. Die Legitimation zum Verfahren (legitimatio ad processum)

I. Die Parteifähigkeit

a) Die Parteifähigkeit ist die prozessuale Berechtigung, als Partei im Prozesse aufzutreten¹. Die Parteifähigkeit kann auch als *potentielle Berechtigung*, im Prozesse als Partei aufzutreten, aufgefaßt werden, im Gegensatz zur Sachlegitimation, die dann als *aktuelle Berechtigung*, im Prozesse als Partei aufzutreten, bezeichnet werden kann. Im Privatrecht deckt sich die Parteifähigkeit mit der Rechtsfähigkeit². Im öffentlichen Recht läßt sich jedoch die Parteifähigkeit nicht an Hand zivilrechtlicher Vorschriften feststellen³. Die öffentlichen Rechte und Pflichten werden nicht durch Private festgelegt, sondern durch die Organe des Staates⁴. Das Rechtssubjekt, das durch die Akte der Staatsorgane verpflichtet und berechtigt wird, wird durch den Verwaltungsakt selbst befähigt, öffentlich-rechtliche Pflichten und Rechte zu haben⁵. Aus diesem Grunde ist für jede konkrete Pflicht und jedes konkrete Recht die Parteifähigkeit des berechtigten oder verpflichteten Rechtssubjektes festzustellen⁶. Auf dem Gebiete der AHV ist es nicht notwendig, auf den konkreten Verwaltungsakt abzustellen, um einem Rechtssubjekt die verwaltungsgerichtliche Parteifähigkeit zuzuerkennen. Für alle Versicherten bestehen nach Maßgabe des AHVG schlechthin Rechte und Pflichten. Entweder besteht für die Versicherten die Pflicht, Beiträge an den Versicherungs-

¹ Guldener I S. 93.

² Giacometti, Verfassungsgerichtsbarkeit S. 154; Guldener I S. 94; ZGB 11.

³ Meier S. 125.

⁴ Zürcher S. 96.

⁵ cf. Anm. 4.

⁶ Imboden II S. 145 Anm. 39.

träger zu bezahlen, oder der Versicherte kann gegenüber dem Versicherungsträger einen Rentenanspruch bei Eintritt des Versicherungsfalles geltend machen. Alle AHV-Streitigkeiten zwischen Versichertem und Ausgleichskasse lassen sich auf diese öffentlich-rechtlichen Rechte und Pflichten zurückführen, wie z. B. auch Streitigkeiten um die Auszahlung der Rente an Dritte⁷ oder Streitigkeiten um einen Auszug aus einem individuellen Beitragskonto⁸. Wenn aber alle Versicherten von Gesetzes wegen gleiche Rechte und Pflichten dem Versicherungsträger gegenüber haben (sogenanntes Volksobligatorium), so muß auch allen Versicherten die potentielle Berechtigung zustehen, in dem vom AHVG vorgesehenen Verfahren vor Verwaltungsgericht als Partei aufzutreten, ansonst der durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit bezweckte Schutz des Versicherten nicht verwirklicht werden könnte.

b) Eine Person kann nur insofern Rechte und Pflichten dem Versicherungsträger gegenüber haben, als sie kraft AHVG versicherte Person ist⁹. Wie wir vorn unter a) festgestellt haben, kommt allen Versicherten die Parteifähigkeit zu. Wenn wir aber nur den Versicherten die Parteifähigkeit zuerkennen würden, so müßte die Beschwerde einer nicht versicherten Person gegen die Unterstellung unter das Versicherungsobligatorium wegen Fehlens der Parteifähigkeit abgewiesen werden. Das hätte zur Folge, daß die Rekurskommission auf den Inhalt der Beschwerde nicht eintreten und eine rechtswidrige Kassenverfügung nicht kassieren könnte.

Die Frage, ob eine Person überhaupt der Versicherungspflicht untersteht, muß beantwortet werden, bevor festgestellt werden kann, was für Rechte und Pflichten ein Versicherter dem Versicherungsträger gegenüber hat. Im Verhältnis zu den formellen Verfahrensvorschriften erweist sich die Frage, ob eine Person der Versicherungspflicht unterstehe, als materielle Frage, das heißt, über die Unterstellung einer Person unter das Versicherungsobligatorium muß die Rekurskommission durch Sachentscheid befinden können. Daher muß die Parteifähigkeit nicht nur allen jenen Personen zukommen, die durch die AHV versichert sind, sondern auch denjenigen Personen, die auf Grund der lex specialis AHVG 1 Abs. II im Verhältnis zur lex generalis AHVG 1 Abs. I nicht versichert sind¹⁰. Ebenso muß die verwaltungsgerichtliche Parteifähigkeit auf dem Gebiete der AHV allen jenen Auslandschweizern zustehen, die der AHV freiwillig beitreten wollen¹¹.

⁷ AHVV 76.

⁸ AHVV 141 II.

⁹ ZAK 1948 S. 66.

¹⁰ cf. S. 9; Entscheide in ZAK 1949 S. 79, 312, 358, 402, 452, 1950 S. 31.

¹¹ AHVG 2 I.

c) Die Parteifähigkeit muß aber auch den *Verwaltungsbehörden* zukommen¹². Das ergibt sich aus dem Wesen der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht ist ein Zweiparteienverfahren. Auf der einen Seite steht der Private als Partei und auf der anderen Seite die anstaltsmäßig organisierte selbständige Person des öffentlichen Rechts, die Ausgleichskasse¹³. Auch bei dieser sogenannten «Parteistreitigkeit des öffentlichen Rechts»¹⁴ soll der allgemeine prozessuale Grundsatz «*audiatur et altera pars*» gelten. Aus diesem Grunde muß die Verwaltungsstelle ihre Verfügung, die vor dem Verwaltungsgericht angefochten wird, verteidigen können. Im positiven Recht wird die Parteifähigkeit der AK in AHVG 86 I vorausgesetzt, heißt es doch, daß die am erstinstanzlichen Verfahren «Beteiligten» Berufung an das EVG erheben können. OV 5 lit. a nennt als Betroffene, bzw. Beteiligte im Sinne von AHVG 86 I auch die AK.

In diesem Zusammenhange erhebt sich die Frage, ob die *Zweigstellen* der kant. AK oder der Verbands-AK parteifähig sein können. Bei der Beantwortung dieser Frage ist davon auszugehen, daß die Zweigstellen Organe der AK sind¹⁵. Das AHVG erkennt ihnen kein Persönlichkeitsrecht zu. Das ergibt sich aus der Aufzählung der Aufgaben einer Zweigstelle in AHVV 116 I¹⁶. Auch in der LVEO kam den Zweigstellen keine eigene Rechtspersönlichkeit zu, auch dort waren sie Verwaltungszweige der AK¹⁷. Einem Organ aber, dem die Rechtspersönlichkeit nicht zukommt, kann auch die Parteifähigkeit nicht zustehen.

II. Die Prozeßfähigkeit

a) Die Prozeßfähigkeit oder prozessuale Handlungsfähigkeit deckt sich nach Doktrin und Rechtsprechung mit der *zivilrechtlichen Handlungsfähigkeit*¹⁸. Dieser zivilrechtliche Begriff ist auch im Verfahren vor Verwaltungsgerichten und somit im AHV-Verfahren anwendbar¹⁹. Urteilsunfähige, entmündigte und unmündige Personen sind nicht prozeßfähig²⁰. Der gesetzliche Vertreter tritt an deren Stelle. So kann auch der Rentenanspruch für Unmün-

¹² Über die Streitfrage der rechtlichen Würdigung der Parteieigenschaft der Behörde im verwaltungsgerichtlichen Streitverfahren gibt Liechti S. 25 Anm. 2a einen guten Überblick.

¹³ cf. S. 12 ff.

¹⁴ Fleiner S. 265.

¹⁵ Nef II S. 7.

¹⁶ cf. S. 14.

¹⁷ Rechtsprechung No. 678; ZLV 1941 S. 252.

¹⁸ Guldener I S. 96; Meier S. 125; BGE 48 II 29, 42 II 555.

¹⁹ Giacometti II S. 154; Fehr S. 284/5.

²⁰ ZGB 17 in Verbindung mit ZGB 12; EVG i. Sa. F. Ruckstuhl, v. 24. Febr. 1951.

dige, Entmündigte oder Urteilsunfähige nur durch den gesetzlichen Vertreter geltend gemacht werden²¹. Soll nun eine Kassenverfügung, deren Adressat eine handlungsunfähige Person ist, angefochten werden, so muß der gesetzliche Vertreter an Stelle des Unmündigen, Entmündigten oder Urteilsunfähigen Beschwerde erheben²².

b) Dieser Begriff der Prozeßfähigkeit wurde in einem Entscheid der Rekurskommission des Kt. Aargau für das AHV-Verfahren übernommen²³. Nach diesem Entscheide kann eine urteilsfähige entmündigte Person nicht als Partei vor der AHV-Rekursinstanz auftreten, um eine Rente geltend zu machen, da der Anspruch auf eine Rente ein vermögensrechtlicher ist. Urteilsfähige entmündigte Personen können als handlungsunfähige Personen jedoch nur höchstpersönliche Rechte ohne Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters ausüben²⁴. — Dieser Entscheid zeigt auch, daß die Prozeßfähigkeit keine Schranke des rechtlichen Könnens der Rekursinstanzen darstellt. Auch die Klage eines Prozeßunfähigen muß in der von der Rechtsordnung vorgesehenen Form erledigt werden, d. h. abgewiesen werden²⁵.

c) Die Prozeßfähigkeit wird als die Berechtigung bezeichnet, den Prozeß als Partei selbst oder durch selbst bestellte Vertreter zu führen²⁶. Das Bundesrecht stellt hinsichtlich der Parteivertretung keine Bestimmungen auf. Die Einführung des *Anwaltszwanges* durch die Kantone ließe sich jedoch mit dem in AHVG 85 II geforderten «einfachen» Verfahren nicht vereinbaren, heißt es doch im Expertenbericht, jeder Bürger müsse ohne Kosten und ohne juristischen Beistand zu seinem Rechte kommen können²⁷. So sieht denn auch keine kant. PO den Anwaltszwang vor. Damit wird allerdings ein gewisser faktischer Anwaltszwang nicht ausgeschlossen, da sich der Bürger kaum in den umfangreichen Erlassen der AHV-Gesetzgebung und den einschlägigen Entscheiden auskennen kann.

Unter den Kantonen, die in ihren Prozeßordnungen die Vertretung der Parteien ausdrücklich regeln, verlangen Solothurn²⁸ und Aargau²⁹ in bürgerlichen Ehren und Rechten stehende Personen als Parteivertreter, während andere Kantone durch Erwäh-

²¹ AHVV 67 I.

²² Hoerni S. 48; Nehrwein S. 76.

²³ Obergericht Aargau i. S. Geissberger, vom 3. Juli 1948, in ZAK 1948 S. 374.

²⁴ ZGB 19 II.

²⁵ Guldener I S. 95 Anm. 14.

²⁶ Guldener I S. 95; Meier S. 125.

²⁷ Expertenbericht S. 174.

²⁸ PO 13.

²⁹ PO 3 III.

nung von «Drittpersonen» die Stellvertretung ausdrücklich vorsehen³⁰.

B. Die Legitimation zur Sache (legitimatio ad causam)

Unter A (S.42) wurde die Frage behandelt, *wer* von einer Kassenverfügung betroffen werden kann. Hier stellt sich nun die Frage, *wann* der parteifähige Versicherte von einer Verfügung der AK betroffen ist³¹. Auch diese Frage wird durch das Bundesrecht geregelt. Den Kantonen steht keine Befugnis zu, den Kreis der legitimierten Personen zu erweitern oder zu verengern. M. a. W.: Das Bundesrecht regelt die ordentliche und die außerordentliche Legitimation abschließend. Das ergibt sich aus der Stellung von AHVG 84 im System des AHVG. Es handelt sich bei AHVG 84 um *die Grundsätze* des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens³², deren Ausgestaltung der Bundesgesetzgeber nicht den Kantonen überlassen wollte, ansonst er auf die Regelung expressis verbis hätte verzichten können. Das deshalb, weil die Kantone eine PO für ihre Rekurskommissionen erlassen mußten³³.

I. Die ordentliche Legitimation

1. AHVG 84 I bestimmt, daß die von einer auf Grund des AHVG erlassenen Verfügung der AK «Betroffenen» Beschwerde erheben können. Aktiv und passiv legitimiert sind im Zivilprozeß grundsätzlich nur die Träger des Rechtsverhältnisses, welches Gegenstand des Entscheides bilden soll³⁴. Das trifft auch für die ordentliche Legitimation im AHV-Verfahren zu, da der Versicherte und die AK die am öffentlich-rechtlichen Versicherungsverhältnis beteiligten Rechtssubjekte sind. Die Legitimation zur Sache entsteht durch die Begründung, Abänderung oder Vernichtung eines Verwaltungsrechtsverhältnisses auf dem Gebiete der AHV. Das erfolgt durch einen rechtsgestaltenden Verwaltungsakt seitens der AK. Dieser rechtsgestaltende Verwaltungsakt heißt im allgemeinen Sprachgebrauch «Kassenverfügung»³⁵.

Von einer Verfügung der Verwaltung erscheint in erster Linie der «Bürger, in dessen Rechtskreis die angefochtene Verfügung

³⁰ Bern 16 III PO.
Schwyz 4 III PO.
Obwalden 3 IV PO.
Glarus 8 I PO.
Zug 3 I PO.

Basel-Land 6 II PO.
Appenzell A.-Rh. 46 OB in Verb. mit 1 OV
und 7 PO.
Graubünden 8 III PO.
Wallis 5 I PO.

³¹ Fehr S.287.

³² Marginale von AHVG 84: «Grundsatz».

³³ AHVG 85 II ist ein obligatorischer Vorbehalt zugunsten des ergänzenden kant. Rechts.

³⁴ Guldener I S.142.

³⁵ AHVV 128 I.

unmittelbar eingegriffen hat»³⁶, der Adressat derselben, betroffen. Dem Adressaten als Gewaltunterworfenem soll der Rechtsschutzanspruch zustehen³⁷. Somit kann gesagt werden, daß der Adressat einer Kassenverfügung stets als Betroffener im Sinne von AHVG 84 I 1. Satz zu qualifizieren ist. *Der Adressat einer Kassenverfügung ist demnach zur Beschwerde ordentlich aktiv legitimiert.* Es genügt, daß ein Versicherter irgendwie betroffen wird, ein spezielles materielles Interesse wird nicht von AHVG 84 verlangt^{37a}. Adressaten von Kassenverfügungen, die die AHV betreffen, können sein:

1. Natürliche Personen als Versicherte und Arbeitgeber,
2. Körperschaften des öffentlichen oder privaten Rechts als Arbeitgeber und
3. Anstalten des öffentlichen oder privaten Rechts als Arbeitgeber.

Sie alle zählen zu den «Betroffenen» im Sinne von AHVG 84 I 1. Satz. Im Rahmen dieser Arbeit ist jedoch nur von der versicherten natürlichen Person zu sprechen, die vom AHVG «Versicherter» genannt wird³⁸.

2. Auf eine Beschwerde hin erfolgt die Überprüfung eines Verwaltungsrechtsverhältnisses durch die richterlichen Behörden. Eine solche Überprüfung kann sich jedoch nur auf ein einzelnes Verwaltungsrechtsverhältnis beziehen: Jede Kassenverfügung ist durch gesonderte Beschwerde anzufechten. So wies die Rekurskommission des Kt. Wallis einen Kollektivrekurs von 21 im Val d'Illicz wohnhaften Personen ab³⁹. Aus der Begründung: «Kollektivrekurse können nicht entgegengenommen werden. Ein solches Vorgehen ist mit Art. 4 des Reglementes der kant. AHV-Rekurskommission vom 10. Mai 1946 nicht vereinbar⁴⁰. Jeder Fall kann besondere Verhältnisse aufweisen und muß daher für sich allein behandelt werden. Übrigens ist es schon aus technischen Gründen unerlässlich, daß sich in den Akten eines jeden Rekurrenten dessen eigene Rekurschrift befindet.»

II. Die außerordentliche Legitimation

Der *außerordentlichen* (a. o.) Legitimation zur Sache liegt folgende Ratio zugrunde: Der gegen die Folgen des Alters Versicherte wird erst in späteren Lebensjahren rentenberechtigt. Unter Um-

³⁶ Fleiner S. 265.

³⁷ cf. S. 2.

^{37a} EVG i. Sa. F. Kradolfer, v. 19. Okt. 1951; ZAK 1951 S. 500.

³⁸ Marginalien zu AHVG 1 und 2; AHVG 3 I.

³⁹ Entscheid der Rekurskommission des Kt. Wallis i. Sa. Bovard und Konsorten, vom 10. Dez. 1948, in ZAK 1949 S. 134.

⁴⁰ Wallis 4 PO kommt sinngemäß die gleiche rechtliche Tragweite zu wie AHVG 84 Abs. I.

ständen ist er dann nicht mehr in der Lage, seine Interessen zu wahren. Daher sollen die ihm nahestehenden Personen ihm nicht nur behilflich sein, sondern es soll ihnen ein eigenes Recht zustehen, an Stelle des Rentenberechtigten Beschwerde zu erheben^{40a}.

Die ordentliche Legitimation kommt dem Adressaten einer Kassenverfügung zu. Die a. o. Legitimation gibt insofern Personen, die nicht Adressaten einer bestimmten Kassenverfügung sind, das Recht, gegen diese Kassenverfügung Beschwerde zu erheben, als sie in einem gewissen *verwandtschaftlichen Verhältnis* zum Adressaten stehen, und der Adressat *Rentenansprecher* ist⁴¹. Zur Abgrenzung der ordentlichen von der a. o. Legitimation kann gesagt werden, daß die a. o. Legitimation stets dann vorliegt, wenn der zur Beschwerdeführung Berechtigte nicht selbst Adressat der angefochtenen Kassenverfügung ist und nicht als Stellvertreter vom Adressaten eingesetzt wurde oder dessen gesetzlicher Vertreter ist.

Ein Versicherter ist dann als Rentenansprecher zu qualifizieren,

a) aa) wenn er durch Einreichung eines Anmeldeformulars bei der zuständigen AK seinen Rentenanspruch geltend macht⁴²,

bb) *oder* wenn für ihn sein gesetzlicher Vertreter, seine Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie, seine Geschwister, sein Ehegatte sowie Drittpersonen, die gemäß AHVV 76 I Auszahlung an sich verlangen können⁴³, den Anspruch geltend machen,

b) *oder* wenn die Verfügung der AK sich materiell auf den dritten Abschnitt des ersten Teils des AHVG⁴⁴ und auf die dazugehörigen Vollziehungsvorschriften bezieht.

Weder die formelle noch die materielle Voraussetzung erfordert einen tatsächlichen Anspruch des Rentenansprechers auf eine Rente. Demzufolge sind auch Gesuchsteller, deren Gesuch um Zuerkennung einer Rente von der AK abgewiesen wird, Rentenansprecher im Sinne von AHVG 84 I 2. Satz.

a) Die Legitimation der Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie und der Geschwister

AHVG 84 I 2. Satz sagt:

«Das gleiche Recht⁴⁵ steht den Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie und den Geschwistern des Rentenansprechers zu.»

Für die Auslegung von AHVG 84 I 2. Satz sind einstweilen die Gesetzesmaterialien zu konsultieren. Die rechtsprechenden Instan-

^{40a} EVG i. S. A. Schütz, v. 12. Juni 1950: Ein Fall von Beschwerdelegitimation kraft eigenen Rechts eines Sohnes, anstelle seiner 85jährigen Mutter.

⁴¹ AHVG 84 I 2. Satz.

⁴² AHVV 67 I.

⁴³ AHVV 67 I 2. Satz.

⁴⁴ AHVG 18—48.

⁴⁵ nämlich die Legitimation.

zen haben zur Frage der a. o. Legitimation noch nicht Stellung nehmen können.

Der Entwurf eines Gesetzes über die AHV vom 24. Mai 1946 sah nur die ordentliche Legitimation zur Beschwerde vor. Erst die nationalrätliche Kommission hatte den 2. Satz von AHVG 84 I eingefügt. Der Berichterstatter deutscher Sprache, NR Bratschi, erklärte im Nationalrat, daß dadurch eine «Erweiterung, bzw. Präzisierung des Begriffes „Betroffene“» erfolgt sei⁴⁶. — NR Hirzel, als Berichterstatter französischer Sprache, führte aus:

«La commission a voulu faciliter le recours en ce sens qu'elle a étendu le cercle des personnes admises à le présenter. ... En effet, nous avons admis (et j'attire sur ce point l'attention des juristes) que, à part les intéressés directs, donc les assurés, les membres de leur famille, eux aussi, pourront former des recours en leur lieux et places, c'est-à-dire les ascendants, les descendants, les frères et sœurs de ceux qui prétendent avoir droit à une rente⁴⁷.»

Der Nationalrat stimmte dem Beschlusse der Kommission zu⁴⁸, und die vom Nationalrat vorgeschlagene Fassung des heutigen AHVG 84 I fand auch die Zustimmung des Ständerates⁴⁹.

Aus dem Wortlaut wie auch aus den Materialien von AHVG 84 I 2. Satz geht hervor⁵⁰, daß das AHVG hier den Begriff der Blutsverwandtschaft des ZGB übernommen hat. Die Rechtsprechung wird zeigen, ob bei der Frage der a. o. Legitimation von Personen, die durch außereheliches Kindesverhältnis, Stiefverwandtschaft, Adoption oder halbbürtige Abstammung mit dem Rentenansprecher verwandt sind, ebenfalls vom zivilrechtlichen Begriff der Blutsverwandtschaft auszugehen ist. M. E. soll am Wortlaut von AHVG 84 I 2. Satz festgehalten werden. Aber auch eine extensive Interpretation brächte kaum Unzukömmlichkeiten, insofern im Verhältnis der Legitimationen zueinander das Prinzip der Exklusivität i. W. und i. e. S. gilt^{50a}.

b) Die Legitimation der Ehefrau

Ehemann und Ehefrau sind versicherte Personen. Eine Beitragspflicht besteht jedoch für Ehefrauen nur insofern, als diese außerhalb des Betriebes des Ehemannes einer Erwerbstätigkeit obliegen⁵¹. Der Gesetzgeber wollte durch diese Regelung vermeiden, daß der Ehemann die Beiträge seiner nichterwerbstätigen oder im eigenen Betriebe tätigen Ehefrau zusätzlich hätte tragen müssen⁵².

46 Sten Bull NR 1946 S. 686.

47 Sten Bull NR 1946 S. 687.

48 Beschluß des NR vom 30. Aug. 1946; cf. Sten Bull Anm. 47.

49 Sten Bull StR 1946 S. 687.

50 AHVG 84 I: ... Blutsverwandte in auf- und absteigender Linie ...; cf.

Votum Hirzel Anm. 47.

50a cf. S. 51.

51 cf. S. 8.

52 Expertenbericht S. 29.

Rechtspolitisch liegt dieser Regelung das Prinzip der Solidarität zwischen verheirateten und ledigen Personen zugrunde. Dieses Prinzip der Solidarität wurde jedoch nicht so weit berücksichtigt, daß ein Ehepaar Anspruch auf zwei einfache Altersrenten hätte, vielmehr erhalten Ehepaare, deren Ehemann das 65. Altersjahr und die Ehefrau das 60. Altersjahr zurückgelegt haben, eine Ehepaaraltersrente⁵³. Der Betrag der Ehepaaraltersrente ist jedoch stets niedriger als der Betrag der doppelten einfachen Altersrente⁵⁴. Sowohl bei Erwerbstätigkeit als auch bei Nichterwerbstätigkeit der Ehefrau kann diese im Versicherungsfalle keine einfache Altersrente für sich allein beanspruchen, sofern die Voraussetzungen für den Bezug einer Ehepaaraltersrente gegeben sind. Nach dem Grundgedanken der AHV soll jedoch allen Versicherten bei Eintritt des entschädigungspflichtigen Tatbestandes eine Rente zukommen, also auch den Ehefrauen⁵⁵, obwohl der Anspruch auf die dem Ehemann und der Ehefrau zukommende Ehepaaraltersrente formal allein dem Ehemann zusteht⁵⁶. Daher kann gesagt werden, daß der Ehefrau in der Regel nicht ein selbständiger, sondern ein von den Beitragsleistungen des Ehemannes *abgeleiteter Rentenanspruch* zusteht⁵⁷. Die Ehefrau erscheint — materiell gesehen — neben dem Ehemann als Bezüger der Ehepaaraltersrente. Sie wird von einer Verfügung der AK auf Gewährung und Bemessung einer Ehepaaraltersrente ebenso betroffen wie der Ehemann, obwohl — formell gesehen — nur diesem der Rechtsanspruch auf die Ehepaaraltersrente zusteht.

In den parlamentarischen Beratungen wurde mehrmals darauf hingewiesen, daß der Ehegatte als «Betroffener» im Sinne von AHVG 84 I anzusehen sei. So im Votum des Berichterstatters NR Bratschi: «Ich möchte aber erklären, daß die Kommission es als selbstverständlich betrachtet, daß der Ehegatte als Betroffener anzusehen ist und ohne weiteres die Möglichkeit haben soll, Beschwerde zu führen»⁵⁸. Im gleichen Sinne äußerte sich NR Hirzel: «... la commission est d'accord d'admettre que l'épouse, elle aussi, reçoit le droit de recourir⁵⁹.»

Aus der systematisch-teleologischen wie auch aus der historischen Interpretation geht hervor, daß der Ehegatte (Ehefrau) Betroffener im Sinne von AHVG 84 I 1. Satz ist. Die Ehefrau ist dem-

⁵³ AHVG 22 I.

⁵⁴ AHVG 34, 35.

⁵⁵ Entscheide in ZAK 1948 S. 323, 454 und 488.

⁵⁶ AHVG 22 I.

⁵⁷ Expertenbericht S. 62.

⁵⁸ Ste Bull NR 1946 S. 686.

⁵⁹ Ste Bull NR 1946 S. 687.

nach zur Beschwerde gegen eine Kassenverfügung, die eine Ehepaaraltersrente zum Gegenstande hat, legitimiert; und zwar handelt es sich um die a. o. Legitimation, da die ordentliche Legitimation nur dem Adressaten der Kassenverfügung zusteht⁶⁰.

III. Das Verhältnis der ordentlichen zu a. o. Legitimation

1. Es stellt sich hier die Frage, in welchem Verhältnis die ordentliche Legitimation des Rentenansprechers zur a. o. Legitimation der Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie, der Geschwister und des Ehegatten, steht. Mit andern Worten: Schließt die durch den Rentenansprecher erhobene Beschwerde diejenige der a. o. legitimierten Personen aus, oder sind alle Beschwerden, die sich auf eine Rentenverfügung beziehen, als rechtshängig anzusehen (Prinzip der sogenannten Streitgenossenschaft)?

AHVG 84 I regelt im ersten Satz die ordentliche Legitimation und im zweiten Satz die a. o. Legitimation der Blutsverwandten und der Geschwister. Hieraus ist der Schluß zu ziehen, daß vor allen anderen Personen der Rentenansprecher zur Beschwerde legitimiert sei. Dasselbe ergibt sich aus den Gesetzesmaterialien, erklärte doch der Berichterstatter, NR Hirzel, im Nationalrat:

«Si donc dans la famille un membre qui réclame une rente n'est pas en mesure de recourir, son père, son frère, son fils pourront le faire à sa place⁶¹.»

An Stelle des Rentenansprechers Beschwerde zu erheben, setzt also voraus, daß dieser nicht in der Lage ist, dies zu tun. Aus dem Votum Hirzel geht unzweifelhaft hervor, daß die a. o. Legitimation zur Sache einer Person nur stehen kann, wenn der Adressat der Verfügung nicht selbst sein Beschwerderecht ausübt. Die Konsequenz aus dem soeben Dargelegten besteht darin, daß die Beschwerde eines ordentlich legitimierten Rentenansprechers die Beschwerde einer a. o. legitimierten Person ausschließt, was wir als *Prinzip der Exklusivität* bezeichnen wollen⁶².

Das Prinzip der Exklusivität erscheint auch als Konsequenz des großen Kreises der a. o. legitimierten Personen. Es würde zu unhaltbaren Zuständen führen und den Rekursinstanzen bedeutende Mehrarbeit bringen, falls in einem Entscheide über eine Rentenstreitigkeit Rechtsschriften von verschiedenen Personen, die sich auf denselben Beschwerdegegenstand beziehen, berücksichtigt werden müßten. Welches Rechtsbegehren wäre z. B. für die Bestimmung der Zusprechungsbefugnis des Gerichts maßgebend? Nur bei Geltung des Prinzips der Exklusivität kann ein Rentenansprecher

⁶⁰ cf. S. 47.

⁶¹ Ste Bull NR 1946 S. 687.

⁶² Genf sieht in PO 9 das Prinzip der Exklusivität ausdrücklich vor.

eine gegen seinen Willen durch eine a. o. legitimierte Person erhobene Beschwerde vernichten, indem er selbst Beschwerde erhebt und diese dann wieder zurückzieht.

2. Das Prinzip der Exklusivität, das unter 1. (S. 51) behandelt wurde, beschlägt das Verhältnis zwischen ordentlich legitimierten und a. o. legitimierten Personen. Es besteht nun aber auch die Möglichkeit, daß mehrere a. o. legitimierte Personen für einen Rentenansprecher Beschwerde erheben, während der Rentenansprecher selbst keine Beschwerde erhebt. Auch hier kann m. E. nur eine Beschwerde für die Rekurskommission maßgebend sein. Insofern kann hier von einem Prinzip der *Exklusivität i. w. S.* gesprochen werden, im Gegensatz zum Prinzip der Exklusivität i. e. S., welches das Verhältnis zwischen ordentlicher und a. o. Legitimation regelt.

Die a. o. Legitimation bezweckt, ein Stück Familienschutz zu verwirklichen⁶³. Deshalb kann davon ausgegangen werden, daß die Familienverwandtschaft hier als Kriterium angewandt werden kann. So würde die Beschwerde eines a. o. Legitimierten, der in gerader Linie mit dem Rentenansprecher verwandt ist, die Beschwerde eines Blutsverwandten in der Seitenlinie ausschließen. Innerhalb der geraden Linie der Verwandtschaft wäre diejenige Beschwerde zuzulassen, deren Urheber im näheren verwandtschaftlichen Grade zum Rentenansprecher steht. Würden nun zwei a. o. legitimierte Beschwerdeführer im selben verwandtschaftlichen Grade zum Rentenansprecher stehen, so wäre es gegeben, auf die faktisch engere Beziehung des Rentenansprechers zu einem der a. o. legitimierten Personen abzustellen. So käme in Frage, ob der Rentenansprecher mit dem einen oder anderen a. o. Legitimierten in Hausgemeinschaft lebt, oder ob der Rentenansprecher von einem der a. o. Legitimierten mehr unterstützt wird als vom anderen. Derjenige a. o. legitimierte Beschwerdeführer, der in *engster faktischer Beziehung* zum Rentenansprecher stehen würde, würde dann die im gleichen Grade verwandten a. o. legitimierten Personen von der Beschwerdeführung ausschließen.

3. Die praktische Auswirkung des Prinzips der Exklusivität i. e. S. und i. w. S. besteht für die Rekurskommission vor allem darin, daß die Rekurskommission bei Einreichung einer Beschwerde durch einen a. o. Legitimierten mit der Behandlung derselben und mit der Fällung des Entscheides zuwarten müßte, bis die 30 Tage der Rekursfrist abgelaufen sind. Während dieser Zeitspanne könnte ein ebenfalls ad causam Legitimierter Beschwerde erheben, die die erste Beschwerde unter Umständen ausschließen würde.

⁶³ Schmid I S. 358.

§ 8. Die Form und der Inhalt der Beschwerde; der Einreichungsort

A. Die Form der Beschwerde

Das Bundesrecht verlangt für die Beschwerden keine besondere Form. Die Kantone können daher die Form der Beschwerde in ihren AHV-Prozeßordnungen festlegen. Das Bundesrecht schreibt nur vor, daß das Rekursverfahren einfach sein soll¹. Das will m. E. besagen, daß keine qualifiziertere Form verlangt werden darf, als sie in den anderen Zweigen der Sozialversicherung für Beschwerden vorgesehen ist. So schreiben denn auch alle Kantone vor, daß die Beschwerden in Schriftform zu kleiden sind². Die Kantone Schwyz und Obwalden verlangen die Einreichung einer Beschwerdeschrift im Doppel³. Eine solche Form der Beschwerde ist aber mit dem vom Bundesrecht geforderten «einfachen Verfahren» kaum vereinbar. Es ist eben davon auszugehen, daß der Großteil der Beschwerdeführer weder über eine Schreibmaschine verfügt noch besonders schreibgewohnt ist⁴.

In der PO des Kt. Freiburg ist neben der gewöhnlichen Form der Beschwerde eine «vereinfachte Form» vorgesehen⁵. Insofern der Beschwerdeführer im Momente der Beschwerdeerhebung keine besonderen Beweismittel geltend macht, genügt für die Erhebung des Rekurses die Unterzeichnung einer Erklärung mit folgendem Wortlaut:

Formule de recours

(art. 12 Règlement de Procédure, du 16. 4. 1948)

Le soussigné déclare recourir contre la décision de taxation du
de la Caisse de compensation AVS
de rente
Motifs:

Fribourg, le

Signé:

¹ AHVG 85 II.

² Zürich 1 PO.

Bern 16 I EG.

Luzern 4 I PO.

Uri 6 PO.

Schwyz 4 I PO.

Nidwalden 5 PO.

Obwalden 3 I PO.

Glarus 7 I PO.

Zug 4 I PO.

Freiburg 11 I u. 12 PO.

Solothurn 86 PO.

Basel-Stadt 5 II, 4 I PO.

Basel-Land 5 PO.

³ Schwyz 4 I PO; Obwalden 3 I PO.

⁴ cf. ZAK 1948 S. 483.

⁵ Freiburg 12 PO.

Schaffhausen 2 PO.

Appenzell A.-Rh. 3 PO.

Appenzell L.-Rh. 1 I PO.

St. Gallen 1 I PO.

Graubünden 7 I PO.

Aargau 4 I PO.

Thurgau 2 I PO.

Tessin 5 I PO.

Vaud 7 I PO.

Valais 6 I PO.

Neuchâtel 3 I PO.

Genève 8 I PO.

Der Gesetzgeber wollte durch diese Institution denjenigen Beschwerdeführern entgegenkommen, die durch den bevorstehenden Ablauf der Rekursfrist in Zeitnot geraten. Diese vereinfachte Form des Rekurses wird aber in praxi kaum gebraucht⁶.

B. Der Inhalt der Beschwerde

1. Der Inhalt der Beschwerde im allgemeinen

a) Das Rechtsbegehren

Mit der Einreichung einer Beschwerde an die AHV-Rekursinstanz stellt der Adressat einer Kassenverfügung oder ein a.o. Legitimierter das Gesuch um Rechtsschutz⁷. Auf ein solches Rechtsschutzgesuch hin muß die AHV-Rekurskommission tätig werden⁸. Die Rekurskommission kann aber nur unter bestimmten Voraussetzungen einen Beschluß fassen oder einen Entscheid fällen: Sie muß das den Rechtsschutz begehrende Subjekt, das Anfechtungsobjekt und die Verwaltungsstelle kennen, die den angefochtenen Hoheitsakt erließ⁹. In den meisten PO wird das Rechtsschutzbegehren als «*Rechtsbegehren*» bezeichnet. Aus dem Rechtsbegehren muß ersichtlich sein:

1. Die Adresse des Beschwerdeführers und dessen Unterschrift¹⁰.
2. Die Ausgleichskasse, die die angefochtene Verfügung erließ¹¹, sofern die angefochtene Verfügung nicht der Beschwerde beigelegt werden muß¹² oder beigelegt wird.
3. Eine Rechtsbehauptung. Die Gesetze sprechen von «bestimmtem Begehren» oder von «Antrag»¹³.

⁶ Brief des Sekretärs der Rekurskommission des Kantons Freiburg vom 17. Februar 1950 an den Verfasser.

⁷ Hochuli S. 19.

⁸ cf. S. 62.

⁹ Hochuli S. 19.

¹⁰ Baumgartner S. 153.

¹¹ ZAK 1948 S. 483.

¹² Basel-Stadt 4 II PO; Tessin 5 II PO.

¹³ Zürich 1 II PO.

Schaffhausen 2 PO.

Bern 16 II EG.

Appenzell A.-Rh. 3 PO.

Luzern 5 I PO.

Appenzell I.-Rh. 2 PO.

Uri 7 I PO.

St. Gallen 1 I PO.

Schwyz 4 II PO.

Graubünden 8 I PO.

Nidwalden 6 PO.

Aargau 4 I PO.

Obwalden 3 IV PO.

Thurgau 2 I PO.

Glarus 8 I PO.

Tessin 5 II PO.

Zug 7 PO.

Waadt 7 II PO.

Freiburg 11 II PO.

Wallis 7 PO.

Solothurn 86 I PO.

Genf 8 I PO.

Basel-Stadt 4 II PO.

Basel-Land 7 I PO.

In den Kantonen Basel-Stadt und Waadt ist der Beschwerdeschrift auch noch der Briefumschlag beizulegen, in dem die angefochtene Kassenverfügung zugestellt wurde¹⁴. Der Kanton Genf bestimmt, daß keine besondere Formstrenge verlangt wird. Es genüge, wenn die Rekurschrift als solche erkennbar sei und daraus hervorgehe, in welchen Punkten der Beschwerdeführer die Kassenverfügung abgeändert haben wolle¹⁵. Auch das EVG vertritt den Standpunkt, daß die formalen Anforderungen an Beschwerdeschriften nicht streng sein dürfen^{15a}.

b) Die Begründung

1. Das Gesuch um Rechtsschutz muß «kurz begründet» werden, wie sich die Mehrzahl der PO ausdrückt¹⁶. 9 Kantone verlangen keine Begründung der Beschwerde¹⁷. In diesen Kantonen dürfte sich jedoch die Begründung zum Teil aus den beigelegten Beweismitteln ergeben. Es erscheint aber unzulässig, in diesen 9 Kantonen eine Beschwerde, die nicht begründet wurde, wegen Fehlers der Begründung von der Hand zu weisen. Eine solche Beschwerde wäre unter Ansetzung einer Frist zur Begründung an den Rekurrenten zurückzuweisen. Das ergibt sich daraus, daß die betreffende PO den erforderlichen Inhalt der Beschwerde ausdrücklich auf Rechtsbegehren und Beweismittel beschränken.

2. Gemäß einem Entscheid der Rekursinstanz des Kt. Bern trat das Verwaltungsgericht des Kt. Bern als AHV-Rekursinstanz auf eine Beschwerde nicht ein, die der Rekurrent, ungeachtet ausdrücklicher Aufforderung, nicht begründet hatte¹⁸. Die Begründung dieses Entscheides sei hier wiedergegeben, da diesem Entscheid in allen denjenigen Kantonen prinzipielle Tragweite zukommt, in denen eine Begründung der Beschwerde verlangt wird:

¹⁴ Basel-Stadt 4 II PO; Waadt 7 III PO.

¹⁵ Genf 8 I PO.

^{15a} EVG i. S. P. Haas, vom 2. Juni 1951; in ZAK 1951 S. 379. Die Bezeichnung «Beschwerde» wird nicht verlangt: EVG i. S. P. Maillard, vom 10. August 1951.

¹⁶ Bern 16 II EG.

Luzern 5 I PO.

Nidwalden 6 PO.

Glarus 8 I PO.

Zug 7 PO.

Solothurn 86 I PO.

Basel-Stadt 4 II PO.

Basel-Land 5 PO.

¹⁷ Zürich 1 II PO.

Uri 7 I PO.

Schwyz 4 II PO.

Obwalden 3 IV PO.

Freiburg 11 II PO.

Schaffhausen 2 PO.

Graubünden 8 I PO.

Aargau 4 I PO.

Thurgau 2 I PO.

Waadt 7 II PO.

Wallis 7 PO.

Genf 8 I PO.

Appenzell A.-Rh. 3 PO.

Appenzell I.-Rh. 2 PO.

St. Gallen 1 PO.

Tessin 5 II PO.

¹⁸ Verwaltungsgericht des Kt. Bern i. S. Teuscher, vom 12. April 1949, in ZAK 1949 S. 370.

«Nach Art. 16 des bernischen EG zum AHVG sollen aus der Beschwerde die Anträge und deren Begründung hervorgehen. Daraus folgt, daß keine strengen Formalerfordernisse an die Beschwerdeführer gestellt werden, offenbar weil den Betroffenen nicht zugemutet werden will, in jedem Bagatellfall einen Rechtsberater beizuziehen. Allein der Beschwerdeführer ist nicht der minimalsten Diligenzpflicht, wie sie selbst von einem Rechtsunkundigen verlangt werden kann, enthoben. Die Notiz «Erhebe gegen diese Beitragsverfügung Rekurs. Ersuche Sie, die Sache nochmals zu untersuchen» genügt als Beschwerdebegründung nicht. Zur Ergänzung dieser Notiz hätte der Rekurrent um so eher Anlaß gehabt, als ihn die AK ausdrücklich dazu aufgefordert hatte.»

c) Die Beweismittel

Die Mehrzahl der kant. PO sieht vor, daß die Beweismittel beizulegen oder, soweit dies nicht möglich ist, zu bezeichnen sind¹⁹.

II. Der Inhalt der Beschwerde im besondern bei Rentenstreitigkeiten

Das Bundesrecht verlangt in OB 122 lit. a in Verbindung mit OV 10 I, daß bei Streitigkeiten um Rentenleistungen außer dem allgemeinen Beschwerdeinhalt weitere Angaben in die Beschwerde aufzunehmen sind. So sind gemäß OB 122 lit. a in der Beschwerdeschrift anzugeben:

- Der streitige Betrag der monatlichen Rente in Franken.
- Der Geburtstag des Rentenansprechers.
- Der Tag, von dem an die Rente gefordert wird.

Einige Kantone wiederholen in ihren PO diese Regelung²⁰, sie gilt aber kraft Bundesrecht für alle Kantone.

C. Der Einreichungsort

Die Mehrzahl der Kantone verlangt die Einreichung der Beschwerde bei der Rekurskommission, sei es beim Präsidenten der

¹⁹ Zürich 1 II PO.
Bern 27 II VRG.
Luzern 5 I PO.
Uri 7 I PO.
Schwyz 4 II PO.
Nidwalden 6 PO.
Obwalden 3 IV PO.
Glarus 8 I PO.
Zug 7 PO.
Freiburg 11 II PO.
Solothurn 86 II PO.
Basel-Stadt 4 II PO.

Basel-Land 7 I PO.
Schaffhausen 2 PO.
Appenzell A.-Rh. 3 PO.
Appenzell L.-Rh. 2 PO.
St. Gallen 1 I PO.
Graubünden 8 I PO.
Aargau 4 II PO.
Thurgau 2 I PO.
Tessin 5 II PO.
Wallis 7 PO.
Genf 8 I PO.

²⁰ Freiburg 11 II PO.
Solothurn 86 I PO.
Graubünden 8 II PO.

Aargau 4 I PO.
Thurgau 2 II PO.
Tessin 6 II PO.

Rekurskommission²¹, sei es beim Sekretariat der Rekurskommission²², sei es bei der Rekurskommission selbst²³. Einige Kantone sehen als Einreichungsort die AK vor, welche die angefochtene Verfügung erlassen hatte²⁴. Es kann sich dabei um eine AK des Bundes, der Kantone oder der Verbände handeln.

Im Kanton Solothurn kann eine Beschwerde sowohl bei der kant. Rekursinstanz (Versicherungsgericht) als auch bei einer Gemeindezweigstelle (kantonale AK) eingereicht werden²⁵. Ebenso ist in fünf Kantonen, die grundsätzlich die Einreichung der Beschwerde bei der Rekurskommission vorschreiben, die Einreichung auch bei der zuständigen AK zulässig²⁶.

§ 9. Die Beschwerdefrist

A. Die rechtliche Natur der Frist

Frist ist der Zeitraum, innerhalb welchem eine Parteihandlung vorgenommen werden muß¹. Der Zeitraum, innerhalb welchem gegen eine Kassenverfügung Beschwerde eingereicht werden kann, beträgt 30 Tage². Es handelt sich dabei um eine *gesetzliche* Frist im Gegensatz zu einer richterlichen Frist, die im einzelnen Falle vom Gerichte festgesetzt wird³. Des weiteren ist die 30tägige Frist als *peremptorische* Frist anzusehen, da der Rekurrent sein Beschwerderecht verwirkt, sofern er nicht innerhalb der Frist Beschwerde erhebt. Auch ist die Frist nicht durch das Gericht erstreckbar, da das AHVG diese Möglichkeit nicht vorsieht⁴. Somit erweist sich die Frist auch als sogenannte *Notfrist*⁵. — Die Mehr-

- | | |
|------------------------------------|--------------------------|
| 21 Uri 6 PO. | Glarus 7 I PO. |
| Schwyz 4 I PO. | Graubünden 7 I PO. |
| Obwalden 3 I PO. | Thurgau 2 I PO. |
| 22 St. Gallen 3 PO; Freiburg | 11 PO; Neuenburg 3 I PO. |
| 23 Zürich 1 I PO. | Appenzell L.-Rh. 1 I PO. |
| Nidwalden 5 PO. | Aargau 3 I PO. |
| Zug 4 I PO. | Genf 7 PO. |
| 24 Bern 16 I EG. | Appenzell A.-Rh. 3 PO. |
| Luzern 4 I PO. | Schaffhausen 2 PO. |
| Basel-Stadt 4 I PO. | Tessin 5 I PO. |
| Basel-Land 5 PO. | Waadt 7 I PO. |
| 25 Solothurn 85 I PO; Regl. der AK | 7 I lit. a. |
| 26 cf. S. 67. | |

1 Guldener I S. 178.

2 AHVG 84 I.

3 Guldener I S. 178.

4 Guldener I S. 180; Zug 5 PO.

5 Fehr S. 309; Schaffhausen 2 PO.

zahl der Kantone wiederholt in den PO die bundesrechtliche Regelung der Frist⁶.

B. Der Beginn der Frist

1. Die Zustellung einer Kassenverfügung an den Adressaten oder an dessen gesetzlichen Vertreter löst den Lauf der 30tägigen Verwirkungsfrist aus⁷. Dabei wird der Tag, an dem die Frist zu laufen beginnt, bei der Berechnung der Frist von Bundesrechts wegen nicht mitgezählt⁸. Demnach werden die 30 Tage von dem auf den Tag der Zustellung der angefochtenen Kassenverfügung folgenden (Werk-, Sonn- oder Feier-) Tag an gezählt (der sogenannte dies a quo). Diese Regelung entspricht derjenigen des BG über die Bundesrechtspflege⁹ und denjenigen der Rechtspflege-gesetze und Prozeßordnungen der Kantone¹⁰. Auch hier wieder-holen einige PO diese Fristenberechnung¹¹.

2. Wann gilt nun eine Kassenverfügung als dem Adressaten zu-gestellt? Zunächst sei der Begriff der Zustellung erörtert und so-dann der Zeitpunkt der Zustellung.

a) Das EVG hat in einem Entscheide den Begriff der Zustel-lung wie folgt umschrieben¹²:

«Zustellung bedeutet Aushändigung der Sendung an den Adressaten oder an eine zu seinem Haushalt gehörende Per-son¹³.»

Nach der Praxis des Bundesgerichtes sind Personen, die zum Haushalte des Beschwerdeführers gehören, in erster Linie die Mit-glieder der Familie, die mit dem Beschwerdeführer am gemeinsa-men Haushalte teilnehmen, aber auch die Hausangestellten¹⁴. Da-gegen hat die bloße Anzeige der Post an den Adressaten, eine

⁶ Bern 16 I EG.

Luzern 4 I PO.

Uri 6 PO.

Nidwalden 4 I PO.

Obwalden 3 I PO.

Glarus 7 I PO.

Zug 4 I PO.

Freiburg 10 PO.

Solothurn 85 I PO.

⁷ AHVG 84 I.

⁸ AHVG 96 I.

⁹ OG 32.

¹⁰ Guldener I S. 178 Anm. 4.

¹¹ Luzern 4 II PO.

Nidwalden 4 II PO.

Glarus 7 I PO.

¹² EVG i. S. L. C., vom 10. Nov. 1949, in ZAK 1950 S. 39.

¹³ Guldener I S. 167.

¹⁴ BGE 73 I 435.

Appenzell A.-Rh. 1 PO.

Graubünden 7 I PO.

Aargau 3 I PO.

Thurgau 2 I PO.

Tessin 5 I PO.

Wallis 6 I PO.

Neuenburg 3 I PO.

Genf 7 PO.

Zug 4 II PO.

St. Gallen 7 I PO.

Aargau 93 ZPO in Verb. m. 10 PO.

Sendung abzuholen, nicht die Rechtswirkung einer Zustellung¹⁵. Das EVG entschied in einem weiteren Entscheide¹⁶, daß die Sendung an eine bei Erlass der Verfügung bereits verstorbene Person keine rechtsgültige Zustellung ist. Die Tatsache des Todes des Beitragspflichtigen schließe die Aushändigung an denselben, aber auch an einen mit ihm lebenden Angehörigen aus.

b) Zugestellt ist eine Verfügung einer AK in demjenigen Zeitpunkte, in dem sie an die *ordentliche Adresse* des Empfängers gelangt. Irrelevant ist dabei — nach Entscheiden des EVG¹⁷ — der Zeitpunkt der Kenntnisnahme durch den Adressaten. Unter Berücksichtigung des Wortlautes dieser Entscheide¹⁸ darf angenommen werden, daß die bundesgerichtliche Praxis betreffend die Zustellung in Postfächer für die AHV anwendbar ist. Das Bundesgericht hat in ständiger Rechtsprechung angenommen, daß ein Brief als zugestellt gilt, sobald der Brief selbst, oder wenn er eingeschrieben wurde, die Anzeige von seinem Empfang in das Postfach gelegt worden ist, es sei denn, daß dies erst nach der üblichen Geschäftszeit oder, bei eingeschriebenen Briefen, nach Schalter-schluß geschieht¹⁹. Nach BGE 74 I 89 ist jedoch von dieser Regel insofern eine Ausnahme zu machen, als der Postfachinhaber z. B. durch seine berufliche Tätigkeit gezwungen war, sich außerhalb seines Wohnortes aufzuhalten.

C. Die Wahrung der Frist

1. Eine Beschwerde gilt dann als rechtzeitig eingereicht, wenn eine Beschwerdeschrift mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Inhalte²⁰ innert 30 Tagen seit der Zustellung der Kassenverfügung eingereicht wird. Das will besagen, daß die Beschwerde spätestens am letzten Tage der Frist bei der Rekurskommission, bzw. bei der AK eintreffen oder der Post zu ihren Händen übergeben sein muß^{21, 22}. Ist der letzte Tag der Frist ein Sonntag oder ein vom maßgebenden kantonalen Rechte anerkannter Feiertag, so endigt die Frist von Bundesrechts wegen am nächstfolgenden Werktag^{23, 24}. Der Post übergeben erscheint eine Beschwerde erst in

¹⁵ BGE 74 I 88; cf. auch Entscheid Anm. 11.

¹⁶ EVG i. S. C. H., vom 10. Dez. 1949, in ZAK 1950 S. 83.

¹⁷ EVG i. S. de Charnières, vom 23. Mai 1949, in ZAK 1949 S. 322; Meier S. 154; EVG i. S. A. Schmid, vom 6. April 1951.

¹⁸ «nach Doktrin und Rechtsprechung».

¹⁹ Giacometti II S. 195; BGE 74 I 15/16, 61 II 134, 55 III 170, 46 I 63.

²⁰ Blumenstein I S. 328/29.

²¹ Zürich I I PO. St. Gallen 2 I PO.

Solothurn 23 III PO. Waadt 9 PO.

Appenzell I.-Rh. I II PO. Genf 16 II PO.

²² Analoge Regelung in OG 32 III; EVG i. S. Brodard et Terrapon, vom 2. April 1949: verspätete Berufung.

demjenigen Zeitpunkte, in dem das die Beschwerde enthaltende Kuvert abgestempelt wird. Insofern der Einwurf in einen Briefkasten durch Zeugen bestätigt werden kann, gilt auch schon der Einwurf in einen Briefkasten als Übergabe an die Post²⁵. Einige Kantone bestimmen, daß die Frist auch dann als eingehalten gilt wenn die Beschwerdeschrift innert Frist einer unzuständigen Behörde eingereicht worden ist²⁶. Seit dem Abschlusse von bilateralen Staatsverträgen auf dem Gebiete der AHV gilt dieser Grundsatz auch zwischen den Signatarstaaten und der Schweiz. So bestimmt Art. 9 des Abkommens zwischen der Schweiz und Frankreich über die AHV vom 9. Juli 1949²⁷:

«Rechtsmittel, die binnen einer bestimmten Frist bei einer zur Entgegennahme von Rechtsmitteln in der Sozialversicherung zuständigen Stelle einzulegen sind, gelten als fristgerecht eingelegt, wenn sie innerhalb dieser Frist bei einer entsprechenden Stelle des anderen Staates eingebracht worden sind. Diese Stelle hat die Rechtsmittelschrift unverzüglich an die zuständige Behörde weiterzuleiten.»

Art. 15 II des Abkommens zwischen der Schweiz und Italien auf dem Gebiete der Sozialversicherung, vom 4. April 1949²⁸ enthält denselben Grundsatz.

2. Gemäß AHVV 128 II müssen die Verfügungen der AK eine *Belehrung* enthalten, innert welcher Frist, in welcher Form und bei welcher Instanz gegen die Verfügung Beschwerde erhoben werden kann. Durch diese zwingende Vorschrift soll u. a. verhindert werden, daß ein Rekurrent bei Fristversäumnis die Einwendung, «er hätte die Frist nicht gekannt», vorbringen kann. Diese Einrede muß aber insofern zugelassen werden, als eine Kassenverfügung der Rechtsmittelbelehrung ermangelte und als feststeht, daß der Rekurrent nicht sonstwie Kenntnis von der 30tägigen Frist haben konnte^{29, 30}. In Analogie zu einem Entscheide des EVG³¹ beginnt unter diesen Umständen die Frist nicht zu laufen.

²³ AHVG 96 II.
Luzern 4 II PO.
Nidwalden 4 II PO.
Glarus 7 I PO.
Zug 4 III PO.

Solothurn 23 II PO.
Appenzell I.-Rh. 1 II PO.
Graubünden 7 I PO.
Genf 16 I PO.

²⁴ Analoge Regelung in OG 32 II.

²⁵ Zentralblatt 48 S. 356; a. M. Guldener I S. 179 Anm. 18.

²⁶ Zürich 1 I PO.
Luzern 4 III PO.
Obwalden 3 II PO.
Zug 4 II PO.

Solothurn 23 IV PO.
Appenzell I.-Rh. 1 II PO.
Genf 16 III PO.

²⁷ ZAK 1950 S. 71.

²⁸ ZAK 1949 S. 181.

²⁹ cf. ZAK 1949 S. 293; Imboden II S. 100; Blumenstein II S. 423; Zwahlen S. 153a.

3. Bei der 30tägigen Frist handelt es sich um eine Verwirkungsfrist. Das gilt auch für die Beschwerdeerhebung durch a. o. legitimierte Personen. Das ergibt sich aus dem Wortlaute von AHVG 84 I, wo von «30 Tagen seit der Zustellung» schlechthin gesprochen wird.

D. Die Wiederherstellung der Frist

Die 30tägige Frist kann als gesetzliche Frist durch den Richter nicht erstreckt werden. Dagegen können versäumte Fristen *wiederhergestellt* werden³². Die Tatbestände, bei deren Vorliegen die Wiederherstellung der Frist gewährt wird, sind in den kant. PO umschrieben. Das Verfahren und die Voraussetzungen zur Wiederherstellung einer versäumten Frist wurden in den kant. PO wie folgt geregelt³³:

Der Beschwerdeführer, der an der Einreichung der Beschwerde innert nützlicher Frist verhindert war, kann ein *Gesuch um Wiederherstellung* der Frist einreichen. Voraussetzung ist dabei, daß der Rekurrent durch ein von ihm nicht verschuldetes Hindernis von der Einreichung der Beschwerde abgehalten worden ist. Der Beschwerdeführer muß also *nachweisen* oder wenigstens *glaubhaft* machen, daß er oder sein Stellvertreter durch eine Tatsache an der Beschwerdeführung verhindert worden waren, die unabhängig von seinem Willen eingetreten war. Solche Tatsachen können sein: Militärdienst, Krankheit, Landesabwesenheit usw.^{33a}. Die meisten Gesetze überlassen diese Frage dem richterlichen Ermessen, indem sie von «unverschuldetem Hindernis» oder von «wichtigen Gründen» sprechen. Mit dem Gesuche um Wiederherstellung der Frist ist gleichzeitig die Beschwerde einzureichen. Die Mehrzahl der Kantone legt fest, daß die Einreichung der Beschwerde innert 10

³⁰ Die Kenntnis der Frist wäre z. B. zu vermuten, wenn ein Rekurrent vor der in Frage stehenden Beschwerde bereits eine Beschwerde in AHV-Sachen eingereicht hätte.

³¹ EVG i. S. Wüthrich, vom 5. Juli 1949, in ZAK 1949 S. 372: «Ermangelt ein kant. Entscheid der vorgeschriebenen Rechtsmittelbelehrung, so beginnt die Frist — nach der Praxis des EVG — nicht zu laufen.»

EVG i. S. Institut St. Joseph, vom 10. August 1951.

³² Guldener I S. 184.

³³ Bern 17 IV EG.

Luzern 4 IV PO.

Uri 6 PO.

Nidwalden 4 III PO.

Obwalden 3 III PO.

Glarus 7 II PO.

Zug 6 PO.

Freiburg 22 PO.

Solothurn 26 PO.

Basel-Stadt 6 PO.

Appenzell A.-Rh. 58 OB und 7 PO.

Appenzell I.-Rh. 1 III PO.

St. Gallen 2 II PO.

Graubünden 7 II PO.

Aargau 103 ZPO, 10 PO.*

Waadt 10 PO.

Wallis 6 II PO.

Neuenburg 58 OB, 3 I PO.

Genf 16 III PO.

^{33a} nicht aber «un oubli fâcheux» des Einwerfens der Beschwerde durch eine hierzu beauftragte Drittperson. EVG i. S. Margat, vom 12. Januar 1949.

Tagen nach Wegfall des Hindernisses zu erfolgen habe. Luzern und Genf sehen hierfür eine 30tägige Frist vor³⁴.

Aus diesem einzigen bisher zu dieser Frage publizierten Entscheide³⁵ sei festgehalten, daß das EVG und die Rekurskommission des Kt. Genf eine Arbeitsunfähigkeit von 30% nicht als Hindernis für die Beschwerdeführung erachteten.

§ 10. Die Wirkung der Beschwerde

A. Die Rechtshängigkeit

I. Der Begriff und das Wesen der Rechtshängigkeit

Der Begriff der Rechtshängigkeit (die sogenannte Litispensenz) stammt aus dem Zivilprozeßrecht. Dieser Begriff wurde im positiven Recht¹ und in der Literatur² für das Verfahren vor Verwaltungsgerichten übernommen. Das ist aus der Tatsache zu erklären, daß der verwaltungsgerichtliche Prozeß dem Zivilprozeß nachgebildet wurde. Im Zivilprozeß sind die Wirkungen der Rechtshängigkeit streng formal³. Bei der Abklärung des Begriffes der Rechtshängigkeit ist von AHVG 85 II auszugehen, wonach das Verfahren «einfach» sein soll. Das will besagen, daß jeder Bürger ohne juristischen Beistand zu seinem Rechte kommen soll⁴. Dies schließt jedoch nicht aus, daß ein gewisses Minimum an formaler Strenge gefordert werden darf, insofern es im Interesse eines geordneten Verfahrens und damit im Interesse des Rechtsschutzes liegt.

Die Litispensenz ist die prozeßrechtliche Wirkung der Beschwerde bei der zuständigen Rekurskommission⁵. Diese Wirkung äußert sich in der Befestigung gewisser Grundlagen des Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht⁶, die nachfolgend erörtert werden sollen.

a) Vom Eintritt der Rechtshängigkeit an *befafßt* sich die AHV-Rekursbehörde mit der Verwaltungsstreitsache zwischen dem Beschwerdeführer und der AK⁷. Der Rechtsschutz würde aber dem Einzelnen nicht gewährleistet, wenn nicht für das Verwaltungsgericht durch Anhängigmachen eines Streitfalles die Pflicht entstehen würde, im konkreten Falle einen Entscheid zu fällen.

³⁴ Luzern 4 IV PO; Genf 16 III PO.

³⁵ EVGE i. S. F. F., vom 20. Sept. 1949, in ZAK 1949 S. 467.

¹ BuZPO 21 in Verbindung mit OG 40 gilt auch für das Bundesgericht als Verwaltungsgerichtshof.

² Meier S. 162; Fehr S. 217.

³ Guldener I S. 199.

⁴ Expertenbericht S. 174.

⁵ in Anlehnung an Keel S. 152.

⁶ analog dem Zivilprozeß, Guldener I S. 199.

⁷ Fehr S. 317.

b) Die im Zeitpunkte der Beschwerdeerhebung begründete Zuständigkeit der Rekursbehörde kommt auch bei Verlegung des Wohnsitzes des Rekurrenten in einen anderen Kanton nicht mehr in Wegfall (die sogenannte *perpetuatio fori*). Das wird wohl als selbstverständlich angesehen, weshalb die kant. PO (wie auch die ZPO) die *perpetuatio fori* nicht erwähnen⁸.

c) Eine *Änderung des Rechtsbegehrens* durch den Beschwerdeführer im AHV-Verfahren vor erster Instanz nach Eintritt der Rechtshängigkeit erscheint zulässig. Das folgt m. E. unmittelbar aus der das Verfahren beherrschenden *Offizialmaxime*^{9, 10}. Sodann ist dasselbe aber auch aus dem Grundsatz des «einfachen Verfahrens» abzuleiten¹¹. In einem Prozeß, in dem der Bürger ohne juristischen Beistand zu seinem Rechte kommen soll¹² müßte bei Verbot der Änderung der anhängig gemachten Klage dies in der Rechtsmittelbelehrung gesagt werden. Dem ist aber nicht so¹³.

Ausgeschlossen erscheint aber eine Änderung der Beschwerde einer ordentlich legitimierten Person durch eine *ad causam a. o.* legitimierte Person, da im Verhältnis der *legitimationes ad causam* zueinander das Prinzip der Exklusivität gilt¹⁴. Die *nachträgliche Verbesserung* der rechtshängigen Beschwerde stellt keine Änderung derselben dar. Das muß einmal aus dem bundesrechtlichen Grundsatz des einfachen Verfahrens abgeleitet werden, ist aber auch in verschiedenen Kantonen kraft ausdrücklicher Vorschrift geltendes Recht¹⁵. In diesen Kantonen weist die Rekurskommission, bzw. deren Präsident, die Beschwerdeschrift zur Verbesserung oder Änderung an den Rekurrenten zurück, wenn die Beschwerde eines oder mehrerer wesentlicher Bestandteile ermangelt. Die Beschwerde gilt also trotz des Mangels als rechtzeitig eingereicht und macht die Streitsache beim Gericht anhängig. Bei der Rückweisung der Beschwerdeschrift zur Verbesserung wird dem Rekurrenten eine angemessene richterliche Frist angesetzt, innert welcher die Beschwerde wieder einzureichen ist¹⁶. Einzig Glarus sieht hiefür eine

⁸ Guldener I S. 202.

⁹ cf. S. 70 ff.

¹⁰ Fehr S. 319.

¹¹ AHVG 85 II.

¹² Expertenbericht S. 174.

¹³ AHVV 128 II.

¹⁴ cf. S. 51 ff.

¹⁵ cf. Anm. 16.

¹⁶ Zürich 1 II PO.

Luzern 7 I PO.

Nidwalden 6 PO.

Glarus 9 PO.

St. Gallen 1 II PO.

Graubünden 9 PO.

Aargau 4 III PO.

Thurgau 14 I PO.

Waadt 14 I PO.

Wallis 11 I PO.

Genf 8 II PO.

gesetzliche Frist von 10 Tagen vor¹⁷. Im Kt. Solothurn besteht eine Spezialregelung: Die zu verbessernde Beschwerdeschrift wird an die Zweigstelle derjenigen Gemeinde überwiesen, in der der Beschwerdeführer wohnt. Es ist nun Aufgabe der Zweigstelle, die Beschwerde durch schriftliche oder mündlich zu Protokoll zu erklärende Ergänzungen des Beschwerdeführers zu komplettieren¹⁸.

d) Auch der *Rückzug der Beschwerde* erscheint nach einem Entscheide des EVG zulässig¹⁹. Ein Beschwerderückzug muß aber — wie das EVG in diesem Entscheide ausführte — eindeutig ausgesprochen werden. In concreto erachtete das EVG den Passus des Rechtsbegehrens, daß der Beschwerdeführer auf eine Rente (und damit auf die Beschwerde) verzichtete, wenn durch diese den «ganz Armen das Brot weggenommen» würde, nicht als eindeutig ausgesprochenen Beschwerderückzug.

e) Eine weitere Wirkung der Litispendenz ist die *Unabänderbarkeit einer Kassenverfügung* während der Rechtshängigkeit der Beschwerde bei der Rekurskommission. Das ergibt sich aus dem Devolutiveffekt (cf. 1) und aus der Ratio der Verwaltungsgerichtsbarkeit (cf. 2).

1. AHVG 84 II sagt, daß die Beschwerden in erster Instanz von einer kantonalen Rekursbehörde beurteilt werden. An Stelle der Verwaltungsbehörde tritt demnach die Justizbehörde: Das AHV-Verfahren wird durch den sogenannten Devolutiveffekt gekennzeichnet. Der Devolutiveffekt würde aber wirkungslos werden, wenn die rechtsanwendende Behörde, an deren Stelle eine andere Behörde getreten ist, während der Geltungsdauer des Devolutiv-effektes befugt wäre, erneut festzustellen, was Rechtens ist zwischen dem Versicherten und der AHV.

2. aa) Wäre die Kassenverfügung während der Rechtshängigkeit der Beschwerde abänderbar, so würde zwar der Zweck der Verwaltungsgerichtsbarkeit, insofern er den Rechtsschutz des Bürgers betrifft, teilweise ebenfalls erreicht, wenn die AK bei offensichtlich fehlerhaftem Verwaltungsakt eine neue Kassenverfügung erlassen würde, die dem Rechtsbegehren des Rekurrenten Rechnung tragen würde. Ein solches Verfahren bietet jedoch keinen genügenden Rechtsschutz. Es wäre z. B. möglich, daß fehlerhafte Verwaltungsakte erlassen würden, die im Momente der Beschwerdeerhebung durch die AK abgeändert würden²⁰. Die Verwaltungsbehör-

¹⁷ Glarus 9 PO.

¹⁸ Solothurn 86 III PO.

¹⁹ EVG i. S. A. U., vom 23. Dez. 1949, in ZAK 1950 S. 123/24.

²⁰ Das erscheint an und für sich zulässig (sogenannte isolierte Betrachtung), da Verfügungen der AK nicht in materielle Rechtskraft erwachsen. Die AK kann jederzeit auf eine Verfügung zurückkommen. Cf. Kantonsgericht Waadt

den könnten in diesem Falle abwarten, ob der Gewaltunterworfenen den Rechtsschutz begehrt und dann den fehlerhaften Verwaltungsakt abändern.

bb) Die Unabänderbarkeit einer Kassenverfügung ergibt sich auch aus einem weiteren Zwecke der Verwaltungsgerichtsbarkeit, nämlich aus der Verwirklichung des objektiven Rechts^{20a}. Es wäre z. B. möglich, daß die AK eine Beschwerde in vollem Umfange außergerichtlich anerkennen würde, die objektiv nur teilweise oder überhaupt nicht begründet wäre. Die Verwirklichung des objektiven Rechts wird aber nur dann gewährleistet, wenn die Rekurskommission das streitige Verwaltungsrechtsverhältnis nach allen Richtungen hin überprüfen kann.

Es bleibt der Verwaltungsbehörde aber unbenommen, eine Beschwerde ganz oder teilweise zu *anerkennen*. In diesem Falle muß die AK der Rekurskommission mitteilen, daß sie die Beschwerde für ganz oder für teilweise begründet halte²¹. Auf diese Anerkennung hin hat die Rekurskommission einen Beschluß zu fassen oder einen Entscheid zu fällen, worin von der Anerkennung der Beschwerde durch die AK Vormerk genommen wird. Würde das unterlassen, so wäre die Beschwerde immer noch rechtshängig und demzufolge eine Änderung der Kassenverfügung unzulässig.

II. Der Zeitpunkt des Eintrittes und das Ende der Rechtshängigkeit

a) Die Rechtshängigkeit und ihre Folgen treten in dem Zeitpunkte ein, in dem die Beschwerdeschrift bei der zuständigen Behörde *eingereicht* wird²². Einige Kantone sehen als Einreichungs-ort die AK vor²³. Hier tritt die Rechtshängigkeit mit der Einreichung der Beschwerde bei der AK, welche die angefochtene Verfügung erlassen hatte, ein. Diese Regelung vermag — vom Postulate eines umfassenden Rechtsschutzes aus gesehen — nicht zu befriedigen. Die Verwaltungsbehörden könnten dem Beschwerdeführer den Rückzug der Beschwerde nahelegen oder ihn durch indirekte Zwangsmittel beeinflussen, trotzdem die Beschwerde bereits rechtshängig ist! Die AK könnte z. B. dem Rekurrenten androhen, er hätte eine Kostenaufgabe wegen mutwilliger und leichtsinniger Beschwerdeführung zu gewärtigen, obwohl dies in concreto nicht zutreffen würde. Solche Mißbräuche gelangen kaum zur Kenntnis der richterlichen Instanzen, da die Rekurskommis-

i. S. B., vom 10. Nov. 1948, in ZAK 1949 S. 85; Fleiner S. 196 ff.; Bascho S. 65; Beetschen S. 68/69. EVG i. S. G. Brötje, vom 8. Mai 1951, in ZAK 1951 S. 334.

^{20a} Cf. S. 2.

²¹ KS Nr. 28 S. 7, Ziff. 3, lit. a.

²² Fehr S. 318; Meier S. 162; Baumgartner S. 156.

²³ cf. S. 57. Anm. 24.

sion erst durch die Mitteilung der AK Kenntnis von der Beschwerde erhält.

b) Der «Schwebezustand»²⁴ der Rechtshängigkeit wird beendet durch den Eintritt der formellen Rechtskraft des Entscheides²⁵.

B. Das Vorgehen der AK nach anhängig gemachter Beschwerde und die Beantwortung der Beschwerde

I. Das Vorgehen der AK nach anhängig gemachter Beschwerde

a) Das KS Nr. 28 vom 7. Mai 1948²⁶ empfiehlt den AK, mit dem Beschwerdeführer zu verhandeln. Dadurch lassen sich Mißverständnisse aufklären, und die Rekurskommissionen werden entlastet. Die Verhandlungen der AK mit dem Beschwerdeführer kann jedoch *keine Beschwerdevoraussetzung* sein. Das ergibt sich einmal aus der rechtlichen Natur der Kreisschreiben. Die KS des BSV sind administrative Weisungen an subordinierte Verwaltungsorgane²⁷. Sodann geht aus dem Wortlaut von AHVG 84 I hervor, daß gegen jede Verfügung einer AK der Beschwerdeweg ohne weitere Voraussetzung offen steht.

b) Will nun eine AK nach anhängig gemachter Beschwerde mit dem Rekurrenten verhandeln, so muß sie dies der Rekursinstanz *mitteilen* und eventuell um Fristerstreckung für die Vernehmlassung ersuchen²⁸. Anerkennt die AK die Beschwerde in vollem Umfange, so hat sie nach dem auf S. 65 dargelegten Verfahren vorzugehen. Bei teilweiser Anerkennung oder bei Nichtanerkennung der Beschwerde formuliert die Kasse ihre Vernehmlassung an die Rekursbehörde, womit das Verfahren vor der Rekurskommission seinen Fortgang nimmt²⁹.

II. Die Beantwortung der Beschwerde

Wie auf S. 44 festgestellt, handelt es beim Verfahren vor AHV-Verwaltungsgericht formal um ein Zweiparteienverfahren. Auf der einen Seite steht der Beschwerdeführer und auf der anderen die AK, die die angefochtene Verfügung erlassen hatte. Es entspricht nun dem Grundsatz des *rechtlichen Gehörs*, daß in einem geordneten Verfahren beide Parteien ihre Auffassungen in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht darlegen können³⁰. Dem Beschwerdeführer ist durch die Einreichung der Beschwerdeschrift Gelegen-

²⁴ Fehr S. 317.

²⁵ Guldener I S. 208.

²⁶ cf. ZAK 1949 S. 26/27.

²⁷ cf. S. 15.

²⁸ KS Nr. 28 S. 6 II 1.

²⁹ KS Nr. 28 S. 6 Ziff. II 2.

³⁰ Guldener I S. 122.

heit gegeben, seine Auffassung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht dem Gerichte kundzutun und sie zu begründen³¹. Nach dem Eingang der Beschwerde an zuständiger Stelle muß sich aber auch die Verwaltungsbehörde, welche den angefochtenen Verwaltungsakt erlassen hatte, zum Vorbringen des Beschwerdeführers äußern können.

a) Die Beantwortung der Beschwerde durch die AK (die sogenannte Vernehmlassung, les observations, gli osservazioni)

1. Das Verfahren wird durch das kant. Recht geregelt. Diejenigen Kantone, die als Einreichungsort der Beschwerde die Rekurskommission vorgesehen haben, bestimmen, daß die Rekurskommission bzw. deren Präsident oder Sekretär die Beschwerde der zuständigen AK zur Vernehmlassung übermitteln³². In den übrigen Kantonen muß die Beschwerde bei der zuständigen AK eingereicht werden^{33, 34}. Die AK ist nun kraft positiver kant. Vorschrift verpflichtet, innert einer bestimmten Frist seit Eingang der Beschwerdeschrift ihre Vernehmlassung zu formulieren und dieselbe zusammen mit der Beschwerdeschrift der Rekurskommission zu übermitteln³⁵. Das gilt selbstverständlich für die AK des Bundes, der Kantone und der Verbände. Einige Kantone, die als Einreichungsort grundsätzlich die Rekurskommission kennen, legen fest, daß eine bei der AK eingereichte Beschwerde ebenfalls mit der Vernehmlassung versehen an die Rekurskommission weitergeleitet werden muß³⁶. Das bedeutet rechtlich, daß in diesen Kantonen eine Beschwerde sowohl bei der Rekurskommission als auch bei der zuständigen AK eingereicht werden kann.³⁷

2. Die Vernehmlassung ist innert bestimmter Frist nach Überweisung der Beschwerde an die AK oder nach Eingang der Be-

³¹ cf. § 8 S. 53.

³² Zürich 3 I PO.

Uri 8 PO.

Schwyz 5 I PO.

Nidwalden 9 I PO.

Obwalden 4 I PO.

Glarus 12 I PO.

Zug 10 I PO.

Freiburg 14 I PO.

Solothurn 87 I PO.

³³ cf. S. 57. Anm. 24.

³⁴ cf. S. 65.

³⁵ Bern 17 I EG.

Luzern 6 PO.

Basel-Stadt 4 III PO.

Basel-Land 7 II PO.

³⁶ Zürich 3 II PO.

Obwalden 4 II PO.

Zug 10 II PO.

³⁷ cf. S. 56 f.

Appenzell I.-Rh. 5 I PO.

St. Gallen 3 PO.

Graubünden 12 PO.

Aargau 5 I PO.

Thurgau 4 I PO.

Wallis 9 I PO.

Neuenburg 3 II PO.

Genf 10 PO.

Schaffhausen 3 I PO.

Appenzell A.-Rh. 4 I PO.

Tessin 6 I PO.

Vaud 12 I PO.

Appenzell I.-Rh. 5 II PO.

Wallis 9 II PO.

schwerde bei der AK der Rekurskommission einzureichen. Die Frist ist in den meisten Kantonen eine gesetzliche und beträgt 1 Woche³⁸, 10 Tage³⁹, 20 Tage⁴⁰ oder 30 Tage⁴¹. In den Kantonen Graubünden⁴² und Genf⁴³ setzt der Richter die Frist zur Vernehmlassung an. Während richterliche Fristen aus zureichenden, glaubhaft zu machenden Gründen erstreckt werden können, sofern das Fristerstreckungsgesuch vor Ablauf der Frist gestellt wird⁴⁴, ist die Fristerstreckung bei gesetzlichen Fristen nur insofern möglich, als das Gesetz sie vorsieht. So legt die Mehrzahl der Kantone fest, daß die Frist auf begründetes Gesuch hin erstreckt werden kann⁴⁵. Drei Kantone schreiben vor, daß die Frist um höchstens 10 Tage erstreckt werden darf⁴⁶.

In praxi sind diese Fristen jedoch meist zu *knapp* bemessen. So lädt die Rekurskommission des Kt.Uri die AK zur Vernehmlassung ein, ohne ihr eine bestimmte Frist anzusetzen. Dies entgegen dem klaren Wortlaut von PO 8. Liegt eine Vernehmlassung, die nach dem Ermessen des Präsidenten eingereicht werden sollte, noch nicht vor, so wird die AK zur Einreichung aufgefordert⁴⁷. Im Kanton Zug erstreckte die Rekurskommission den Verbands-AK die Frist zur Einreichung von Vernehmlassungen generell auf 30 Tage, da die gesetzliche Frist von 10 Tagen in schwierigen Fällen und bei Arbeitsüberlastung der AK nicht ausreichte⁴⁸. Der Sekretär der Rekurskommission des Kt.Neuenburg wies ebenfalls dar-

38 Appenzell A.-Rh. 4 I PO; Freiburg 14 I PO.

39 Zürich 5 I und II PO. Appenzell I.-Rh. 5 I PO.
Uri 8 PO. St. Gallen 3 PO.

Schwyz 5 I PO.

Nidwalden 9 I PO.

Obwalden 4 I und II PO.

Glarus 12 I PO.

Zug 10 I und II PO.

40 Solothurn 87 I PO.

Basel-Land 7 II PO.

Schaffhausen 3 I PO.

41 Basel-Stadt 4 III PO.

42 PO 12.

43 PO 10.

44 Guldener I S. 180.

45 Nidwalden 9 I PO.

Obwalden 4 I PO.

Glarus 12 III PO.

Solothurn 87 I PO.

Appenzell I.-Rh. 5 I und II PO.

St. Gallen 3 PO.

Graubünden 12 PO.

Aargau 5 I PO.

46 Aargau 5 I PO.

Thurgau 4 I PO.

Tessin 6 I PO.

47 Brief des Präsidenten der Rekurskommission vom 14. August 1950.

48 Brief des Sekretärs der Rekurskommission vom 31. August 1950.

Thurgau 4 I PO.

Wallis 9 I PO.

Neuenburg 3 II PO.

Basel-Stadt 4 III PO.

Basel-Land 7 II PO.

Tessin 6 I PO.

Waadt 12 II PO.

auf hin, daß die 10tägige Frist zur Einreichung der Vernehmlassung in den meisten Fällen nicht genügt⁴⁹.

3. Die AK kann in der Vernehmlassung die Abweisung, die vollständige Anerkennung oder die teilweise Anerkennung der Beschwerde beantragen. Im letzteren Falle sind im Rechtsbegehren die Punkte der strittigen Kassenverfügung anzugeben, auf die sich die Anerkennung bezieht⁵⁰.

4. Alle Kantone, außer Appenzell A.-Rh.⁵¹, verpflichten die AK, *sämtliche Akten*, die sich auf den Beschwerdefall beziehen, gleichzeitig mit der Vernehmlassung der Rekursbehörde vorzulegen. Ist eine Vernehmlassung an die Rekurskommission des Kt. Luzern zu richten, so müssen der Rekurskommission auch noch das Datum der Zustellung der angefochtenen Verfügung und der Eingang oder die Postaufgabe der Beschwerde mitgeteilt werden⁵². Eine Vernehmlassung an das Tribunal Cantonal des Kt. Waadt hat zusätzlich eine Bestätigung des Empfanges der Beschwerde zu enthalten, insofern die Beschwerde durch Vermittlung der Post eingereicht wurde, ist auch der die Beschwerde enthaltende Briefumschlag beizulegen⁵³.

b) Die Beantwortung der Beschwerde durch andere Beteiligte

Einige PO sehen vor, daß die Beschwerde auch von allfälligen weiteren Beschwerdegegnern (Beschwerdebeklagte, andere Beteiligte, Drittinteressenten) beantwortet werden kann⁵⁴. Bei unselbstständig Erwerbenden kommt besonders der Arbeitgeber in die Lage, sich zur Beschwerde zu äußern⁵⁵, und bei Selbständigerwerbenden die Steuerbehörde. Ebenso kann es zur Abklärung des Sachverhaltes dienen, wenn nach einem Kassenwechsel diejenige AK, welcher der Rekurrent früher angeschlossen war, zur Vernehmlassung eingeladen wird.

C. Die Wirkung der Beschwerde auf die Kassenverfügung

Auszugehen ist davon, daß Kassenverfügungen nach Erlangung der formellen Rechtskraft vollstreckbar werden⁵⁶. Verfügungen

⁵² PO 6.

⁴⁹ Brief vom 14. August 1950.

⁵⁰ KS Nr. 28 S. 7 Ziff. 3 lit. a.

⁵¹ PO 4 I.

⁵³ PO 11.

⁵⁴ Zürich 3 I PO.

Uri 8 PO.

Schwyz 5 I PO.

Nidwalden 9 II PO.

Zug 10 I PO.

Solothurn 87 II PO.

Appenzell I.-Rh. 5 I PO.⁴

Graubünden 12 PO.

Aargau 5 II PO.

Thurgau 4 I PO.

Genf 10 PO.

⁵⁵ cf. ZAK 1948 S. 177/78.

⁵⁶ AHVG 97 II; SchKG 80; Meier S. 165; Hagenbüchle S. 21 unten.

der AK erwachsen in formelle Rechtskraft, sofern gegen sie innert nützlicher Frist keine Beschwerde erhoben wird oder eine erhobene Beschwerde abgewiesen worden ist⁵⁷. Somit ist eine Kassenverfügung während der Rechtshängigkeit der Beschwerde nicht vollstreckbar. Seit der Revision der AHVV vom 20. April 1951 muß sich diese Arbeit nicht mehr mit dem «Problem» befassen, inwieweit einer nicht vollstreckbaren Verfügung aufschiebende Wirkung zugelegt werden kann, da AHVV 204 aufgehoben wurde.

§ 11. Die Erhaltung des Prozeßstoffes

A. Die Oficialmaxime

I. Die Rechtsordnung soll ein geordnetes Zusammenleben der Rechtsgenossen gewährleisten. Das ist jedoch nur insofern möglich, als die durch das Recht gesetzte Ordnung dem Einzelnen gegenüber erzwungen werden kann¹. Vor der Erzwungung des Rechts muß jedoch festgestellt werden, was im einzelnen Falle Rechtens ist. Diese verbindliche Feststellung ist die Aufgabe der hierzu bestimmten Staatsorgane. Ein Staatsorgan kann eine generell-abstrakte Norm nur insofern auf den Einzelfall anwenden, als es die faktischen Gegebenheiten des Einzelfalles kennt. M. a. W.: Die Kenntnis des Tatbestandes ist die logische Voraussetzung der Anwendung des Rechts².

Die Rechtsanwendung erfolgt auf dem Gebiete des Verwaltungsrechts kraft zwingenden Rechts³. Wenn aber die Rechtsanwendung von Amtes wegen zu erfolgen hat, so muß auch die logische Voraussetzung der Rechtsanwendung, das Feststellen des Tatbestandes, ex officio erfolgen⁴.

II. Im Verfahren vor den Rechtspflegeinstanzen auf dem Gebiete der schweizerischen Sozialversicherung mußte und muß der Tatbestand stets von Amtes wegen erforscht werden. Das erklärt sich — rechtspolitisch gesehen — daraus, daß die Sozialversicherung zu den Institutionen des «Wohlfahrtsstaates» zu zählen ist. Die Fürsorge im Wohlfahrtsstaate erstreckt sich nicht nur auf die Sicherung der ökonomischen Lage des Bürgers, sondern auch auf die Prozeßführung vor den Gerichten⁵. Wenn diese Tendenz für das Verfahren vor den Zivilgerichten nicht ohne Bedenken ist⁶, so ist die Anwendung der Oficialmaxime im Verfahren vor Verwal-

⁵⁷ AHVG 97 I.

¹ Burckhardt S. 137 ff., 144 ff.; Kelsen S. 28.

² Liechi S. 38.

³ Blumenstein I S. 321; Bascho S. 47.

⁴ cf. Anm. 7.

⁵ Guldener S. 121.

⁶ Guldener S. 121 Anm. 14; v. Büren SJZ 46 S. 16.

tungsgerichten eine Konsequenz der zwingenden Natur des Verwaltungsrechts⁷. So gilt die Oficialmaxime im Verfahren vor den kant. Versicherungsgerichten⁸ und im Verfahren vor dem EVG⁹; ebenso beherrschte die Oficialmaxime das Beschwerdeverfahren der Schieds- und Aufsichtskommissionen in der LVEO¹⁰ und in der Übergangsordnung zur AHV¹¹.

III. Die Oficialmaxime oder Untersuchungsmaxime¹² (im Gegensatz zu der im ZP vorherrschenden Verhandlungsmaxime) ist im AHV-Verfahren vor 1. Instanz der leitende Grundsatz, nach welchem der Richter *von Amtes wegen*

- a) feststellen muß, ob die Prozeßvoraussetzungen gegeben seien,
- b) den Prozeßstoff neben den Parteien beschaffen muß und
- c) aus den Akten ersichtliche offenkundige Versehen berücksichtigen muß.

a) Die Prozeßvoraussetzungen sind auf seiten des Gerichtes die Zuständigkeit des Gerichtes¹³ und auf seiten der Parteien die Partei- und Prozeßfähigkeit¹⁴. Der Präsident der Rekurskommission prüft vor Annahme des Instruktionsverfahrens von Amtes wegen, ob die Prozeßvoraussetzungen gegeben seien¹⁵.

b) 1. Die *Sammlung des Prozeßstoffes* hat durch die AHV-Rekursinstanzen von Amtes wegen zu erfolgen¹⁶, das heißt, eine AHV-Rekursbehörde kann, ungeachtet der Parteianträge, von Amtes wegen den Tatbestand ermitteln¹⁷. Der Grundsatz der Prozeß-

⁷ Meier S. 168; Blumenstein I S. 321; cf. S. 70.

⁸ Elsener S. 48 ff.

Bundesgesetz über die Militärversicherung, vom 20. September 1949, Art. 56 I lit. b und c.

⁹ OB 136.

¹⁰ GRV 5 II; GRAK 6 I; Entscheid i. S. E. Borne, vom 23. April 1941, in ZLV 1941 S. 194.

¹¹ BRB 19 IV; AV 25; Ziff. 149 der Wegleitung zur Übergangsordnung, vom Januar 1947, herausgegeben vom BSV.

¹² Blumenstein I S. 321; Fleiner S. 262; Ruck S. 168; Giacometti II S. 178.

¹³ cf. 23 ff. und 26 ff.

¹⁴ cf. S. 42 ff. und S. 44 ff.

¹⁵ cf. S. 22 ff.

¹⁶ Zürich 4 I PO.

Bern 17 II u. 18 I EG.

Luzern 9 PO.

Uri 12 I PO.

Schwyz 9 PO.

Nidwalden 10 PO.

Obwalden 6 III PO.

Glarus 13 PO.

Zug 12 I PO.

Freiburg 16 I PO.

Solothurn 87 II PO.

Basel-Stadt 8 I PO.

Basel-Land 9 I PO.

Schaffhausen 4 I PO.

Appenzell I.-Rh. 4 OV u. 136 OB u. 7 PO.

Appenzell I.-Rh. 6 I PO.

St. Gallen 4 PO.

Graubünden 13 PO.

Aargau 6 PO.

Thurgau 4 I PO.

Tessin 6 II PO.

Waadt 16 II PO.

Wallis 11 II PO.

Neuenburg 7 I PO.

Genf 11 I PO.

¹⁷ Kantonsgericht Waadt i. S. Violet, vom 8. Juli 1948, in ZAK 1948 S. 416.

ökonomie verlangt jedoch, daß die Rekurskommission nur insofern den Tatbestand selbständig erforscht, als die Angaben des Beschwerdeführers unvollständig, unglaubwürdig oder widerspruchsvoll sind¹⁸.

Der Richter bestimmt somit, was als Prozeßstoff beigezogen und in welchem Umfange er benutzt werden soll¹⁹. Diesem Untersuchungsrecht steht auch eine Untersuchungspflicht gegenüber, die aber keine unbegrenzte sein kann. Vielmehr deutet die von den kantonalen PO geforderte Begründung des Rechtsbegehrens²⁰ und die geforderte Beilage oder Bezeichnung von Beweismitteln²¹ darauf hin, daß die Parteien von Gesetzes wegen verpflichtet sind, bei der Sammlung des Prozeßstoffes mitzuwirken²².

2. Die Erforschung des Tatbestandes von Amtes wegen findet insofern eine Grenze, als die Abklärung gewisser Tatbestände einen Erkennungsdienst seitens der Rekursinstanz erfordern würde, der in keinem Verhältnis zur Streitsache stehen würde. So hat der Arbeitnehmer, der sich um eine Übergangsaltersrente bewirbt, die von ihm vom Gericht verlangten Lohnausweise beizubringen, andernfalls sich nicht feststellen läßt, ob die Voraussetzungen für Übergangsrente erfüllt sind²³. Ebenso «kann es nicht Aufgabe einer kant. Rekurskommission sein, in einem hängigen Verfahren mit Bezug auf die Schätzung einzelner Vermögensfaktoren von sich aus nach möglichen Fehlerquellen zu fahnden. Vielmehr muß es grundsätzlich dem Versicherten überlassen bleiben, selber konkrete Beschwerdepunkte namhaft zu machen und den Beweis für seine Behauptungen anzutreten»²⁴. — Herabsetzungsgesuche nach AHVG 11 und AHVV 31 I müssen so ausführlich begründet werden, daß die zuständigen Behörden in der Lage sind, durch eigene Erhebungen zu prüfen, ob die geltend gemachten Herabsetzungsgründe gegeben sind und wieweit sie eine Herabsetzung der Beiträge rechtfertigen²⁵. Ebenso muß ein Selbständigerwerbender, der nach AHVV 216 Herabsetzung der Beiträge verlangt, sein Gesuch hinlänglich begründen, da es nicht Sache der Behörden sein kann, den Betrieb eines Beitragspflichtigen dahin zu kontrollieren, ob und eventuell wieviel weniger darin verdient wird als früher²⁶.

¹⁸ EVG i. S. Gétaz, vom 7. September 1946, in ZAK 1946, S. 634. «Die Bedeutung der Offizialmaxime im Rekursverfahren», in ZAK 1947 S. 447.

¹⁹ Blumenstein Diss. S. 26.

²⁰ cf. S. 55.

²¹ cf. S. 56.

²² Blumenstein Diss. S. 54; Guldener I S. 119.

²³ Rekurskommission Luzern i. S. Schärli, vom 29. November 1948, in ZAK 1949 S. 133/34.

²⁴ EVGE 1949 I S. 77.

²⁵ EVG i. S. Barjon, vom 1. März 1949, in ZAK 1949 S. 175/76.

²⁶ EVG i. S. Weber, vom 28. Juni 1949, in ZAK 1949 S. 372.

3. Die zur Abklärung des Tatbestandes erforderlichen Erhebungen werden in der Regel durch den Präsidenten, ein Mitglied der Rekurskommission (Referent) oder durch das Sekretariat der Rekurskommission vorgenommen. Der Präsident der Rekurskommission des Kt. Luzern kann auch die AK mit der Abklärung des Tatbestandes beauftragen²⁷. Im Kanton Basel-Land können Amtsstellen des Kantons und der Gemeinden mit den erforderlichen Untersuchungen beauftragt werden²⁸. Im Kanton Neuenburg ist das Département de l'Industrie Untersuchungsorgan, falls die angefochtene Verfügung durch die kant. AK erlassen wurde, in allen anderen Beschwerdefällen übernimmt die kant. AK die Vervollständigung der Akten²⁹.

Die AHV-Rekursinstanzen können sich zur Abklärung des Tatbestandes insofern der Kantone und der Gemeinden bedienen, als diese kraft Bundesrecht verpflichtet sind, den Rekurskommissionen kostenlos Auskünfte zu erteilen³⁰. Diese Auskunftspflicht erstreckt sich jedoch nur auf Informationen, die für die Durchführung des ersten Teils des AHVG (AHVG 1—101) erforderlich sind. Das ergibt sich aus dem Wortlaut von AHVG 93, ist jedoch für die Rechtspflege irrelevant.

c) Nach der Rechtsprechung des EVG umfaßt der Grundsatz der Offizialmaxime auch die Berechtigung und die Pflicht der AHV-Rekursbehörden, aus den Akten ersichtliche *offenkundige Versehen von Amtes wegen* zu berücksichtigen³¹. Im Interesse der gleichen Rechtsanwendung sind solche Berichtigungen vorzunehmen. Ein diesbezügliches Begehren seitens des Beschwerdeführers ist nicht erforderlich.

B. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs

Der Anspruch der Parteien auf das rechtliche Gehör bildet das Korrelat zur richterlichen Pflicht, den Tatbestand von Amtes wegen zu erforschen³². Keine kant. PO erwähnt den Anspruch der Parteien auf rechtliches Gehör. Das EVG hat jedoch in einem Entscheide festgehalten, daß die Parteien im Verfahren vor erster Instanz Anspruch auf rechtliches Gehör haben³³. In concreto han-

²⁷ PO 9.

²⁸ PO 9 II.

²⁹ PO 7 II.

³⁰ AHVG 93.

³¹ EVGE i. S. Thalmann, vom 19. April 1949, in ZAK 1949 S. 266.

EVG i. S. H. St., vom 2. Dezember 1949, in ZAK 1950 S. 83/84.

³² Wegleitung zur Übergangsordnung (cf. S. 71 Anm. 11) Ziff. 149; Geldener I S. 121 ff.

³³ EVG i. S. End, vom 7. Okt. 1948, in ZAK 1949 S. 37.

delte es sich um eine Beschwerde eines Rentenansprechers (Übergangsrente) gegen eine Rentenverfügung. Der Rentenansprecher bestritt die Richtigkeit der von der AK als Berechnungsgrundlage für die Übergangsrente verwendeten Veranlagung zur kant. Einkommenssteuer. Die kant. Rekurskommission gab in der Folge dem Beschwerdeführer keine Gelegenheit, die Unrichtigkeit der Veranlagung der Einkommensteuer zu beweisen. In dieser Unterlassung des Gerichtes erblickte das EVG eine Verweigerung des rechtlichen Gehörs³⁴.

C. Der Beweis

Beweis heißt «die Tätigkeit, welche darauf gerichtet ist, dem Gerichte die Überzeugung vom Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Tatsachen zu beschaffen»³⁵. In Abgrenzung des Beweises zur Untersuchung ist festzuhalten, daß der Beweis von bekannten, aber nicht als sicher festgestellten Tatsachen handelt, während die Untersuchung bezweckt, bisher unbekannte Tatsachen aufzudecken³⁶. Dieser Unterschied wird jedoch nur in wenigen PO berücksichtigt³⁷.

I. Die Beweislast

a) Das AHVG kennt keine allgemeinen Beweisregeln. Der Richter hat jedoch folgendes zu beachten: Die Oficialmaxime gebietet dem Richter die Erforschung der materiellen Wahrheit. Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Richter — neben der Feststellung neuer erheblicher Tatsachen — die «Übereinstimmung der tatsächlichen Behauptungen mit der Wirklichkeit feststellen»³⁸. Zur optimalen Erforschung des Tatbestandes gehört aber, daß der Richter einen Beweis derjenigen Partei auferlegt, von der er nach seiner Überzeugung erwarten darf, daß sie *am besten* in der Lage sein wird, die zu beweisende Tatsache klarzustellen³⁹. Dieser Grundsatz gilt jedoch nicht absolut. Nach Zug 14 I PO obliegt die Beweispflicht für einen Sachverhalt, der durch die Untersuchung nicht abgeklärt werden kann, derjenigen Partei, welche sich auf ihn beruft oder aus ihm Rechte ableitet. Auf dieser Maxime basieren die beiden folgenden Entscheide:

³⁴ cf. den analogen Entscheid in der Übergangsordnung i. S. Rubin, vom 23. Aug. 1946, in ZAK 1946 S. 634.

³⁵ Waldvogel S. 21; Guldener I S. 283.

³⁶ Waldvogel S. 21.

³⁷ Nidwalden 10 PO.

Zug 12 I PO.

Basel-Stadt 8 PO.

Basel-Land 9 PO.

Schaffhausen 4 I PO.

Tessin 6 II PO.

Genf 11 I PO.

³⁸ Waldvogel S. 21 verwendete diese Formulierung.

³⁹ Waldvogel S. 62/63.

1. Eine Schuld kann nur als Passivum anerkannt werden, insofern der Beschwerdeführer deren Bestand beweist⁴⁰.
2. Von Globalansätzen zur Ermittlung des landwirtschaftlichen Einkommens darf nur abgewichen werden, insofern der Beschwerdeführer beweist, daß die Globalansätze (Durchschnittszahlen) in keiner Weise den Tatsachen entsprechen⁴¹.

Wenn aber die Beweislast nicht nach den Regeln des materiellen Rechts, sondern ausschließlich *nach Zweckmäßigkeitsgründen des formellen Rechts* den Parteien auferlegt wird, so folgt daraus, daß die Nichterbringung eines Beweises durch die beweisbelastete Partei nicht notwendigerweise einen Entscheid zuungunsten der beweisbelasteten Partei zur Folge haben darf. Die Rekursinstanz wird dann die Beschwerde auf Grund der Akten und der angestellten Untersuchungen beurteilen müssen⁴².

b) In mehreren Entscheiden stellte das EVG den Grundsatz auf, daß derjenige Versicherte, der eine auf Grund einer rechtskräftigen Steuertaxation erlassene Verfügung anfecht, beweispflichtig ist für die Unrichtigkeit der Steuertaxation⁴³. Das EVG knüpft in der Begründung der Beweispflicht des Versicherten für die Unrichtigkeit einer auf Grund einer rechtskräftigen Steuertaxation erlassenen Verfügung an die Rechtskraft der Steuertaxation an:

«Indessen muß sich der Rechtskraftcharakter der Wehrsteuerveranlagung immerhin in beweislicher Hinsicht auswirken. Wenn gleich die Rechtskraft nicht auch die einzelnen Elemente der Steuerveranlagung erfaßt, so kommt ihnen doch, weil zuhanden einer Amtsstelle ermittelt, besonderes Gewicht zu. Die Analogie zu einer öffentlichen Urkunde liegt auf der Hand. Die Vermutung spricht für die Richtigkeit ihres Inhaltes, solange nicht die Unrichtigkeit überzeugend nachgewiesen ist. Die Gegenbeweismittel sind nicht von Amtes wegen zu beschaffen, sondern es ist Sache des Versicherten, sie beizubringen⁴⁴.»

c) Die kant. PO enthalten, mit Ausnahme der bereits erwähnten Kantone Zug und Wallis, keine Bestimmungen über die Beweislast. Sie legen lediglich fest, daß der Präsident oder der Re-

⁴⁰ Rekurskommission Freiburg i. S. Gerbex, vom 22. Okt. 1948, in ZAK 1948 S. 84.

⁴¹ EVG i. S. Mettan, vom 25. Februar 1949, in ZAK 1949 S. 217 und in EVGE 1949 I S. 110.

⁴² Zug 14 II PO; Wallis 12 PO.

⁴³ EVG i. S. Desbioles, vom 26. März 1949, in ZAK 1949 S. 259/60.

EVG i. S. Petermann, vom 14. Februar 1949, in ZAK 1949 S. 129 und in EVGE 1949 S. 63.

EVG i. S. Macquat, vom 22. Februar 1949, in ZAK 1949 S. 265.

Rekurskommission Luzern i. S. Schneeberger, vom 7. August 1948, in ZAK 1948 S. 416.

EVG i. S. E. Laube, vom 30. März 1951.

⁴⁴ EVGE 1949 S. 62/63.

⁴⁵ Schaffhausen 4 I PO; Appenzell A.-Rh. 7 PO in Verbindung mit OV 4 und OB 136.

ferent oder der Sekretär die erforderlichen Beweisverfügungen trifft⁴⁵ oder die erforderlichen Beweiserhebungen vornimmt⁴⁶.

II. Die Beweismittel

a) Unter Beweismitteln sind die Objekte (Personen oder Sachen) zu verstehen, die in den Prozeß eingeführt werden, um das Gericht vom Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Tatsache zu überzeugen⁴⁷. Die Mehrzahl der Kantone bezeichnet die zulässigen Beweismittel einzeln. In der Regel sind Beweismittel: Amtliche Berichte, Urkunden, Gutachten von Sachverständigen, Einvernahmen von Parteien (Parteibefragung) und Zeugen⁴⁸. In den Kantonen Zürich, Appenzell I.-Rh., Thurgau und Tessin werden der Augenschein, das Gutachten und die Zeugeneinvernahmen nur ausnahmsweise zugelassen⁴⁹. Einzelne Kantone verweisen auf die Bestimmungen über den Beweis in ihren ZPO⁵⁰, Bern auf das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 31. Oktober 1909⁵¹ und Luzern auf die Verordnung über die Organisation der kant. Steuerrekurskommission und das Rekursverfahren vom 15. Januar 1948⁵². Bestimmungen über testes inhabiles, das Zeugnisverweigerungsrecht, die Form der Zeugeneinvernahme und die Editions-pflicht fehlen. Glarus⁵³ und Graubünden⁵⁴ verpflichten die Parteien, die ihnen bekannten Tatsachen dem Gerichte mitzuteilen. Freiburg bestimmt, daß die Vorladungen von Parteien und Zeu-

⁴⁶ Zürich 4 I PO.
Bern 17 II EG.
Luzern 9 PO.
Uri 10 I PO.
Schwyz 5 II PO.
Nidwalden 10 PO.
Glarus 13 PO.
Obwalden 4 IV PO.
Zug 12 PO.
Freiburg 16 I PO.
Solothurn 87 II PO.

⁴⁷ Guldener I S. 285.
⁴⁸ Zürich 4 II PO.
Luzern 9 PO.
Uri 10 II PO.
Nidwalden 10 PO.
Obwalden 6 III PO.
Glarus 14 PO.
Zug 12 II PO.
Freiburg 16 I PO.
Solothurn 47 ff., 32 ff.,
53 ff., 39 ff., PO.

⁴⁹ Zürich 4 II, Appenzell I.-Rh. 6 II PO, Thurgau 8 I PO, Tessin 11 I PO.

⁵⁰ Basel-Land 9 I PO, St. Gallen 12 PO, Aargau 10 PO.

⁵¹ EG 20.

⁵² PO 3.

⁵³ PO 15.

⁵⁴ PO 15.

Basel-Stadt 8 II PO.
Basel-Land 9 II PO.
Appenzell I.-Rh. 6 II PO.
St. Gallen 4 PO.
Graubünden 13 PO.
Aargau 6 I PO.
Thurgau 4 I PO 4. Satz.
Tessin 6 II PO.
Waadt 16 I PO.
Wallis 11 I PO.
Neuenburg 7 I PO.

Appenzell I.-Rh. 6 II PO.
Graubünden 14 PO.
Thurgau 8 I PO.
Tessin 11 I PO.
Waadt 16 III PO.
Wallis 11 II PO.
Genf 11 I PO.

gen durch eingeschriebenen Brief, durch den Gerichtsweibel oder durch die Polizei erfolgen kann⁵⁵. Eine analoge Regelung findet sich im Kanton Waadt⁵⁶; außerdem kann im Kt. Waadt ein Zeuge, der ungeachtet der in der Vorladung enthaltenen Strafandrohung nicht zur Aussage erscheint, mit Buße bis zu Fr. 150.— bestraft werden. Gegen eine solche Bußenverfügung kann der Zeuge an die *Chambre de Recours* des Kantonsgerichtes Beschwerde einlegen⁵⁷.

b) Die Beweismittel sind der Beschwerde beizulegen oder in der Beschwerdeschrift zu bezeichnen⁵⁸. Zug und Uri sehen vor, daß die Einreichung neuer Beweismittel nach Abschluß des Schriftenwechsels mit der AK gestattet ist, wenn sie zur Abklärung des Tatbestandes dient und keine ungebührliche Verzögerung des Verfahrens zur Folge hat⁵⁹. In den anderen Kantonen muß die nachträgliche Einreichung neuer Beweismittel zulässig sein, wenn der Richter das betreffende Beweisthema als erheblich für die Beurteilung der Streitsache erachtet. Das folgt aus der Untersuchungspflicht des Richters⁶⁰ und aus dem Prinzip der Erforschung der materiellen Wahrheit⁶¹.

III. Die Beweiswürdigung

Der Beweis dient dem Gerichte zur Erlangung von Beweisgründen. Diese eigenen Wahrnehmungen der Richter müssen in ihnen die Überzeugung schaffen, auf Grund deren sie eine Tatsache als vorhanden oder nicht vorhanden betrachten⁶². In der Würdigung der Beweise sind die AHV-Rekursinstanzen frei, d. h. die Rekurskommission würdigt nach freiem Ermessen ohne irgendwelche Bindung, ob ein Beweis für eine feststellungsbedürftige Tatsache geleistet wurde oder gescheitert ist⁶³.

⁵⁵ 16 II PO.

⁵⁶ PO 16 III.

⁵⁷ PO 19 II.

⁵⁸ cf. S. 56.

⁵⁹ Uri 7 II PO; Zug 13 PO.

⁶⁰ cf. S. 71 ff.

⁶¹ Waldvogel S. 46.

⁶² Guldener I S. 285; Waldvogel S. 46.

⁶³ Zürich 101 ZPO in Verbindung mit 11 PO.

Uri 172 ZPO in Verbindung mit 12 II PO.

Schwyz 9 PO.

Obwalden 6 III PO.

Glarus 16 PO.

Zug 15 PO.

Freiburg 16 III PO.

Solothurn 29 I PO.

Basel-Stadt 137, 153 ZPO

in Verb. mit 9 PO.

Basel-Land 135 ZPO

in Verb. mit 9 I PO.

Schaffhausen 4 I PO.

Appenzell A.-Rh. 59 OB in Verb. mit

4 OV und 7 PO.

St. Gallen 5 I PO.

Graubünden 16 PO.

Aargau 147 ZPO in Verbindung mit 10 PO.

Tessin 11 II PO.

Wallis 13 PO.

§ 12. Die Parteiverhandlungen und das Entscheidungsverfahren

A. Die Parteiverhandlungen

Die Frage, ob die Parteien zu Verhandlungen vorgeladen werden müssen oder nicht, wird nicht von allen PO beantwortet. Mehrere Kantone sagen, daß die Parteien zu Verhandlungen vorzuladen seien, falls es die Umstände rechtfertigen². Zürich lädt die Parteien zu Verhandlungen vor, wenn eine Partei ausdrücklich verlangt, sich zur Streitsache mündlich zu äußern³. Im Kt. Basel-Stadt findet in der Regel eine mündliche Verhandlung statt, zu der die Parteien persönlich erscheinen müssen⁴. Der Präsident der Rekurskommission kann jedoch von dieser Pflicht entbinden⁵. Die Rekurskommission entscheidet dann auf Grund der festgestellten Tatsachen⁶. Ist aber eine zur Verhandlung nicht erschienene Partei durch einen solchen Entscheid «beschwert», so kann sie innert 10 Tagen seit dessen Zustellung eine neue Verhandlung begehren, falls sie triftige Gründe für ihr Fernbleiben glaubhaft zu machen vermag⁷. Der Präsident der Rekurskommission Basel-Stadt entscheidet endgültig über ein solches Begehren. Im Kt. Appenzell A.-Rh. ist dem Rekurrenten das Erscheinen vor der Rekurskommission freigestellt. Bei Nichterscheinen wird auf Grund der Akten entschieden. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens bei Vorliegen von wichtigen Gründen besteht hier im Gegensatz zu Basel-Stadt nicht⁸.

B. Das Entscheidungsverfahren

Durch das Instruktionsverfahren hat sich das Gericht den Prozeßstoff erwahrt. Das Gericht ist nun in der Lage, über die materielle Begründetheit oder Unbegründetheit der Beschwerde zu befinden. Gemäß der funktionellen Zuständigkeit fällt der Präsident als Einzelrichter oder das Kollegium den Entscheid⁹. Das Verfahren, das zur Ausfüllung des Entscheides führt, wurde von den Kantonen sehr verschieden ausgestaltet. Es lassen sich drei Hauptgruppen unterscheiden, die ihrerseits wieder in Untergruppen zerfallen.

¹ Das Entscheidungsverfahren wird auch Erkenntnisverfahren genannt.

² Zürich 7 PO.
Luzern 10 II PO.
Uri 13 PO.
Glarus 18 PO.
Zug 16 I PO.

Basel-Land 16 I PO.
St. Gallen 5 II PO.
Graubünden 18 II PO.
Thurgau 5 PO.

³ PO 7.

⁴ PO 10 I. ⁵ PO 11 I. ⁶ PO 11 II. ⁷ PO 11 III.

⁸ PO 4 III.

⁹ cf. S. 28.

I. Der Präsident der Rekurskommission oder der Referent setzt in der Regel die Akten zusammen mit einem begründeten schriftlichen Antrag bei den Mitgliedern der Rekurskommission in Zirkulation. Das ist das sogenannte *Zirkulationsverfahren*¹⁰. Kommt jedoch ein Entscheid auf dem Zirkulationswege nicht zustande, so hat eine mündliche Beratung der Kommission stattzufinden¹¹. Ebenso hat eine solche auf Verlangen eines Kommissionsmitgliedes stattzufinden.

II. a) Die Beratungen der Rekurskommission erfolgen *stets mündlich* in den Sitzungen¹³. Diese Kantone kennen die Fällung des Entscheides auf dem Zirkulationswege nicht. Das hängt mit der Tatsache zusammen, daß in diesen Kantonen bereits bestehende Gerichte mit der AHV-Rechtsprechung beauftragt wurden¹⁴.

b) Eine andere Gruppe von Kantonen sieht vor, daß *in der Regel mündliche Verhandlungen* der Rekurskommission stattfinden. Zirkulationsbeschlüsse dürfen nur unter bestimmten Voraussetzungen gefaßt werden. So sind Zirkulationsbeschlüsse im Kt. Uri nur zulässig in einfachen und klaren Fällen¹⁵, im Kt. Basel-Stadt in dringlichen und einfachen Fällen sowie bei Beschwerden betreffend Verwaltungskostenbeiträge und Bußen¹⁶, und im Kt. Basel-Land in dringlichen und einfachen Fällen, falls alle Mitglieder der Rekurskommission damit einverstanden sind¹⁷. Im Kt. St. Gallen sind Zirkulationsbeschlüsse zulässig, wenn alle Mitglieder dem gestellten Antrage zustimmen¹⁸. Der Kt. Obwalden sieht den Zirkulationsweg für jene Fälle vor, die keiner besonderen Beweiserhebung bedürfen¹⁹.

III. a) Eine dritte Gruppe von Kantonen legt die Art des Erkenntnisverfahrens nicht zum vornherein fest. In fünf Kantonen entscheidet der Präsident über die Art des Erkenntnisverfahrens²⁰. In Zürich und Appenzell I.-Rh. ist jedoch stets eine Sitzung anzusetzen, falls auf dem Zirkulationsweg ein Gegenantrag gestellt

10 Luzern 10 I PO, Schwyz 7 PO, Glarus 17 I PO, Neuenburg 5 I PO.

11 Luzern 10 II PO, Schwyz 8 PO.

12 Luzern 10 II PO, Schwyz 8 PO, Glarus 18 PO, Neuenburg 5 I PO.

13 Zug 16 I PO, Solothurn 88 PO, Schaffhausen 5 PO, Waadt 5 u. 15 III PO.

14 cf. S. 18.

15 PO 14.

16 PO 10 III.

17 PO 10 II.

18 PO 5 IV.

19 PO 7.

20 Zürich 8 I PO.

Appenzell I.-Rh. 8 I und II PO.

Solothurn 88 I PO.

Wallis 15 I und III PO.

Tessin 13 I PO.

wird²¹. Die Präsidenten der Rekurskommission des Kt. Wallis, des Kt. Graubünden und des Kt. Tessin müssen eine Sitzung auf Verlangen eines Mitgliedes einberufen²².

b) Zwei Kantone verlangen, daß Fragen von grundsätzlicher Bedeutung in einer Sitzung behandelt werden müssen²³.

In zehn Kantonen gilt gemäß PO der Grundsatz, daß die Verhandlungen der Rekurskommission nicht öffentlich sind²⁴. Solothurn bestimmt, daß die Parteiverhandlungen vor dem Gerichte öffentlich sind. Wenn aber wesentliche Interessen einer Partei oder die Rücksicht auf die Sittlichkeit es gebieten, so kann vom Prinzip der Öffentlichkeit abgewichen werden²⁵. Die Beratungen und Abstimmungen des Gerichtes finden jedoch in Abwesenheit der Parteien und des Publikums statt²⁶.

§ 13. Der Umfang der richterlichen Prüfung

A. Der Umfang der richterlichen Prüfung im allgemeinen

Die Überprüfbarkeit einer Verwaltungsverfügung durch ein Verwaltungsgericht kann graduell verschieden sein: Die richterliche Prüfung kann die *Rechtsfrage* oder die *Tatfrage* oder die *Ermessensfrage* umfassen, sie kann aber auch zwei oder alle drei Fragen zusammenfassen. Nach diesem Kriterium wird zwischen beschränkter und voller Verwaltungsgerichtsbarkeit unterschieden. Nach der Doktrin sind die Verwaltungsgerichte von der Überprüfung des freien Ermessens der Verwaltungsbehörden ausgeschlossen, da die Handhabung des freien Ermessens ein Stück materieller Verwaltungstätigkeit darstellt. Die Ausübung materieller Verwaltungstätigkeit durch die Justizbehörden aber widerspreche dem herrschenden Grundsatz der Gewaltentrennung¹.

Auf dem Gebiete der AHV besteht expressis verbis keine bundesrechtliche Vorschrift über den Umfang der richterlichen Prü-

²¹ Zürich 8 I und II PO; Appenzell I.-Rh. 8 II PO.

²² Graubünden 18 I PO; Wallis 15 III PO; Tessin 13 III PO.

²³ Appenzell A.-Rh. 4 III PO; Graubünden 18 I PO.

²⁴ Zürich 7 PO.

Obwalden 6 I PO.

Zug 16 III PO.

Freiburg 6 PO.

Basel-Stadt 10 II PO.

Appenzell A.-Rh. 5 IV PO.

St. Gallen 5 II PO.

Graubünden 18 III PO.

Thurgau 5 PO.

Wallis 15 III PO.

Genf 13 PO.

²⁵ PO 11 I.

²⁶ PO 11 II.

fung von Kassenverfügungen; die Kognitionsbefugnis des erstinstanzlichen Richters muß durch Auslegung des Bundesrechtes ermittelt werden. AHVG 84 I ist in dieser Hinsicht nicht nur auslegungsbedürftig, sondern auch auslegungsfähig.

1. Die AHV übernahm von der LVEO nicht nur die Organisation des Versicherungsträgers, sondern mit wenigen Änderungen — auch die Organisation der Rechtspflege². In der LVEO und in der Übergangsordnung zur AHV war die Beschwerde zulässig wegen Rechtsverletzung, wegen unrichtiger oder unvollständiger Feststellung des Sachverhaltes, sowie wegen Unangemessenheit. Der Kognition der Schiedskommissionen (1. Instanz) unterstand demnach auch das Ermessen der Verwaltungsbehörden³. Der Übernahme dieser Regelung durch die AHV stehen insofern keine Bedenken entgegen, als die Anfechtungsobjekte in der AHV formal und materiell denjenigen in der LVEO und in der Übergangsordnung analog sind.

2. AHVG 84 I lautet:

«Gegen die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verfügungen können die Betroffenen ... Beschwerde erheben.»

Diese Bestimmung garantiert dem von einer Verfügung betroffenen Bürger den Rechtsschutz schlechthin. Diese Garantie wird aber nur dann wirksam, wenn die der Verwaltung transzendente Kontrollbehörde die Beschwerde materiell überprüfen kann. Im Expertenbericht S. 173 ist gesagt, daß die AHV-Rekursinstanzen «sämtliche Streitigkeiten betreffend die Anwendung der Bestimmungen über die AHV zu entscheiden hätten». M. a. W.: Für die Rekursinstanzen besteht eine Pflicht, materiell auf alle Beschwerden einzutreten, sofern die Prozeßvoraussetzungen erfüllt sind. Die Kognitionsbefugnis kann daher nicht beschränkt sein. Wäre die Überprüfung des Ermessens durch die Verwaltungsgerichte ausgeschlossen, so könnte vor allem gegen drei Arten von Verfügungen wohl Rekurs erhoben werden, die Rekurskommission dürfte jedoch solche Beschwerden materiell nicht überprüfen. Es betrifft dies Verfügungen über die Herabsetzung und den Erlaß von Beiträgen⁴ und über die Zugehörigkeit von Angehörigen ausländi-

¹ Fleiner S. 257.
Jellinek S. 302 ff.
Nef IV S. 329a.
Blumenstein III S. 307.
Fehr S. 84/85.
Jöhr S. 19.

² cf. S. 5.

³ VW 26 II; GRV 3 II; AVEO 32 II; Wegleitung zur Übergangsordnung Ziff. 150.

⁴ AHVG 11; AHVV 216 I.

scher obligatorischer Altersversicherungen zur AHV⁵. Bei «Unzumutbarkeit» der Bezahlung von Beiträgen können die Beiträge herabgesetzt werden⁶ und bei Vorliegen von «großer Härte» erlassen werden⁷. Ausländer werden nicht dem Versicherungsobligatorium unterstellt, wenn der Einbezug in die AHV für sie eine «nicht zumutbare Doppelbelastung» bedeuten würde⁸. Das alles sind Ermessensfragen⁹. Der Herabsetzung von Beiträgen kommt besondere Bedeutung zu, da die Festsetzung der Rente bei Eintritt des Versicherungsfalles von der Höhe des durchschnittlichen Jahresbeitrages des Versicherten abhängt¹⁰.

Die AHV-Rekursinstanzen und die Beschwerdeinstanz entschieden eine größere Anzahl von Beschwerden, deren Anfechtungsgrund die Unangemessenheit war. In keinem Entscheide — soweit sie publiziert wurden — wird die Frage aufgeworfen, ob die AHV-Verwaltungsgerichte zur Überprüfung des Ermessens der Verwaltungsbehörden überhaupt befugt seien¹¹.

3. Die Berufungsinstanz, das EVG, entscheidet nicht nur über Rechts- und Tatfragen, sondern auch über Ermessensfragen¹². Wenn die Berufungsinstanz Ermessensfragen überprüfen darf, so ist hieraus zu schließen, daß die untere Instanz dies nicht nur ebenfalls tun darf, sondern geradezu verpflichtet ist, das zu tun. Wäre die Kognition der kant. Rekursbehörden auf die Rechts- und die Tatfrage beschränkt, so könnte eine Beschwerde, deren Anfechtungsgrund die Unangemessenheit wäre, von der ersten Instanz materiell nicht behandelt werden. Der Weiterzug an das EVG würde dann nicht zu *erneuter* Prüfung führen, da die kant. Rekurskommission die Sache materiell ja nicht hätte prüfen können. Das EVG würde in diesem Falle materiell als erste Instanz fungieren, obwohl formell eine Berufung gegen einen Entscheid der Vorinstanz vorläge. Dem widerspricht AHVG 84 II: Alle Beschwerden

⁵ AHVG 1 II lit. b.

⁶ AHVG 11 I.

⁷ AHVG 11 II.

⁸ AHVG 1 II lit. b.

⁹ Jöhr S. 44 ff.

¹⁰ AHVG 30 I.

¹¹ Kantonsgericht Waadt i. S. Rusillon, vom 25. November 1948, in ZAK 1949, S. 133.

EVG i. S. Gloor, vom 8. April 1949, in ZAK 1949 S. 213/14.

EVG i. S. R., vom 7. Dez. 1948, in ZAK 1949 S. 79/80.

EVG i. S. T., vom 31. Dez. 1948, in ZAK 1949 S. 170 ff.

EVG i. S. A. B., vom 9. Sept. 1949, in ZAK 1949 S. 458/59.
cf. auch Oswald S. 32.

¹² OB 120 in Verb. mit 4 OV; Binswanger N. 1 zu Art. 86.
Schmid SJZ 44 S. 359.

EVG i. S. N. T., vom 17. Dez. 1949, in ZAK 1950 S. 198/99.

EVG i. S. M. G., vom 28. Febr. 1950, in ZAK 1950 S. 199.

müssen von einer ersten und einer zweiten Instanz materiell behandelt werden können.

4. Aus der historischen, der grammatikalischen und der systematischen Auslegung von AHVG 84 geht hervor, daß die kant. Rekurskommissionen *befugt* sind, auch *das freie Ermessen der Verwaltungsbehörden zu überprüfen*. Der einzige Kanton, der in der PO die Kognitionsbefugnis festlegt, ist der Kanton Zug: Die Überprüfung erstreckt sich gemäß PO 2 auf die Rechts-, Tat- und Ermessensfrage. Diese Regelung deckt sich mit der vom Bundesrecht gegebenen Regelung, so daß ihr deklaratorische Bedeutung zukommt.

Bei der Betrachtung des Ergebnisses unserer Untersuchungen können wir sagen, daß auch hier dem in AHVG 85 II aufgestellten Grundsatz des «einfachen Verfahrens» Genüge getan wird, indem sich die Frage der Abgrenzung der Rechtssphäre von der Ermessenssphäre nicht stellt.

B. Die richterliche Prüfung von Angaben der Steuerbehörden im besonderen

Bei der Beurteilung von Beschwerden gegen Verfügungen, welche die Beiträge der Selbständigerwerbenden betreffen, stellte sich die Frage, ob die Rekursbehörden an die gemäß AHVV 22 von den Steuerbehörden an die AK gemachten Angaben gebunden sind. Es ist davon auszugehen, daß AHVG 9 IV den Bundesrat ermächtigt, kantonale Behörden mit der Ermittlung des Einkommens aus selbständiger Erwerbstätigkeit zu beauftragen sowie eidgenössische und kantonale Behörden zur Auskunfterteilung an die zur Festsetzung der Beiträge zuständigen Organe zu verpflichten. In Vollziehung des AHVG bestimmte der Bundesrat in AHVV 22 I, daß das reine Erwerbseinkommen aus selbständiger Tätigkeit durch die kantonalen Steuerbehörden auf Grund der letzten rechtskräftigen Wehrsteuerveranlagung oder auf Grund der für die kantonalen Einkommensteuern erfolgten letzten Veranlagung ermittelt wird. Diese Bestimmung hält sich inhaltlich an die AHVG 9 IV dem Bundesrate delegierte Rechtsetzungskompetenz¹³. Weiter sagt AHVV 24 letzter Satz, daß die den AK auf Grund definitiver Steuerveranlagungen gemachten Angaben *für die AK verbindlich* sind. Diese Bestimmung ist delegationsmäßig, wenn sie sich auf AHVG 72 I

¹³ EVGE 1951 S. 113.

Dies scheint Baumann in SJZ 46 (1950) S. 122 Ziff. 2 lit. c zu übersehen, wenn er schreibt: «Bezüglich der Beitragsveranlagung, wie sie in AHVV 22 ff. geordnet worden ist, liegt keine Delegation vor.»

Über das Verfahren bei der Ermittlung des Einkommens durch die Steuerbehörden cf. Boesch, Zentralbl. 49 (1948) S. 270 ff.

stützt, nicht aber, wenn sie sich auf AHVG 9 IV stützt. Das ergibt sich daraus, daß AHVG 9 IV die Verbindlichkeit der Wehrsteuer-veranlagungen für die AK weder ausdrücklich noch stillschweigend vorsieht. Dagegen ermächtigt AHVG 72 I den Bundesrat in gene-reller Weise zum Erlaß von administrativen Weisungen an die AK. Das ist jedoch nur unter dem Vorbehalte der Rechtsprechung zulässig, d. h. der Richter ist an die administrativen Weisungen nicht gebunden¹⁴.

Wenn nun AHVV 24 letzter Satz eine *administrative Weisung* an die AK darstellt, im übrigen aber *nicht delegationsmäßig* ist, so ist diese Regelung für die *Rekursbehörden nicht verbindlich*. Das EVG hat in einem grundlegenden Entscheide dargelegt, daß die den AK durch die Steuerbehörden gemachten Angaben nicht verbindlich sind. Aus der Begründung:

«... Wenn so die Wehrsteuerbehörden für die AK das Erwerbseinkommen ermitteln, ist das gleichbedeutend mit einer Funktion der AK selbst, weshalb es sich rechtfertigen könnte, die diesen gelieferten Angaben für sie verbindlich zu erklären.

Das braucht nicht auch Verbindlichkeit gegenüber den AHV-Rekursbehörden zur Folge zu haben. Wie das Bundesamt (in seiner Vernehmlassung) zu-treffend bemerkt, soll verhindert werden, daß fehlerhafte Steuerveranlagungen, die wegen unbenützten Ablaufs der Einsprachefrist im Sinne des Steuerrechts materiell rechtskräftig geworden sind, die Betroffenen schlechthin auf dem Gebiete der AHV benachteiligen. Diese Überlegung hat ihre Berechtigung vor allem im Hinblick auf die Steuertaxation für die IV. Periode der Wehrsteuer (1947/48), weil im Zeitpunkt der betreffenden Steuerfestsetzung der Pflichtige noch nicht voraussehen konnte, daß der Entscheid auch für die Beitragsbemes-sung bei der AHV maßgebend sein würde¹⁵»

Dieser Entscheid wurde in der Folge bestätigt¹⁶ und dahin prä-zisiert, daß der Grundsatz, wonach Steuermeldungen an die AK die Rekursbehörden nicht binden, auch für die — vom EVD be-willigte — Beitragsbemessung auf Grund der *kantonalen Steuer-taxation* gilt¹⁷.

Wie Boesch darlegt¹⁸, führte die freie Überprüfung der An-gaben der Steuerbehörden durch die AHV-Rekurskommissionen zu einem wenig erfreulichen Ausblick: «Der Beitragspflichtige, der im Steuerrekursverfahren (evtl. vor Bundesgericht) unterlegen ist, kann bei der Bemessung der AHV-Beiträge die Streitfrage noch-mals aufwerfen und vor der kant. Rekurskommission und dem EVG unter Umständen Recht behalten.»

¹⁴ AHVG 72.

¹⁵ EVGE 1949 I S. 62; cf. auch EVG i. S. A. Schelbert, v. 17. März 1949.

¹⁶ EVG i. S. Desbiolles, vom 26. März 1949, in ZAK 1949 S. 259/60.

¹⁷ AHVV 215 III.

EVG i. S. Fridli, vom 10. Juni 1949, in ZAK 1949 S. 323.

¹⁸ Boesch S. 274.

Das Verfahren vor dem Eidgenössischen Versicherungsgericht

§ 14. Die Berufung und die Anschlußberufung

A. Die Berufung

I. Die rechtliche Natur der Berufung.

AHVG 84 II und 86 I sehen vor, daß gegen Entscheide der kant. Rekurskommissionen Berufung an das EVG eingelegt werden kann. Durch die Berufung wird die Streitsache zu «erneuter Prüfung» dem EVG unterstellt¹. Es handelt sich somit um ein *devolutives* Rechtsmittel, d. h. das EVG tritt an Stelle der kant. Rekurskommission. Neben Tat-, Ermessens- und Rechtsfragen entscheidet das EVG auch über Mängel im erstinstanzlichen Verfahren und über die Zuständigkeitsfragen². Eine Kognition größeren Umfanges läßt sich kaum mehr denken, so daß zutreffend von einem *vollkommenen* Rechtsmittel gesprochen werden kann.

Die Berufung bewirkt die Hemmung des Eintrittes der Rechtskraft des erstinstanzlichen Entscheides im Umfange der Berufungserklärung, m. a. W.: OB 125 legt der Berufung aufschiebende Wirkung zu. Somit erweist sich die Berufung als *echte Appellation*³ und wird durch den sogenannten *Suspensiveffekt* gekennzeichnet⁴.

Der Entscheid der Rekurskommission kann nur innerhalb der Rechtsmittelfrist an das EVG weitergezogen werden⁵. Demnach ist die Berufung an das EVG in AHV-Sachen ein *ordentliches* Rechtsmittel, im Gegensatz zu den außerordentlichen Rechtsmitteln, die auch noch ergriffen werden können, wenn der erstinstanzliche Entscheid in formelle Rechtskraft erwachsen ist. — Das EVG kann ungeachtet des kant. Prozeßrechts neue Tatsachen berücksichtigen und neue Beweismittel zulassen⁶: Das EVG ist also nicht auf eine *revisio in iure* beschränkt, sondern der Prozeß wird in allen der Kognitionsbefugnis des EVG unterstehenden Fragen *fortgeführt*. Das EVG selbst erklärte, die Bestimmungen OB 120 und 125 «machen die Berufung zu einem Rechtsmittel im weitesten Sinn und betrauen das EVG mit der Aufgabe, „de rechercher la vérité et le droit sans être gêné par des questions de forme“⁷.

¹ OB 120 II in Verbindung mit OV 4 I.

² OB 120 I in Verbindung mit OV 4 I, Schmid S. 359.

³ Guldener II S. 462; Liechti S. 43 und 46; AHVV 204 II.

⁴ OB 125 I; AHVV 204 II.

⁵ AHVG 86 I; OV 6.

⁶ OB 134 in Verbindung mit OV 4.

⁷ EVGE 1941 S. 11; EVG i. S. Tena, vom 20. Dez. 1948, in ZAK 1949 S. 87.

II. Die Voraussetzungen der Berufung

Die Berufung ist gegen erstinstanzliche Entscheide zulässig. Der Begriff «erstinstanzliche Entscheide» umfaßt alle Erkenntnisse der kant. Rekurskommissionen. Eine Streitwertgrenze für die Berufung besteht nicht⁸. Das EVG erklärte denn auch richtigerweise eine Berufung gegenüber einem kant. Entscheide auf Nichteintreten für zulässig⁹. Aus der Begründung:

«Art. 86 AHVG, der die Möglichkeit einer Berufung an das EVG schafft, beschränkt die Berufung nicht auf materielle Entscheide, sondern gewährt sie schlechthin gegen ‚die‘ Entscheide der kant. Rekursbehörden. Daß darunter auch Nichteintretensentscheide fallen, ist um so eher anzunehmen, als der nach OV 4 für die AHV anwendbare Art. 120 OB bestimmt, daß gegen jede von einem kant. Versicherungsgericht erlassene Entscheidung Berufung eingelegt werden kann.»

In einem weiteren Entscheide stellte das EVG fest, daß eine Berufung insofern gegenstandslos wird, als vor Einlegung der Berufung der streitige Betrag einer Beitragsverfügung vorbehaltlos bezahlt wird. Durch eine solche Zahlung werde die Beitragsschuld getilgt, weshalb sich ein materielles Eintreten der Berufungsinstanz die Angelegenheit erübrige¹⁰. Dagegen schließt der Vollzug eines erstinstanzlichen Entscheides durch die AK das Berufungsrecht des BSV nicht aus, da nirgends vorgeschrieben ist, das BSV müsse der AK mitteilen, es habe Berufung eingelegt¹¹. In der Regel orientiert jedoch das BSV die am Streite beteiligte AK über die von ihm eingelegten Berufungen¹².

III. Die Berufungsfrist

Die Berufungsfrist beträgt 30 Tage¹³. Die rechtliche Natur der Berufungsfrist ist dieselbe wie diejenige der Beschwerdefrist: Es handelt sich um eine gesetzliche und peremptorische Frist¹⁴. Die Wiederherstellung der Frist kann gewährt werden, wenn glaubhaft gemacht wird, daß der Berufungskläger oder sein Stellvertreter durch unverschuldete Hindernisse abgehalten wurden, innerhalb der Frist zu handeln, und die Wiederherstellung binnen 10 Tagen verlangt wird. Diese 10tägige Frist beginnt von dem Tage an zu laufen, an dem das Hindernis behoben ist. Innerhalb dieser Frist ist die versäumte Einreichung der Berufungsschrift vorzunehmen¹⁵.

⁸ OB 120 I in Verbindung mit OV 4.

⁹ EVG i. S. Rampinelli, vom 17. Nov. 1948, in ZAK 1949 S. 42/43; EVGE 1951 S. 57.

¹⁰ EVG i. S. C. S., vom 9. Sept. 1949, in ZAK 1949 S. 466.

¹¹ EVG i. S. M. D., vom 30. Aug. 1949, in ZAK 1949 S. 417.

¹² Binswanger N. 1 zu Art. 86.

¹³ AHVG 86 I, OV 6.

¹⁴ cf. S. 57.

¹⁵ OB 58 in Verbindung mit OV 4.

Die Berufungsfrist beginnt mit der schriftlichen Eröffnung des Entscheides durch die kant. Rekursbehörde. Ermangelt jedoch der erstinstanzliche Entscheid der vom Gesetze vorgeschriebenen Rechtsmittelbelehrung, so beginnt die Frist nicht zu laufen¹⁶. Für die Berechnung der Fristen gilt AHVG 96 und die analoge Bestimmung OB 55 I und II. Das über die Wahrung der Frist auf Seite 59 ff. Gesagte gilt sinngemäß auch für die Berufungsfrist.

IV. Der Inhalt der Berufungsschrift

Die Berufungsschrift muß ein Rechtsbegehren, eine gedrängte Darstellung des Sachverhaltes und eine kurze Begründung enthalten. Beweismittel sind der Berufungsschrift beizulegen oder, insofern dies nicht möglich ist, zu bezeichnen¹⁷. Diese Formerfordernisse sind gemäß OV 10 II in der Rechtsmittelbelehrung des erstinstanzlichen Entscheides aufzuführen. — Genügt die Berufungsschrift den soeben erwähnten Formerfordernissen nicht, so ist das EVG verpflichtet, dem Berufungskläger eine angemessene Frist zur Verbesserung anzusetzen. Mit der Rückweisung zur Verbesserung wird die Androhung verbunden, daß bei «Nichtbefolgen auf die Berufung nicht eingetreten werde»¹⁸.

V. Die Einreichung der Berufungsschrift

Die Berufungsschrift muß bei derjenigen kant. Rekurskommission eingereicht werden, die den Entscheid, gegen den die Berufung erhoben wird, gefällt hatte¹⁹ (Einlegung beim sogenannten *judex a quo*). Diese Regelung entspricht derjenigen der Berufung gegen Urteile der kant. Versicherungsgerichte (OB 127), der zivilrechtlichen Berufung ans Bundesgericht, der zivilrechtlichen Nichtigkeitsbeschwerde ans Bundesgericht und des Rekurses an die SchKG-Kammer des Bundesgerichtes²⁰.

B. Die Anschlußberufung

Neben der Hauptberufung kennt das AHV-Verfahren auch die Anschlußberufung an das EVG. Während die Hauptberufung nach freiem Willensentschluß durch eine am erstinstanzlichen Verfahren beteiligte Partei oder das BSV eingelegt werden kann, erscheint die Anschlußberufung nur insofern zulässig, als die Berufung bereits von einer Partei eingelegt wurde²¹. Die Anschlußbe-

¹⁶ EVG i. S. Wüthrich, vom 5. Juli 1949, in ZAK 1949 S. 372.

¹⁷ OV 7 II.

¹⁸ OV 7 III.

¹⁹ OV 7 I.

²⁰ OB 127; OG 54, 69 und 78.

²¹ OB 130 I.

rufung ist somit als *unselbständiges* Rechtsmittel zu qualifizieren im Gegensatz zum selbständigen Rechtsmittel der Berufung.

Wie Lauber ausführt²², wollte der Gesetzgeber diejenige Partei, die auf den Weiterzug des erstinstanzlichen Entscheides verzichtete, nicht schutzlos lassen: «Das Institut der Anschlußberufung beruht auf der Erwägung, daß die Partei, die sich bei gewissen, ihr ungünstigen Punkten eines Urteils beruhigt, dies gewöhnlich in der Voraussetzung tut, daß auch die Gegenpartei sich mit dem sie beschwerenden Teile des Urteils abfinden werde.» Aus dieser der Anschlußberufung zugrunde liegenden Ratio ergibt sich, daß mit der Anschlußberufung der ganze Entscheid der ersten Instanz angefochten werden kann; der Umfang der Berufungserklärung der Hauptberufung ist dabei unerheblich²³.

Im AHV-Verfahren kommt der Anschlußberufung an das EVG insofern Bedeutung zu, als auch das BSV sich einer Berufung anschließen kann²⁴. Wie die Berufung des BSV, so ermöglicht auch die Anschlußberufung des BSV die *reformatio in peius* eines erstinstanzlichen Entscheides. Der Versicherte kann jedoch durch den Rückzug der Beschwerde einer drohenden Abänderung des erstinstanzlichen Erkenntnisses zu seinen Ungunsten entgehen, da die Anschlußberufung dahinfällt, wenn die Berufung zurückgezogen wird²⁵.

Die Frist zur Einlegung der Anschlußberufung beträgt in Abweichung von OB 130 I (10 Tage) 20 Tage²⁶.

§ 15. Die Legitimation zur Berufung

A. Die Legitimation der am erstinstanzlichen Verfahren beteiligten Parteien

Zur Einlegung der Berufung sind die am erstinstanzlichen Verfahren beteiligten Parteien aktivlegitimiert¹. Somit ist OV 5 lit. a, der die Legitimation an die vom kant. Entscheide «betroffenen» Personen zuerkennt², dahin zu verstehen, daß «betroffene Personen» die am erstinstanzlichen Verfahren beteiligten Parteien, der Versicherte und die AK, sind. Die Berufung ist aber auch durch Personen möglich, denen die a. o. Legitimation zur Sache zusteht³. Dabei sind zwei Fälle zu unterscheiden:

²² SJZ 20 S. 306.

²³ Lauber SJZ 20 S. 306; EVG i. S. Zemp, vom 29. Dezember 1950.

²⁴ AHVV 202.

²⁵ OB 130 II; Guldener II S. 456.

²⁶ OV 4 II.

¹ AHVG 86 I.

² «une personne touché par la décision cantonale».

³ OV 5 lit. c.

1. Die Beschwerde an die erste Instanz wurde von einer a. o. legitimierten Person eingereicht. Die a. o. legitimierte Person war als solche am erstinstanzlichen Verfahren beteiligte Partei gewesen und ist als solche zur Berufung legitimiert⁴.

2. Die Beschwerde wurde von einer ordentlich legitimierten Person (dem Rentenansprecher) erhoben, die *Berufung* wird aber von einer a. o. legitimierten Person eingelegt. Unter dieser Voraussetzung tritt die a. o. legitimierte Person an die Stelle der am erstinstanzlichen Verfahren beteiligten Person. Gemäß dem Wortlaut von OV 5 lit. c erscheint eine solche «Subrogation» zulässig. Die Zulässigkeit ergibt sich aber auch aus der Ratio der a. o. Legitimation⁵. So wäre es z. B. möglich, daß ein Rentenansprecher, der eine Beschwerde eingereicht hatte, erkrankt und aus diesem Grunde die Berufung durch einen Blutsverwandten in auf- oder absteigender Linie eingelegt wird.

Die a. o. Legitimation zur Berufung beruht auf denselben Voraussetzungen wie diejenige zur Beschwerde: Der a. o. Legitimierte muß in einem gewissen verwandtschaftlichen Verhältnis zum Adressaten der Kassenverfügung stehen und dieser muß eine «als Bezüger in Betracht fallende Person» sein⁶. OV 5 lit. c sagt ausdrücklich, daß im Verhältnis der ordentlichen zur a. o. Legitimation das Prinzip der Exklusivität gilt⁷.

B. Die Legitimation des BSV zur Berufung, bzw. Anschlußberufung

1. Gemäß AHVG 86 I kommt die Legitimation zur Berufung außer den am erstinstanzlichen Verfahren Beteiligten auch dem Bundesrate zu. Der Bundesrat delegierte diese Befugnis an das BSV⁸. Die Legitimation des BSV zur Berufung, bzw. Anschlußberufung erscheint als eine Folge der dezentralisierten Durchführung der AHV. Die dezentralisierte Durchführung erschwert die einheitliche Rechtsanwendung, da über 100 Vollziehungsorgane (AK) die generell-abstrakten Normen auf den Einzelfall anwenden und 26 Rekursinstanzen die Rechtsanwendung der Verwaltungsbehörden auf Anruf hin überprüfen können. Wie H. Nef ausführt⁹, ruft diese hochgradige Dezentralisation «einer scharfen Kontrolle durch den Träger des Werkes, der für eine einheitliche Durchführung letzten Endes verantwortlich ist.» Zur praktischen Durchfüh-

⁴ AHVG 86 I; OV 5 lit. a.

⁵ cf. S. 47 ff.

⁶ OV 5 lit. c.; cf. S. 47.

⁷ cf. S. 51 ff.

⁸ AHVV 202.

⁹ Nef II S. 15.

rung der Kontrolle und zum Zwecke der einheitlichen Anwendung des Rechts wurden u. a. zwei Institutionen geschaffen: Das Weisungsrecht des BSV gegenüber den AK und die Legitimation des BSV zur Berufung, bzw. Anschlußberufung¹⁰. Die Legitimation des BSV zur Berufung gewährleistet insofern eine einheitliche Rechtsanwendung, als die einzelnen Rekurskommissionen unter diesen Umständen keine Praxis entwickeln können, die im Widerspruch zu den Präjudizien des EVG steht. Das BSV erhält von allen Entscheiden der kant. Rekurskommission Kenntnis¹¹, und, wie das BSV selbst erwähnt, «setzt das BSV alles daran, um so viele Fragen als möglich durch die rechtsprechenden Organe beurteilen zu lassen, und zwar ohne jegliche Rücksicht darauf, welche Chancen es hat, mit seinem Standpunkt durchzudringen»¹².

Wie vorstehend erwähnt wurde, ist das BSV nicht nur zur Berufung, sondern auch zur Anschlußberufung legitimiert¹³. Die Anschlußberufung des BSV ist wie diejenige der am erstinstanzlichen Verfahren beteiligten Parteien innert 20 Tagen zu erklären¹⁴.

2. Es besteht die Möglichkeit, daß die Berufung, bzw. Anschlußberufung von der *AK und vom BSV* ergriffen wird. In diesem Falle stehen dem Versicherten zwei Verwaltungsorgane gegenüber. Es wäre nun denkbar, daß das Rechtsbegehren des BSV mit demjenigen der AK nicht übereinstimmt. Hier stellt sich nun die Frage, welches Rechtsbegehren für das EVG verbindlich ist. Diesem Problem kommt insofern Bedeutung zu, als der Umfang der richterlichen Zusprechung in der Regel auf die Parteibegehren beschränkt ist¹⁵.

Die Konkurrenz inhaltlich nicht übereinstimmender Rechtsbegehren des BSV und der AK ließe sich mittels folgender Kriterien auflösen:

a) Wenn wir von der individualistischen Ratio der Verwaltungsgerichtsbarkeit ausgehen, so müßte dasjenige Rechtsbegehren maßgebend sein, das dem Versicherten eine höhere Rente oder einen niedrigeren Beitrag zuerkennt (= das dem Versicherten günstigere Rechtsbegehren) sei es nun dasjenige des BSV oder der AK.

¹⁰ cf. S. 16; eine Untersuchung über das Verhältnis des Berufsrechts des BSV zum Weisungsrecht des BSV erübrigt sich, da jede Verfügung, die von einer AK auf Grund einer Weisung des BSV erlassen wurde, der Überprüfung durch die richterlichen Behörden unterliegt. (AHVG 72, 84.)

¹¹ cf. S. 97.

¹² ZAK 1948 S. 299.

¹³ EVG 1948 S. 111. In diesem Streitfalle ergriff das BSV die Anschlußberufung.

¹⁴ OV 4 II; AHVV 202.

¹⁵ OB 88.

b) Andererseits bestünde die Möglichkeit, daß die Berufung des BSV, als der der AK superordinierten Behörde, in jedem Falle die Berufung der AK ausschließen würde. Der Berufung des BSV käme in diesem Falle die Wirkung einer pendente lite erlassenen Weisung an die AK zu¹⁶, die Berufung zurückzuziehen. Eine solche Ausschließlichkeit der Berufung widerspricht jedoch teilweise der Ratio derselben. Mit der Zuerkennung der Legitimation an das BSV bezweckte der Gesetzgeber die Gewährleistung einer einheitlichen Rechtsanwendung, bzw. Rechtsprechung. Der einheitlichen Rechtsanwendung auf dem Gebiete der AHV-Verwaltungsrechtspflege wird jedoch durch die Unterstellung des Streitfalles unter die Kognition eines einzigen und letztinstanzlichen Gerichtes Genüge getan. Es genügt also, wenn die Berufung durch eine der am erstinstanzlichen Verfahren beteiligten Parteien erfolgt. — Wie wir vorstehend bemerkt haben, wird die Konstruktion der Weisung pendente lite der Ratio der Legitimation des BSV zur Berufung, bzw. Anschlußberufung nur teilweise gerecht. Wie sich in praxi herausstellte, dient die Berufung des BSV auch zur Ermöglichung der reformatio in peius eines erstinstanzlichen Entscheides¹⁷. Wenn wir von dieser Ratio ausgehen, so muß im Interesse einer einheitlichen Rechtsanwendung die Berufung, bzw. Anschlußberufung des BSV allein zugelassen werden.

Bis September 1951 hatte das EVG keine Gelegenheit, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Diese Frage sollte sich in praxi allerdings kaum stellen, da das BSV die AK über die von ihm eingelegten Berufungen orientiert¹⁸.

§ 16. Das Verfahren in seinen Grundzügen¹

A. Das Verfahren vor dem EVG in AHV-Sachen wurde in Anlehnung an den Bundesbeschluß betreffend die Organisation und das Verfahren des Eidg. Versicherungsgerichts vom 28. März 1917 ausgestaltet. In bezug auf das Verhältnis OB — OV gilt der Grundsatz «lex specialis derogat legi generali», was in OV 4 ausdrücklich gesagt ist. Gemäß OV 4 gelten die folgenden Artikel des OB für das AHV-Verfahren:

OB 29—36	Besetzung des Gerichts
37—42	Akten, Protokolle, Verhandlungen
43, 45—80	Parteien, Parteienvertreter

¹⁶ AHVG 72; analog der pendente lite erlassenen Herabsetzungsverfügung, cf. S. 25.

¹⁷ cf. S. 103 ff.

¹⁸ Binswanger, N. 1 zu Art. 86.

¹ Craven S. 481 ff.

an Stelle von OB 44	tritt OV 7
an Stelle von OB 51	tritt OV 9 I
OB 52—58	Vorladungen, Fristen
59—86	Beweisrecht
87—98	Urteil ²
99, 100	Abstand, Anerkennung, Vergleich
101—111	Revision und Erläuterung
112, 116	Verfahrenskosten
an Stelle von OB 113—115	tritt OV 9
OB 117, 118	Unentgeltliche Verbeiständung
119	Ordnungsbußen (OV 9 I)
120, 121	Zulässigkeit der Berufung
125	Wirkung der Berufung
126	Nebenparteien
128—131	Eingang der Beschwerdeschrift, Prüfung der Beschwerde durch den Präsidenten, Beant- wortung der Berufung und der Anschluß- berufung
134, 136—138	Zulassung neuer Tatsachen und Beweismittel
140—142	

B. I. Wie auf S. 87 dargelegt worden ist, wird die Berufung durch Einreichen einer Berufungsschrift beim iudex a quo eingelegt. Die Rekurskommission hat den Zeitpunkt, an dem die Berufungserklärung bei ihr eingetroffen ist oder bei der Post aufgegeben worden ist, zu beurkunden³ (z. B. Beilegen des Kuverts, das die Berufungsschrift enthielt). Die Beurkundung der Zeit des Einganges hat auch dann zu erfolgen, wenn die Berufung verspätet eingelegt wurde⁴. Nach Einlegung der Berufungsschrift ist die kant. Rekurskommission verpflichtet, die Berufungsschrift innerhalb 5 Tagen zusammen mit einer Kopie des Entscheides und mit den Akten an das EVG zu senden⁵. Für die Mitwirkung bei der Berufung darf die kant. Rekurskommission weder vom Berufungskläger noch vom EVG Gebühren erheben⁶.

II. Der Präsident des EVG prüft, ob die Berufung zulässig sei. (Sachliche Zuständigkeit des EVG, Prozeßfähigkeit, Parteifähigkeit, Rechtzeitigkeit der Berufung, Legitimation)⁷. Erweist sich die Berufung als unzulässig, so beantragt der Präsident dem Gericht, die Berufung durch Entscheid auf Nichteintreten von der Hand zu

² m. E. sollte es «Entscheid» heißen.

³ OB 128 I.

⁴ OB 128 II.

⁵ OB 128 I.

⁶ OV 9 1. Satz, OB 128 I.

⁷ OB 129 I.

weisen⁸. Erachtet der Präsident jedoch die Berufung als zulässig, so überweist er die Berufungsschrift der Gegenpartei zur Beantwortung. Die Gegenpartei kann sich mit der Beantwortung der Berufung begnügen oder ihrerseits zur Offensive schreiten und inern 20 Tagen⁹ die Anschlußberufung erklären. Die Anschlußberufung wird ebenso wie die Berufung durch den Präsidenten des EVG auf die prozessuale Zulässigkeit hin geprüft, und der Gegenpartei (dem ursprünglichen Berufungskläger) wird von der Einlegung der Anschlußberufung Mitteilung gemacht¹⁰.

III. Nach Einlegung der Berufung wird das BSV, sofern es nicht bereits am Streite beteiligt ist, zur Erstattung eines *Mitberichtes* aufgefordert¹¹. Das BSV kann im Mitbericht seine Stellungnahme in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht darlegen. Dabei ist das BSV frei, d. h. es muß nicht notwendigerweise die AK, also die ihm subordinierte Verwaltungsbehörde unterstützen. So nahm das BSV in Mitberichten Stellung gegen das Rechtsbegehren der AK und unterstützte den Versicherten¹². Der Mitbericht enthält neben den oft längeren Erwägungen¹³ eine konkrete Stellungnahme zum betreffenden Streitfall (z. B. Antrag auf Bestätigung der angefochtenen Verfügung, Gutheißung der Berufung oder Antrag auf Bestätigung des angefochtenen Entscheides). Weder die Erwägungen noch die Schlußfolgerungen eines Mitberichtes können jedoch parteimäßige Wirkung haben. Das ergibt sich einmal daraus, daß das BSV nur zur Erstattung eines Mitberichtes eingeladen werden muß, sofern es nicht als Partei am Streite beteiligt ist¹⁴ und sodann aus der Unabhängigkeit des EVG anderen Behörden gegenüber¹⁵. Es ist daher unpräzis, wenn in der Amtlichen Sammlung der Entscheide des EVG jeweils von «Antrag» oder «Beantragen» des BSV gesprochen wird, sofern das BSV in einem seiner Mitberichte zu einem bestimmten Schluß gelangt¹⁶.

IV. In der Regel findet nur ein Schriftenwechsel statt, ausnahmsweise kann jedoch ein weiterer Schriftenwechsel stattfinden¹⁷. Ist nun der Schriftenwechsel abgeschlossen, so obliegt die Prozeßinstruktion einem Mitglied des Gerichts, dem sogenannten Referenten, der vom Präsidenten des EVG bezeichnet wird. Diese

⁸ OB 129 II.

⁹ OB 120 in Verbindung mit OV 4 II.

¹⁰ OB 130 I.

¹¹ OV 8 I.

¹² z. B. publizierte Entscheide EVGE 1950 S. 22; 1949 S. 179.

¹³ z. B. EVGE 1949 S. 83/84, 154.

¹⁴ OV 8 I.

¹⁵ OB 28 II, cf. S. 35 ff.

¹⁶ EVGE 1949 S. 76, 83, 107, 120, 125, 184, 192.

¹⁷ OV 8 II.

Präsidialverfügung wird den beteiligten Parteien zugestellt. Der Referent führt die Instruktion in der Regel selbständig durch, nötigenfalls kann er Vorfragen der Instruktion dem Gericht zum Entscheide vorlegen¹⁸. Dem Referenten obliegen auch die Beweisergänzungen. Dabei gilt die *Offizialmaxime*: Ohne an die Anträge der Parteien gebunden zu sein, kann das EVG neue Tatsachen berücksichtigen und Beweisverfügungen treffen¹⁹. Auch die Parteien können neue Tatsachen vorbringen und neue Beweise offerieren, jedoch wird das EVG dieselben nur insofern annehmen, als es die Durchführung der Offizialmaxime erfordert²⁰. Das EVG kann die Beweisergänzung selbst vornehmen oder eine kant. Rekurskommission mit derselben beauftragen, sofern der zu erhebende Beweis weder ein Augenschein noch eine Expertise ist²¹. Eine Möglichkeit der Ergänzung der Beweise besteht in der Wiederholung der Abnahme bereits vor der kant. Instanz vorgenommener Beweismaßnahmen²².

V. In der Regel ist das Verfahren *schriftlich*. Sofern es jedoch angezeigt erscheint, kann das Gericht eine *mündliche Schlußverhandlung* anordnen²³. Findet eine mündliche Schlußverhandlung statt, so steht den Parteien oder deren Bevollmächtigten das Recht zu, das Streitverhältnis mündlich vorzutragen. In der Regel haben sie nur auf einen Vortrag Anspruch; ausnahmsweise kann ihnen ein zweiter gestattet werden²⁴. Will jedoch eine Partei in der mündlichen Schlußverhandlung nochmals neue Tatsachen vorbringen oder neue Beweise anbieten, so hat sie dies vor der Tagfahrt dem Gericht schriftlich und im Doppel mitzuteilen. Die Gegenpartei wird durch Zusendung des Doppels von den Absichten der anderen Partei in Kenntnis gesetzt. Mit der Zusendung des Doppels erhält die Gegenpartei ex lege die prozessuale Berechtigung, auf das Begehren zu antworten, allfällige Gegenbeweise anzutreten und Einreden geltend zu machen²⁵.

Erachtet der Referent einen Streitfall als spruchreif, so formuliert er einen Entscheidungsantrag und begründet ihn²⁶. Das Gesamtgericht oder die zuständige Abteilung beraten nun den Streitfall. Diese Beratungen sind geheim²⁷.

¹⁸ Regl. EVG 11 in Verb. mit OB 4 in Verb. mit OV 1.

¹⁹ OB 136 I.

²⁰ OB 134 I.

²¹ OB 133.

²² OB 137.

²³ OV 8 III.

²⁴ OB 133 in Verbindung mit OV 8 III.

²⁵ OB 135 in Verbindung mit OV 8 III.

²⁶ Reglement EVG 12.

²⁷ OB 40 I.

C. Die Kognitionsbefugnis des EVG ist nur nach einer Richtung hin eingeschränkt: Das EVG untersucht Berufungen wegen Mängeln im erstinstanzlichen Verfahren nur auf Verstöße gegen allgemeine Prozeßgrundsätze und gegen klare Vorschriften der kant. PO²⁸. So prüfte das EVG einen erstinstanzlichen Entscheid, der einer Partei wegen mutwilliger Beschwerdeführung Gerichtskosten auferlegt hatte, nur auf Willkür, da der Entscheid, ob eine Beschwerdeführung leichtsinnig oder willkürlich sei, Ermessensfrage ist²⁹.

²⁸ EVGE 1938 S. 13.

²⁹ ZAK 1950 S. 84; EVGE 1946 S. 79.

3. A B S C H N I T T

Der Entscheid

1. KAPITEL

Der Entscheid der Rekursinstanzen

§ 17. Die rechtliche Natur, die Form und der Inhalt des Entscheides

A. Die rechtliche Natur des Entscheides seinem Inhalte gemäß

Wie aus einer im August 1950 veranstalteten Umfrage unter den kant. Rekurskommissionen hervorgeht¹, entscheiden die Rekurskommissionen jeweils nach praktischen Erwägungen, ob sie eine Kassenverfügung aufheben und die Sache zum Erlaß einer neuen Verfügung im Sinne der Erwägungen an die AK zurückweisen (sogenannte *Kassation*), oder ob sie selbst an Stelle der Verwaltung treten und im Detail festlegen wollen, was Rechtsens zwischen dem Versicherten und der Verwaltung ist (sogenannte *Reformation*). Es ergehen in der Regel dann reformatorische Erkenntnisse (= meritorische Erkenntnisse), wenn eine Rekurskommission den Beitrag oder die Rente eines Versicherten ziffernmäßig genau bestimmen kann. Es wäre umständlich, wenn in diesem Falle die Sache an die Verwaltung zurückgewiesen würde, damit durch Verwaltungstätigkeit dasselbe verfügt würde, worauf die Justiz bereits erkannt hatte².

In den meisten Kantonen gilt der Grundsatz der teilweise obligatorischen Reformation³, sei es kraft positiven Rechts⁴, sei es kraft Gewohnheitsrechts⁵. Das heißt, die Rekurskommissionen fällen, wenn die angefochtene Verfügung aufgehoben wird, in der Regel den Sachentscheid selbst. Nur ausnahmsweise wird bei Gutheißung der Beschwerde die Sache an die AK zum Erlaß einer neuen Verfügung zurückgewiesen. So wies die Rekurskommission

¹ Leider beantworteten nicht alle Rekurskommissionen die Umfrage.
² Liechi S. 78.

³ Liechi S. 31.

⁴ Solothurn 88 II PO; Aargau 7 II PO.

⁵ Umfrage, cf. Anm. 1 vorn.

des Kt. Uri nach der Fällung eines Rechtsentscheides die Akten an die AK zurück, da die Akten in bezug auf die Fällung eines Rechtsentscheides vollständig, in bezug auf die Fällung eines Sachentscheides aber unvollständig waren⁶. Die Rekurskommission des Kt. Wallis weist die Sache ebenfalls an die AK zurück, insoweit die Rekurskommission einen Entscheid fällt, der das Verhältnis AK — Versicherter nur in den Essentialia regelt. Die Detailfragen werden dann von der Kasse durch eine neue Verfügung geregelt⁷.

Unzulässig ist die Fällung eines Entscheides mit bedingtem Inhalt. Eine AK kann also nach ergangenem Entscheid nicht nochmals mit der Untersuchung der Sachlage und der freien Würdigung derselben betraut werden^{7a}.

Ebenso darf eine Rekurskommission nicht an Stelle der AK eine in formelle Rechtskraft erwachsene Kassenverfügung «*rebus sic stantibus*» aufheben; da AHVG 84 ff. den RK eine solche Kompetenz nicht zuerkennt (EVG i. S. G. Brötie, vom 8. Mai 1951; in ZAK 1951 S. 334).

B. Die Form des Entscheides

I. Der Entscheid der kant. Rekurskommission besteht in einem autoritativen Ausspruch über das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis zwischen dem Versicherten und der AK⁸. Bern sagt ausdrücklich, daß der Entscheid auf Grund der durch die Untersuchung festgestellten Tatsachen zu fällen sei. Das erscheint selbstverständlich, weshalb die anderen kant. PO diesen Grundsatz nicht erwähnen. In der PO von Schwyz ist niedergelegt, daß der Entscheid in der Regel 30 Tage nach Anhängigmachen des Streites zu fällen sei⁹.

Das Bundesrecht sieht in AHVG 85 II vor, daß die Entscheide der kant. Rekurskommissionen innert 30 Tagen seit der Ausfällung des Entscheides schriftlich zu eröffnen sind. In bezug auf die Einhaltung der 30tägigen Frist zur Eröffnung der ausgefallten Entscheide erweist sich das AHVG als eine *lex imperfecta*: Das Gesetz sieht bei Verletzung dieser Vorschrift keine Sanktion vor. — Die Entscheide sind gemäß AHVV mit eingeschriebenem Brief den Parteien und dem BSV zuzustellen. Auch kann ein Entscheid allfällig interessierten Dritten (z. B. Arbeitgebern) zugesandt werden. Alle kant. PO wiederholen diese von Bundesrechts wegen geltende Regelung¹⁰.

⁶ Brief des Sekretärs der Rekurskommission des Kt. Uri, v. 14. Aug. 1950.

⁷ Brief des Sekretärs der Rekurskommission des Kt. Wallis, v. 16. Aug. 1950.

^{7a} EVGE i. S. BSV gegen de Chastonay, vom 28. September 1949.

⁸ In Anlehnung an Guldener I S. 157.

⁹ PO 10 I.

C. Der Inhalt des Entscheides

I. Ein Entscheid muß einen gewissen Minimalinhalt aufweisen:

1. Das sogenannte Rubrum¹¹. Darin sind enthalten: Die Bezeichnung der erkennenden Rekurskommission, die Parteien und das Datum der Ausfällung.
2. Das sogenannte Entscheidungsdispositiv¹². Es handelt sich hier um die eigentliche Erkenntnis der Rekurskommission, ob die Beschwerde gutgeheißen, abgewiesen oder teilweise gutgeheißen worden ist.
3. Die Unterschrift des Präsidenten oder dessen Stellvertreters und des Sekretärs¹³.

Das Bundesrecht verlangt nun, daß der Entscheid außer der sich aus dem Begriffe «Entscheid» ergebenden essentialia des Entscheides, wie Rubrum, Dispositiv und Unterschriften, eine Begründung und eine Rechtsbelehrung (*rappel de droit, i rimedi di legge*) enthalten muß¹⁴. OV 10 II erklärt, daß der Inhalt der Rechtsmittelbelehrung sich auf die Berufungsfrist, die für die Berufung geltenden Formerfordernisse und den Einreichungsort beziehen müsse. Alle Kantone, mit Ausnahme des Kantons Neuenburg, wiederholen in ihren PO die bundesrechtliche Regelung. Ebenso ist in allen PO, mit Ausnahme derjenigen des Kt. Neuenburg, gesagt, daß die Entscheidungsgründe im Entscheide aufzuführen sind. Vereinzelt ist vorgesehen, daß die Anträge der Parteien, die Erklärungen und die Beweismittel der Parteien in der Begründung festzuhalten sind¹⁶. 14 Kantone verpflichten die Rekurskommission, in ihre Entscheide eine kurzgefaßte Darstellung des Tatbestandes aufzunehmen¹⁷. Es ist jedoch festzuhalten, daß schon das Bundesrecht

¹⁰ Zürich 9 PO.
Bern 18 II EG.
Luzern 11 I PO.
Uri 16 I PO.
Schwyz 11 I PO.
Nidwalden 11 I PO.
Obwalden 8 I PO.
Glarus 20 PO.
Zug 17 I PO.
Freiburg 18 PO.
Solothurn 88 III PO.
Basel-Stadt 12 II PO.
Basel-Land 11 III PO.

Schaffhausen 5 PO.
Appenzell A.-Rh. 6 PO.
Appenzell I.-Rh. 9 PO.
St. Gallen 6 PO.
Graubünden 20 PO.
Aargau 7 III PO.
Thurgau 6 II PO.
Tessin 15 III PO.
Waadt 22 PO.
Wallis 17 II PO.
Neuenburg 8 I PO.
Genf 15 II PO.

¹¹ Guldener I S. 161.

¹² Guldener I S. 162.

¹³ Genf 15 II PO.

¹⁴ AHVG 85 II.

¹⁶ Glarus 19 PO; Graubünden 19 PO, Thurgau 6 I PO.

in OB 122 lit.b in Verbindung mit OV 10 I die kant. Rekursinstanzen verpflichtet, die Anträge, die zu deren Begründung angeführten Tatsachen, die Erklärungen und die angerufenen Haupt- und Gegenbeweismittel der Parteien im Entscheide vollständig aufzuführen, sofern das Verfahren mündlich ist und über die Parteiverhandlungen, soweit sie für den Entscheid maßgebend sind, nicht ein genaues Sitzungsprotokoll geführt wird.

II. Vereinzelt finden sich Bestimmungen über die sprachliche Abfassung des Entscheides. So bestimmt der Kt. Graubünden, daß der Entscheid je nach der Sprache des Beschwerdeführers in deutscher oder italienischer Sprache abzufassen sei¹⁸. Im Kt. Wallis ist ebenfalls die Sprache des Rekurrenten für die Abfassung des Entscheides maßgebend¹⁹.

III. Das Verfahren vor den kant. Rekursinstanzen ist grundsätzlich kostenlos²⁰. AHVG 85 II sieht jedoch vor, daß bei leichtsinniger oder mutwilliger Beschwerdeführung dem Rekurrenten eine Spruchgebühr und die Verfahrenskosten auferlegt werden können. Ob leichtsinnige oder mutwillige Beschwerdeführung vorliegt, entscheidet sich nach objektiven und subjektiven Kriterien²¹. Objektiv gesehen ist z. B. eine Beschwerde gegen eine auf die Höchstrente lautende Kassenverfügung aussichtslos. Ob es sich jedoch in diesem Falle — subjektiv gesehen — um mutwillige oder leichtsinnige Beschwerdeführung handelt, ist in jedem Falle gesondert zu untersuchen. Eine von einem Anwalt, Rechtsagenten oder Steuerberater eingereichte Beschwerde gegen eine auf die Höchstrente lautende Verfügung müßte zweifellos als mutwillig und leichtsinnig angesehen werden, da von solchen Personen die Kenntnis des positiven Rechts verlangt werden darf. Dagegen dürfte einem Versicherten — bei Vorliegen des gleichen Tatbestandes — weder die Kosten noch die Spruchgebühr auferlegt werden, sofern feststeht, daß der Versicherte weder von der AK noch von der Rekurskommission auf die Tatsache aufmerksam gemacht worden ist, daß er die Höchstrente zugesprochen erhalten hatte.

Das EVG entschied, daß es nicht willkürlich sei, wenn eine kant. Rekurskommission einem Parteivertreter, der in schuldhafter

17 Zürich 9 PO.
Uri 16 II PO.
Schwyz 10 II PO.
Obwalden 8 II PO.
Glarus 19 PO.
Zug 17 II PO.
Solothurn 65 I PO.

Basel-Stadt 12 II PO.
Basel-Land 11 III PO.
Appenzell I.Rh. 9 PO.
St. Gallen 6 PO.
Graubünden 19 PO.
Thurgau 6 I PO.
Genf 15 III PO.

18 PO 19.

19 PO 17 II.

20 AHVG 85 II.

21 ZAK 1948 S. 272.

Weise eine richterliche Auflage mißachtet, die Gerichtskosten (in concreto Fr. 12.65) auferlege²². In concreto ersuchte die kant. Rekursbehörde den Inhaber eines Büros für Steuersachen um Einreichung einer Prozeßvollmacht und setzte ihm hiefür eine Frist an. Auf diese Aufforderung hin reagierte der Inhaber des Steuerbüros nicht. Wie das EVG in der Begründung ausführte, ist ein Parteivertreter, der eine Gerichtsbehörde anruft, verpflichtet, «die ihm unter Androhung des Nichteintretens auferlegten Prozeßvorkehren innert angesetzter Frist zu treffen, oder, falls ihm das wegen Entzug des Mandates unmöglich ist, dem Gericht entsprechende Mitteilung zu machen.»

Die maximale Höhe der aufzuerlegenden Spruchgebühr wird von den Kantonen bestimmt. Der Kt. Appenzell A.-Rh. setzte das Maximum der Spruchgebühr auf Fr. 30.—²³ und der Kt. Basel-Land auf Fr. 50.— fest²⁴. Acht Kantone können eine Spruchgebühr bis auf Fr. 200.— auferlegen²⁵. Vier Kantone sehen Spruchgebühren bis Fr. 300.—²⁶ und 7 Kantone solche bis Fr. 500.— vor²⁷.

Zwölf Kantone sagen in ihren PO, daß den Parteien keine Entschädigungen zugesprochen werden²⁸. Der Sekretär der Rekurskommission des Kt. Uri, Herr lic. iur. F. Muheim, machte uns darauf aufmerksam, daß das auch im Kt. Uri geltende Verbot der Zuspriechung von Parteientschädigungen zu «ungebührlichen Härten besonders beim einfachen Manne» führe²⁹.

²² EVG i. S. R. H., vom 14. Dezember 1949, in ZAK 1950 S. 84.

²³ PO 5 I.

²⁴ PO 8.

²⁵ Nidwalden 14 II PO.	Aargau 8 I PO.
Obwalden 9 PO.	Thurgau 7 I PO.
Glarus 21 III PO.	Waadt 21 II PO.
Zug 19 PO.	Wallis 19 PO.

²⁶ Luzern 12 I PO.
Uri 18 I PO.
Graubünden 21 PO.
Tessin 15 II PO.

²⁷ Zürich 10 I PO.
Bern 19 EG.
Freiburg 19 III PO.
Solothurn 89 PO.
Appenzell I.-Rh. 10 I PO.
St. Gallen 10 PO.
Genf 4 I PO.

²⁸ Luzern 12 II PO.	Graubünden 21 PO.
Uri 18 III PO.	Aargau 8 II PO.
Obwalden 9 PO.	Thurgau 7 II PO.
Glarus 21 II PO.	Waadt 21 III PO.
Solothurn 89 PO.	Genf 4 II PO.
Appenzell I.-Rh. 10 II PO.	
St. Gallen 10 PO.	

²⁹ Brief vom 14. August 1950.

§ 13. Der Umfang der richterlichen Zusprechung

Ein Verwaltungsgericht kann durch seinen Entscheid reformatorischer Natur eine Verwaltungsverfügung nach zwei Richtungen hin abändern dürfen:

1. Das Verwaltungsgericht kann einem Beschwerdeführer mehr zusprechen als die angefochtene Verwaltungsverfügung dem Rekurrenten zugesprochen hatte. Der angefochtene Verwaltungsakt wird durch den Entscheid des Verwaltungsgerichts also *zugunsten* des Rekurrenten abgeändert. Der zulässige Umfang der Besserstellung kann verschieden sein:

- a) Der Beschwerdeführer kann nicht mehr zugesprochen erhalten, als er in seinem Rechtsbegehren verlangt hatte (sogenannte *reformatio in melius intra petita partium*).
- b) Das Verwaltungsgericht kann dem Rekurrenten über sein Rechtsbegehren hinaus mehr zusprechen, also «mehr als der Rekurrent verlangte» zusprechen (sogenannte *reformatio in melius ultra petita partium*).

2. Der Rekurrent kann weniger zugesprochen erhalten als er durch die angefochtene Verfügung zugesprochen erhalten hatte: Der Beschwerdeführer wird durch den Entscheid des Verwaltungsgerichtes *schlechter* gestellt. Es handelt sich um die sogenannte *reformatio in peius* oder Verschlechterung.

Die *reformatio in peius* ist in der AHV im Gegensatz zur *reformatio in melius* nur *ultra petita partium* möglich. *Eine in peius reformatio intra petita partium gibt es nicht.* Das ergibt sich aus dem Wesen der verwaltungsgerichtlichen Streitigkeiten in der AHV: Die AK ist nicht zur Einlegung einer Beschwerde gegen ihre eigenen Verfügungen legitimiert^{1, 2}. Somit kann eine AK in ihrem Rechtsbegehren nur Gutheißung, teilweise Gutheißung oder Abweisung der Beschwerde beantragen³; der Erlaß einer neuen Verfügung, durch die die angefochtene Verfügung zuungunsten des Rekurrenten abgeändert würde, ist nicht zulässig, da eine AK während der Rechtshängigkeit der Beschwerde ihre Verfügung nicht ändern darf⁴.

Eine Verschlechterung der Stellung des Rekurrenten dem Versicherungsträger gegenüber liegt aber nur insofern vor, als der Beschwerdeführer gemessen an der *Kassenverfügung* schlechter gestellt wird und nicht insofern der Beschwerdeführer gemessen an seinem Rechtsbegehren schlechter gestellt wird. Das soeben Darge-

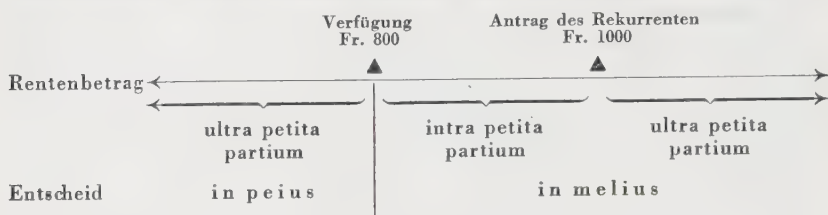
¹ AHVG 84 I.

² Auch entspricht dies keiner Notwendigkeit, da Verfügungen der AK nicht in materielle Rechtskraft erwachsen, cf. S. 64. Anm. 20.

³ cf. S. 66 ff.

⁴ cf. S. 62 ff.

legte sei an einem Beispiel verdeutlicht: Eine AK setzt eine einfache Altersrente auf Fr. 800.— fest. Der Rentenansprecher erhob gegen diese Verfügung Beschwerde mit dem Antrag, es sei ihm eine Rente von Fr. 1000.— zuzuerkennen. Das ergibt folgendes Bild:



A. Die reformatio in melius

1. Die Abänderung einer Kassenverfügung durch einen verwaltungsgerichtlichen Entscheid zugunsten des Versicherten erscheint nicht nur zulässig, sondern geradezu notwendig, insofern sie objektiv begründet ist. Wäre eine reformatio in melius nicht möglich, so hätte die der Verwaltung transzendente Kontrolle kaum einen Sinn. Gerade in jenen Streitfällen, in denen eine Rekurskommission eine Beschwerde gutheißen muß, wäre die Durchsetzung ihrer Erkenntnis unmöglich und der Rechtsschutz des Bürgers ungenügend.

2. Die Rekurskommissionen der Kantone Appenzell A. Rh. und Waadt dürfen nicht ohne besondere Förmlichkeit eine reformatio in melius ultra petita partium vornehmen. Kommt die Rekurskommission vor der Fällung des Entscheides zum Schluß, daß ein Versicherter irrtümlich zu wenig gefordert hatte, so muß die Rekurskommission dies den Parteien mitteilen. Im Kt. Waadt wird den Parteien gleichzeitig mit der Mitteilung eine Frist zur Stellungnahme angesetzt. Nach Eingang dieser Stellungnahme kann das Gericht dem Versicherten mehr zusprechen, als er selbst verlangt hatte⁵. Die Rekurskommission des Kt. Appenzell A. Rh. setzt dem Versicherten auf Verlangen der AK eine Frist an zur Einreichung eines abgeänderten Rechtsbegehrens⁶. Verlangt jedoch die AK kein neues Rechtsbegehren von Seiten des Versicherten, so kann die Rekurskommission dem Versicherten mehr zusprechen, als er in seinem Rechtsbegehren verlangt hatte.

B. Die reformatio in peius

1. Die Regelung in den Kantonen

a) Der Kt. Zürich hat in seiner PO ein Verbot der reformatio in peius aufgestellt⁷. In den Kantonen Appenzell A. Rh. und Waadt

⁷ PO 6 I.

⁵ PO 20 V.

⁶ PO 7.

ist eine reformatio in peius der angefochtenen Kassenverfügung ebenfalls nicht möglich, da sich der Entscheid intra petita partium halten muß und nur bei reformatio in melius ultra petita partium gehen darf⁸. Die Rekurskommissionen der Kantone Nidwalden, Freiburg und Basel-Stadt lehnen es ab, eine Kassenverfügung in peius zu reformieren, da sie die reformatio in peius als nach allgemeiner Rechtsauffassung unzulässig betrachten⁹.

b) Mehrere kant. PO sagen, daß die AHV-Rekursinstanzen nicht an die Begehren der Parcieen gebunden sind¹⁰. Das will besagen, daß durch den Entscheid eine reformatio der Kassenverfügung ultra petita partium möglich ist. Die Rekursbehörde darf also die angefochtene Kassenverfügung auch zuungunsten des Rekurrenten abändern. Die Kantone Zug und Wallis sehen in ihren PO die Zulässigkeit der reformatio in peius ausdrücklich vor¹¹.

c) Die Rekurskommission, die kraft positiven Rechts oder Gewohnheitsrechts an das Verbot der reformatio in peius gebunden sind, stellen jeweils in ihren Entscheiden fest, daß dem Rekurrenten weniger zuerkannt werden sollte, als ihm die Kassenverfügung zuerkannte. Sie fügen dann bei, daß sie sich aber nicht befugt halten in peius zu reformieren. Diese Entscheide werden durch das BSV an das EVG weitergezogen, wobei dann das BSV in seinem Rechtsbegehren beantragt, es sei dem Versicherten weniger zuzuerkennen, als ihm die Kassenverfügung zuerkannt hatte. Und das EVG kann dann diesem Antrag folgen¹².

II. Die bundesrechtliche Regelung der reformatio in peius

a) Das Bundesrecht enthält expressis verbis keine Bestimmung über die reformatio in peius. Es scheint sich vorerst um eine Lücke zu handeln¹³, die einem Versehen des Gesetzgebers zuzuschreiben ist. Die Expertenkommission wollte nämlich das Verfahren der Rechtspflegeinstanzen durch eine bundesrätliche Verordnung regeln lassen, offenbar in Anlehnung an das Geschäftsreglement für die Schiedskommissionen der Verbands-AK vom 23. Jan. 1495 in der LVEO^{14, 15}. Der Gesetzesentwurf des Bundesrates erklärte

⁸ Appenzell A.-Rh. 88 OB in Verb. mit 7 PO.
Waadt 20 IV und V PO.

⁹ Umfrage vom 11. August 1950, cf. S. 96. Anm. 1.

¹⁰ Uri 12 I PO. Schaffhausen 4 I 1. Satz PO.
Schwyz 9 PO. St. Gallen 6 I PO.
Obwalden 6 III 1. Satz PO. Aargau 7 I PO.
Solothurn 88 I PO. Tessin 14 PO.

¹¹ Zug 16 III PO; Wallis 16 PO.

¹² cf. S. 112 und dort aufgeführte Entscheide.

¹³ Burckhardt S. 260.

¹⁴ AS 61 S. 77.

¹⁵ Expertenbericht S. 173/74, 214/15.

dann aber die Kantone zur Regelung des Verfahrens zuständig. In der Folge wurde die kant. AHV-Rechtspflege vom Bundesgesetzgeber vernachlässigt, betreffen doch die bundesrechtlichen Verfahrensvorschriften in AHVG 85 II einzig die Kosten, die dem Rekurrenten aus der Beschwerdeführung erwachsen können. Es wird sich nun aber zeigen, daß sich dem Bundesrecht gleichwohl eine Lösung entnehmen läßt.

b) 1. Es ist heute unbestritten, daß, bei Fehlen einer positivrechtlichen Regelung, die *reformatio in peius* dann zulässig ist, wenn der Gesetzgeber mit der Verwaltungsgerichtsbarkeit außer dem Rechtsschutz des Bürgers auch noch andere Zwecke verfolgt. Die Ausgestaltung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in der AHV zeigt nun deutlich, daß der Bundesgesetzgeber neben dem Rechtsschutz des Bürgers auch noch die Verwirklichung des objektiven Rechts und die Weiterbildung des Rechts beabsichtigt¹⁶. Daß dem so ist, zeigt sich an der Zuerkennung der Legitimation zur Berufung an die Verwaltungsbehörde (das BSV und die AK)¹⁷. Es kann somit gesagt werden, daß der Gesetzgeber mit der Zuerkennung der Legitimation zur Berufung an das BSV eindeutig der Wahrung des objektiven Rechts den Vorzug gegeben hat. (Der Bürger und Versicherte kann ja gegen seinen Willen als Partei vor dem EVG auftreten müssen^{17a}. Wenn aber der Gesetzgeber diese Wertantinomie so entschieden hat, so muß nach der herrschenden Lehre die *reformatio in peius* im AHV-Verfahren zulässig sein¹⁸.

2. Neben der vorstehenden teleologischen Auslegung des AHVG führt auch die systematische Auslegung zum selben Resultat. Es ist davon auszugehen, daß der Versicherte mit der *reformatio in peius* — sofern sie objektiv begründet ist — bereits bei Anhängigmachen einer Beschwerde bei der kant. Rekurskommission rechnen muß. Die kant. Rekurskommission ist ja nach Anhängigmachen einer Beschwerde verpflichtet, einen Entscheid zu fällen^{18a}. Jede Beschwerde an die kant. Instanz führt also zu einem Entscheide, der durch das BSV auf dem Wege der Berufung an das EVG weitergezogen werden kann, insofern die Beschwerde nicht vor der Fällung des erstinstanzlichen Entscheides zurückgezogen wird. Da aber die Berufung des BSV im Ergebnis die *reformatio in peius* eines erstinstanzlichen Entscheides und damit unter Umständen einer Kassenverfügung ermöglicht, ergibt sich, daß von Bundesrechts wegen in jedem Beschwerdefalle eine *reformatio in peius* — sofern sie objektiv gegeben ist — möglich ist.

¹⁶ cf. S. 2.

¹⁷ AHVG 84 und AHVV 202.

^{17a} z. B. EVG i. S. BSV und AK des Kt. Zürich gegen H. Baer, v. 21. 9. 49.

¹⁸ Nef IV S. 330a; Imboden III S. 92 Anm. 4a; Liechti S. 69, 71 und 72.

^{18a} cf. S. 62.

Wenn nun das Bundesrecht vorsieht, daß der Versicherte durch den Entscheid des EVG schlechter gestellt werden kann als dies durch die Kassenverfügung geschah, und daß er mit der Verschlechterung bereits im Zeitpunkte der Beschwerdeerhebung rechnen muß, so läßt dies darauf schließen, daß das Bundesrecht die *reformatio in peius* zuläßt und dadurch stillschweigend regelt, so daß es sich nur scheinbar um eine Lücke im Bundesrecht handelt. Irrelevant ist dabei m. E. die Tatsache, daß die *reformatio in peius* erst durch die zweite Instanz auf Berufung des BSV hin ausgesprochen werden kann.

III. Die Zuständigkeit der Kantone zur Regelung der reformatio in peius

AHVG 85 II 1. Satz bestimmt «Die Kantone regeln das Rekursverfahren». Es handelt sich hier um einen echten Vorbehalt zugunsten des ergänzenden kantonalen Rechts¹⁹, d. h. die Kantone wären ohne diesen Vorbehalt zur Rechtssetzung auf dem Gebiete der AHV-Rechtspflege nicht zuständig. Aus AHVG 85 II 2. und 3. Satz, sowie aus AHVV 201 geht jedoch hervor, daß den Kantonen keine ausschließliche Kompetenz übertragen wurde: Die Kantone dürfen das Verfahren vor den Rekurskommissionen nur insofern selbständig regeln, als das Bundesrecht nicht selbst Verfahrensvorschriften enthält. Es ist eben davon auszugehen, daß das kompetenzgemäße Bundesrecht eines Bundesstaates zugleich Kompetenzrecht ist²⁰.

Wenden wir die soeben gewonnene Erkenntnis auf das unter II (S. 148) Gesagte an, so ergibt sich, daß die Kantone zur Aufstellung von Vorschriften über die *reformatio in peius* nicht zuständig sind, da die *reformatio in peius* vom Bundesrechte geregelt wird.

Die Vorschrift in der PO des Kt. Zürich²¹, die die *reformatio in peius* verbietet, erweist sich somit als *bundesrechtswidrig* und ist, da das AHVG vor dem Erlasse der zürcherischen PO in Kraft getreten ist, mit *ursprünglicher Nichtigkeit behaftet*.

§ 19. Die Rechtskraft und die Vollstreckbarkeit des Entscheides

A. Die Rechtskraft

Der Entscheid der Rekurskommission stellt fest, was zwischen dem Versicherten und der AK Rechtens ist. Dieser Feststellung

¹⁹ Giacometti I S. 119.

²⁰ Giacometti I S. 68.

²¹ PO 6 I 3. Satz.

muß notwendigerweise eine gewisse Verbindlichkeit zukommen, ansonst die der Verwaltung transzendente Kontrolle sich der Verwaltung gegenüber nicht durchsetzen könnte.

I. Die formelle Rechtskraft

Ein Entscheid, welcher in formelle Rechtskraft erwachsen ist, kann mit keinem ordentlichen Rechtsmittel mehr angefochten werden¹. Der formell rechtskräftige Entscheid einer kant. Rekurskommission kann somit nicht mehr an das EVG weitergezogen werden. Dagegen ist die Revision — als a. o. Rechtsmittel — eines formell rechtskräftigen Entscheides möglich, sofern das geschriebene² oder ungeschriebene kantonale Prozeßrecht dieselbe zuläßt.

II. Die materielle Rechtskraft

Die materielle Rechtskraft bedeutet im Zivilprozesse die Verbindlichkeit eines Urteils für einen späteren Prozeß zwischen den im Urteil genannten Parteien um denselben Prozeßgegenstand³. Dieser Begriff wurde für das Verfahren vor Verwaltungsgerichten übernommen. Es ist heute unbestritten, daß die Entscheide eines Verwaltungsgerichtes in materielle Rechtskraft erwachsen. Die Bindung der Parteien an den richterlichen Entscheid kann aber im öffentlichen Recht keine absolute sein. Die volle Übernahme des zivilprozessualen Institutes der materiellen Rechtskraft würde zu unhaltbaren Ergebnissen führen. Es wäre ungerecht, wenn z. B. eine Übergangsrente, die gemäß verwaltungsgerichtlichem Entscheide ausgerichtet werden muß, auch noch ausbezahlt werden müßte, wenn der Rentenbezüger längst die Einkommensgrenze, die zum Bezüge einer Übergangsrente berechtigt, überschritten ist. Aus dieser Überlegung ergibt sich, daß die materielle Rechtskraft eines Entscheides nur eine *relative* sein kann. So spricht Fleiner davon, daß der Entscheid unter dem Vorbehalte der *clausula rebus sic stantibus*, d. h. unter dem Vorbehalte der Geltendmachung veränderter Umstände, ergehe⁴. Die materielle Rechtskraft eines Entscheides ist in zeitlicher Hinsicht relativ: Die materielle Rechtskraft besteht

¹ Guldener I S. 253.

² Zürich 351 ZPO in Verbindung mit 11 PO.
Luzern 3 PO.

Uri 289 ZPO in Verbindung mit 12 II PO.
Appenzell A.-Rh. 101 OB in Verbindung mit 7 PO.
St. Gallen 435 ZPO in Verbindung mit 12 PO.
Aargau 349 ZPO in Verbindung mit 10 PO.
Tessin 338 ZPO in Verbindung mit 17 PO.

³ Guldener I S. 253.

⁴ Fleiner S. 272; Birchmeier S. 52.

bis zum Eintritte veränderter Umstände. Das ergibt sich in der AHV auch aus der zeitlichen Geltung der Kassenverfügungen. So sind z. B. Verfügungen über die Beiträge der Selbständigerwerbenden nur für die betreffenden Einkommensperioden maßgebend. Diese Perioden sind in der Wehrsteuer und in der AHV gleich und betragen jeweils zwei Jahre⁵.

Die materielle Rechtskraft des Entscheides eines AHV-Spezialverwaltungsgerichtes steht auch einem Herabsetzungs- oder Erlaßgesuche nicht entgegen, da mit einem solchen Gesuche «veränderte Umstände» durch den Versicherten geltend gemacht werden.

III. Der Zeitpunkt des Eintrittes der Rechtskraft

Der Zeitpunkt des Eintrittes der formellen und der materiellen Rechtskraft wird durch das Bundesrecht geregelt. AHVG 97 I bestimmt, daß die Entscheide der kant. Rekurskommission in Rechtskraft erwachsen, sofern die Rechtsmittelfrist abgelaufen ist oder eine gegen den Entscheid erhobene Beschwerde abgewiesen worden ist. Diese Regelung hat nur Gültigkeit für jene Spruchbereiche, in denen die Rekurskommission nicht endgültig entscheidet. Dagegen tritt die Rechtskraft von Entscheiden über Bussenverfügungen mit der Ausfällung des Entscheides ein, da die Rekurskommission gemäß AHVG 91 II Beschwerden gegen Bussenverfügungen als einzige Instanz und endgültig entscheidet⁶.

B. Die Vollstreckbarkeit

Entscheide der Rekurskommissionen, die in formelle Rechtskraft erwachsen sind, sind «vollstreckbare gerichtliche Urteile» im Sinne von Sch KG 80 I⁷.

Einzig der Kt. Schwyz legt diesen Grundsatz in seiner PO ausdrücklich fest⁸. Drei Kantone sagen, daß die Entscheide der Rekurskommission gerichtlichen Urteilen gleichgestellt sind⁹. Das ist aber selbstverständlich, bildet doch die erstinstanzliche AHV-Rechtspflege einen Teil der kant. Gerichtsbarkeit¹⁰.

⁵ Binswanger N. 2 zu Art. 9.

⁶ Guldener I S. 272 Anm. 93 und 94.

Glarus 22 I PO.

Graubünden 23 I PO.

⁷ Guldener I S. 272; Overbeck S. 53.

⁸ PO 11 II.

⁹ Uri 17 PO; Obwalden 8 III; Zug 18 I PO.

¹⁰ cf. S. 17.

Der Entscheid des Eidg. Versicherungsgerichtes

§ 20. Form und Inhalt des Entscheides

A. Die Form des Entscheides

Die Entscheide des EVG sind den Parteien, allfällig interessierten Dritten und der Vorinstanz zuzustellen. Sofern das BSV oder die beteiligte AK nicht als Partei am Streite teilgenommen haben, ist ihnen der Entscheid ebenfalls zuzustellen¹. Die Zustellung des Entscheides hat «ohne Verzug» nach der Fällung desselben zu erfolgen². Die Ausfertigung des Entscheides erfolgt schriftlich in der Sprache, in der die Instruktion des Prozesses stattgefunden hatte³.

B. Der Inhalt des Entscheides

1. Die rechtliche Natur des Entscheides seinem Inhalte gemäß

Das EVG reformiert die Entscheide der kant. Rekurskommission gemäß OB 141 teilweise obligatorisch⁴. Insofern das erstinstanzliche Verfahren Formfehler aufweist, kann das EVG den Entscheid aufheben und die Sache zur Ergänzung der Akten oder zu neuer Beurteilung an die Vorinstanz zurückweisen (sog. *Kassation*). In der Regel fällt jedoch das EVG selbst einen neuen Entscheid (sog. *Reformation*).

a. Kassatorische Entscheide

In der Amtlichen Sammlung der EVGE sind bis Ende Sept. 1950 nur zwei Entscheide enthalten, die ausgesprochen kassatorische Merkmale aufweisen. Im einen Falle handelte es sich um eine Berufung, deren Gegenstand eine Beitragsherabsetzung war⁵. Die kant. Rekurskommission unterließ es, die Akten so zu ergänzen, daß ihnen ein vollständiges Bild über die wirtschaftliche Lage des Versicherten hätte entnommen werden können. Das EVG hob daher den kant. Entscheid auf und wies die Sache an die Vorinstanz zur Aktenergänzung und zum neuen Entscheide im Sinne der Erwägungen zurück. — Der andere Streitfall betraf die Ermittlung des bei-

¹ AHVV 203.

² OB 94.

³ OB 95.

⁴ Liechti S. 33.

⁵ EVGE 1949 S. 58.

tragspflichtigen Einkommens auf Grund der steueramtlichen Angaben. Die Rekurskommission betrachtete die Meldung der Steuerbehörden als nicht überprüfbar und verzichtete infolgedessen auf eine Prüfung der einzelnen Beschwerdepunkte⁶. Nach der Rechtsprechung des EVG ist jedoch eine kant. Rekursinstanz an die Meldungen der Steuerbehörden nicht gebunden⁷. Der Entscheid der Rekurskommission wurde aufgehoben und die Sache zur Aktenergänzung und zu neuer Entscheidung im Sinne der Erwägungen an sie zurückgewiesen.

b. Reformatorische Entscheide

Bei der Durchsicht der Judikatur drängt sich in Bezug auf die reformatorischen Entscheide eine Unterscheidung auf, der auch in der Praxis Bedeutung zukommen kann⁸. Es handelt sich um die Einteilung der reformatorischen Entscheide in solche in absolutem Sinne und in solche in relativem Sinne.

1. Die Reformation im absoluten Sinne

Der Entscheid erkennt in der Sache selbst; der Inhalt des Dispositivs kommt materiell einer Kassenverfügung gleich. Es liegt z. B. ein reformierender Entscheid im absoluten Sinne vor, wenn das EVG einem Berufungskläger jeglichen Anspruch auf eine Übergangsrente aberkennt⁹ oder den Jahresbeitrag eines Versicherten an die AHV pro 1948 auf Fr. 644.— festsetzt¹⁰.

Die Reformation im absoluten Sinne bildet den extremsten Grad der der Verwaltung transzendenten Kontrolle: Anstelle des kassierten Entscheides der ersten Instanz und der dadurch eo ipso kassierten Kassenverfügung tritt der reformierende Verwaltungsgerichtsentscheid¹¹. Es rechtfertigt sich daher, die Tätigkeit eines Verwaltungsgerichtes, das Entscheide mit Reformation im absoluten Sinne erläßt, materiell als Verwaltung aufzufassen¹².

2. Die Reformation im relativen Sinne

Der Entscheid des Verwaltungsgerichtes enthält lediglich Grundsätze, nach denen eine neue Kassenverfügung zu erlassen ist. Das Dispositiv des Entscheides kommt als solches materiell nicht einer Kassenverfügung gleich, bedarf es doch der (z. B. rechnerischen) Ergänzung durch die AK. In diesen Fällen wird die Berufung vom EVG gutgeheißen und die Sache an die AK zurückge-

⁶ EVGE 1949 S. 64.

⁷ cf. S. 83 ff.

⁸ cf. S. 24 Anm. 10.

⁹ EVGE 1948 S. 113.

¹⁰ EVGE 1949 S. 172.

¹¹ Liechti S. 28; EVG i. S. E. Branger, vom 1. Oktober 1949.

¹² Liechti S. 29 Anm. 9.

wiesen zum Erlasse einer neuen Verfügung im Sinne der Erwägungen¹³.

Die reformatorische Verwaltungsgerichtsbarkeit im relativen Sinne kann materiell nicht mehr gänzlich als Verwaltungstätigkeit aufgefaßt werden. Sie nimmt eher eine Mittelstellung zwischen Justiz und Verwaltung ein¹⁴. Das ergibt sich auch daraus, daß gegen Verfügungen, die in Ausführung von reformatorischen Entschieden im relativen Sinne erlassen wurden, der Beschwerdeweg gemäß AHVG 84 I wiederum offen steht¹⁵.

II. Parteientschädigungen und Kostenauflage

Das Verfahren ist für die Parteien in der Regel kostenlos. Auch werden keine Parteientschädigungen zugesprochen. Bei leichtsinniger oder mutwilliger Prozeßführung kann jedoch das EVG dem Berufungskläger eine Spruchgebühr im Höchstbetrage von Franken 1000.— sowie die Verfahrenskosten auferlegen¹⁶. Leichtsinig ist eine Beschwerdeführung z. B. insofern, als ein Versicherter, dem durch die Rekursinstanz eine Maximalrente zugesprochen worden ist, Berufung um Zusprechung einer höheren Rente einlegt. Der Rentenansprecher ist ja bereits durch den erstinstanzlichen Entscheid darüber belehrt worden, daß er die Maximalrente erhalten hatte¹⁷. Das EVG geht bei Berufungen gegen auf die Höchstrente lautende kant. Entscheide wie folgt vor:

«Durch Präsidialverfügung wird dem Berufungskläger eröffnet, die Berufung erscheine aussichtslos, nachdem die Vorinstanz die gesetzliche Maximalrente zugesprochen habe. Falls die Berufung nicht zurückgezogen werde, habe der Berufungskläger mit der Auferlegung der Verfahrenskosten und einer Spruchgebühr zu rechnen^{18, 19}».

§ 21. Der Umfang der richterlichen Zusprechung

A. Das EVG ist in der Regel an die Parteibegehren gebunden: Einer Partei darf weder mehr zugesprochen werden, als sie selbst

¹³ EVGE 1948 S. 52, 58, 85.

¹⁴ Liechti S. 29.

¹⁵ cf. S. 24.

¹⁶ OV 9.

¹⁷ ZAK 1948 S. 273.

¹⁸ Seit 1949 hat das EVG von der Befugnis zur Auflage von Kosten Gebrauch gemacht. Z. B.: EVG i. S. X. Müller, vom 14. Okt. 1949: Kostenauflage Fr. 40.—. Tatbestand: 2 Tage vor dem Rentengesuch trat der Rekurrent sein Vermögen an seine Söhne ab, um eine Übergangsrente zu erhalten.

EVG i. S. E. Laube, vom 30. März 1951: Kostenauflage: 1. Instanz (Aargau) Fr. 15.—, EVG Fr. 44.90. Tatbestand: Auch nach Aufforderung zur Einreichung von Belegen begnügte sich der Rekurrent mit leeren Behauptungen.

EVG i. S. A. Borsari, vom 1. September 1950: Kostenauflage Fr. 112.—. Tatbestand: Zusendung eines grundsätzlichen Entscheides des EVG an den vertretenden Rechtsanwalt, um diesem die Aussichtslosigkeit der Berufung darzutun. Die Berufung wurde nicht zurückgezogen.

verlangt, noch weniger als die Gegenpartei anerkannt hat¹. Der *Offizialmaxime*, d. h. hier der Anwendung des Rechts von Amtes wegen, sind also *Grenzen* gesetzt. Wie das EVG in einem Entscheide ausführte, kann das «nicht mehr» im Sinne von OB 88 «wohl nur wertmäßig verstanden sein». OB 88 verbietet dem Richter nicht, den Versicherer zu Leistungen im Rahmen des geforderten Gesamtbetrages aus einem anderen als dem angerufenen Titel zu verhalten². (Zum Beispiel Zusprechung einer einmaligen Abfindung anstatt einer Witwenrente).

Kommt jedoch das EVG vor der Fällung des Entscheides zum Schluß, daß ein Versicherter irrtümlich zu wenig gefordert hat, so gibt es den Parteien davon Kenntnis³. Auf Verlangen der Gegenpartei, der AK oder des BSV, wird dem Versicherten eine richterliche Frist zur Einreichung eines neuen, den Irrtum verbessernden Rechtsbegehrens angesetzt. Das EVG entscheidet dann den Streitfall ohne Rückweisung an die kant. Instanz und nach Anhörung der beteiligten Verwaltungsstelle. Dabei ist das EVG an die Zusprechungsbefugnis gemäß OB 88 gebunden, da der Versicherte durch Einreichung eines neuen abgeänderten Rechtsbegehrens seinem Irrtum Rechnung tragen konnte⁴.

Verlangt dagegen die Verwaltung als Gegenpartei die Einreichung eines verbesserten Rechtsbegehrens durch den Versicherten nicht, so kann das EVG eine *reformatio in melius ultra petita partium* vornehmen, dem Versicherten also mehr zusprechen, als er selbst verlangt hatte^{4a}.

B. Wie sich in praxi herausgestellt hat, besteht dennoch die Möglichkeit der *reformatio in peius* eines kant. Entscheides. Dadurch ist es möglich, individuell eine Kassenverfügung in *peius* zu reformieren⁵. Es ist die Legitimation des BSV zur Berufung bzw. Anschlußberufung, welche die *reformatio in peius* eines kant. Entscheides in der AHV ermöglicht⁶. Die Legitimation der Verwaltung zur Berufung dient der Wahrung des objektiven Rechts, weshalb eine *reformatio in peius* zulässig sein muß⁷. Das EVG hat in einem grundlegenden Entscheide die Möglichkeit der in *peius* *reformatio* eines kant. Entscheides auf Grund der Berufung des BSV bejaht. Es hatte die Rekurskommission des Kt. Freiburg festgestellt, daß die Auszahlung einer Übergangsrente zu Unrecht erfolge, da Ein-

¹ OB 88 in Verbindung mit OV 4 I.

² EVGE 1948 S. 50.

³ OB 89 I.

⁴ OB 89 II.

^{4a} OB 89 III.

⁵ EVGE 1948 S. 109.

⁶ AHVG 86 I; AHVV 202; OV 5 lit. b.

⁷ Nef IV S. 331a/332a.

kommen und Vermögen des Rentenbezügers eine Übergangsrente ausschlossen⁸. Die Rekurskommission hielt sich aber nicht für befugt, die Verfügungen der AK in peius zu reformieren. — Das BSV legte hierauf Berufung ein, mit dem Antrage, dem Beschwerdeführer jeglichen Anspruch auf eine Übergangsrente abzuerkennen. Aus der Begründung des EVG:

«Dans les causes relatives à l'assurance vieillesse et survivants, la procédure d'appel est d'autant plus susceptible d'apporter de nouveaux éléments que les dispositions légales confèrent au Conseil fédéral la faculté, déléguée par celui-ci à l'Office fédéral des assurances sociales, d'intervenir en qualité de partie appelante sans avoir participé au procès en première instance (art. 86 LAVS, 202 RAVS, 5 lit. b Ord. O): l'Office fédéral des assurances sociales peut, en tant qu'organe administratif de surveillance sur les caisses de compensation et indépendamment de l'attitude de celles-ci, provoquer le réexamen des causes qu'elles ont soutenues en première instance. Du point de vue de la procédure, l'exercice de cette faculté crée une situation tout à fait spéciale, en ce sens que le juge d'appel voit comparaître, d'un côté de la barre, une partie qui n'a pas été entendu par les premiers juges et dont l'intervention même constitue ainsi, dans son ensemble, un novum par excellence. Or, puisque, comme il a été dit, les nouveaux éléments apportés à la cause en instance d'appel échappent aux règles de la procédure cantonale, le pourvoi de l'Office fédéral des assurances sociales ne peut être assujéti qu'aux formes de la procédure fédérale. Et celles-ci exigent, on l'a vu également, que le Tribunal fasse droit aux conclusions de l'appel dans la mesure où elles lui paraissent fondées, même si elles divergent de la décision administrative attaquée⁹.»

Es ist also festzuhalten, daß das BSV, sofern es als Partei auftritt, in der Festsetzung des Inhaltes seines Rechtsbegehrens völlig frei ist, und demnach auch — sofern objektiv begründet — eine in peius reformatio des erstinstanzlichen Entscheides und damit unter Umständen der Kassenverfügung erwirken kann.

§ 22. Die Rechtskraft und die Revision

A. Die Rechtskraft

Das EVG ist die höchste Instanz in der AHV-Rechtspflege. Seine Entscheide sind mit ordentlichen Rechtsmitteln nicht mehr anfechtbar. Gemäß OB 93 tritt die Rechtskraft eines Entscheides mit seiner Verkündung durch das EVG ein. Und zwar tritt sowohl die formelle wie die materielle Rechtskraft zu jenem Zeitpunkte ein. In Bezug auf die relative Geltung der materiellen Rechtskraft eines Entscheides sei auf S. 106 ff. verwiesen. Diese Ausführungen, die die materielle Rechtskraft der erstinstanzlichen Entscheide betreffen, gelten in vollem Umfange auch für die Entscheide des EVG.

B. Die Revision

I. Die Revision eines Entscheides des EVG ist ein außerordentliches Rechtsmittel, da die Einlegung der Revision sich gegen einen

⁸ EVGE 1948 S. 129.

⁹ EVGE 1948 S. 131/32.

in formelle Rechtskraft erwachsenen Entscheid richtet¹. Die Revision ist möglich in Fällen der Nichtigkeit, (Nichtigkeit liegt vor bei Verletzung gewisser Verfahrensvorschriften, die in OB 101 Ziff. 1 abschließend aufgezählt sind) und bei Auffindung entscheidender Beweismittel, deren Beibringung dem Revisionskläger im früheren Verfahren unmöglich war. Einen weiteren Revisionsgrund bildet die Tatsache, daß durch ein Verbrechen oder Vergehen zum Nachteil des Revisionsklägers auf den Entscheid eingewirkt wurde oder das Gericht auf die falsche Aussage eines Zeugen abstellte, der auf das Recht der Aussageverweigerung nicht aufmerksam gemacht wurde².

II. Für die Einreichung des Revisionsbegehrens ist eine 30tägige Verwirkungsfrist vorgesehen, sofern ein Mangel im Verfahren Revisionsgrund ist³. Trifft einer der beiden Revisionsgründe zu, so ist das Revisionsgesuch innert 90 Tagen, von der Entdeckung des Revisionsgrundes an gerechnet, einzureichen, ansonst die Revision verwirkt wird⁴. Eine besondere absolute Verwirkungsfrist von 5 Jahren seit der Ausfällung des Entscheides ist für den Revisionsgrund der nachträglichen Auffindung entscheidender Beweismittel vorgesehen⁵. In Entscheiden, die die Revision betreffen, hielt das EVG an den streng formalen Voraussetzungen für die Zulassung der Revision fest⁶.

III. Erscheint nun ein Revisionsgesuch nicht sofort als unbegründet, so wird es der Gegenpartei zur Beantwortung zugestellt. Genügt dieser erste Schriftenwechsel nicht, so kann ein zweiter Schriftenwechsel oder eine mündliche Verhandlung angesetzt werden⁷. Neue Beweise dürfen nur insofern erhoben werden, als die Zulässigkeit der Revision von der Feststellung bestrittener Tatsachen abhängt⁸. Über die Gutheißung oder Abweisung des Revisionsbegehrens entscheidet das EVG als Gesamtgericht, sofern als Revisionsgrund die Nichtigkeit geltend gemacht wird⁹. In allen anderen Fällen entscheidet die Abteilung, die den angefochtenen Entscheid gefällt hatte¹⁰.

Das Begehren um Revision wird gutgeheißen, sofern es begründet erscheint. Der frühere Entscheid des EVG wird aber nur

¹ Guldener II S. 446.

² OB 101 Ziff. 2 und 3; Graven S. 501 ff.

³ OB 103 I.

⁴ cf. Anm. 3.

⁵ OB 103 II.

⁶ EVG i. S. G. P., vom 11. Nov. 1949, in ZAK 1950 S. 40. EVG i. S. Stadtgemeinde Chur vom 4. Oktober 1950.

⁷ OB 104.

⁸ OB 105 I.

⁹ OB 102 I in Verbindung mit OV 3.

¹⁰ OB 102 II.

aufgehoben, insofern der Revisionskläger durch den früheren Entscheid einen Nachteil erlitten hatte¹¹. Bei der Revision eines kassatorischen Entscheides wird auch der auf Grund der Rückweisung ergangene Entscheid der kant. Rekurskommission ex lege aufgehoben. Der Revisionsentscheid ist jedoch stets reformatorischer Natur: Eine Rückwirkung an die kant. Rekurskommission ist nicht mehr möglich¹².

¹¹ OB 106 I.

¹² Sogenannte obligatorische Reformation; OB 106 II.

Statistische Angaben

(auf Grund der Geschäftsberichte des EVG 1948, 1949 und 1950)

A. Kantonale Rekurskommissionen

1948 entschieden die kant. Rekurskommissionen 2116 Beschwerden.

1949 entschieden die kant. Rekurskommissionen 6239 Beschwerden.

B. Eidg. Versicherungsgericht

Eingelegte Beschwerden

	1948	1949	1950
gegen Entscheide der kant. Rekurskommissionen	238	550	578*
davon wurden eingelegt von Versicherten	132	397	358*
vom BSV	64	119	186*
von den AK	42	34	37*
Eingelegte Beschwerden gegen Kassenverfügungen (AHVV 3)	4	22	
Revisionsgesuch		1	
Erläuterungsgesuch		1	

Erledigung

durch Entscheid des Gesamtgerichts oder der Abt. I und II	100	389	449
durch Abschreibungsbeschluß des Präsidenten			132
wegen Rückzugs d. Beschwerde	22	66	
wegen Anerkennung d. Beschw.	12	44	
wegen irrtümlicher Einreichung beim EVG	—	34	
durch Nichteintreten wegen Verspätung	3	19	
Gutheißung von Berufungen	66	146	164
Abweisung von Berufungen	28	224	212
Berufungen in deutscher Sprache	79 (59%)	252 (66%)	388 (67%)*
Berufungen in franz. Sprache	34 (25%)	125 (23%)	153 (26%)*
Berufungen in ital. Sprache	21 (16%)	56 (11%)	40 (7%)*

* Erledigte Prozesse.

Das EVG ist in der Detailstatistik pro 1950 zum Teil von anderen Grundlagen ausgegangen. Ein Vergleich mit 1948 und 1949 ist deshalb nicht durchwegs möglich.

cf. ZAK 1951 S. 486.

Curriculum vitae

Nach Besuch der Schule meiner Heimatgemeinde trat ich in die Appenzell A. Rh. Kantonsschule in Trogen ein. Im Frühjahr 1944 erlangte ich daselbst das eidg. Fähigkeitszeugnis für den kaufm. Beruf. Nach weiteren drei Semestern Mittelschule in Neuchâtel (Ecole Supérieure de Commerce de La Ville de Neuchâtel) bestand ich das Certificat de maturité Commerciale.

Immatrikulation an der Universität Zürich im WS 1945/46. Unterbruch des Studiums im SS 1946 wegen Militärdienstes. Ergänzungsmatura in Latein im Frühjahr 1948. Letzte mündliche Examina am 24. Nov. 1951.

